

DEUTSCHLAND & EUROPA

Reihe für Politik, Geschichte, Deutsch, Geographie, Kunst

Heft 40 · Juli 2000



Das vereinigte Deutschland in Europa



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

zurück

DEUTSCHLAND & EUROPA

Heft 40 · Juli 2000

Herausgeber:
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg,
Direktor Siegfried Schiele

Redaktion:
Dr. Walter-Siegfried Kircher

Anschrift der Redaktion:
70184 Stuttgart, Stafflenbergstraße 38,
Telefon (07 11) 16 40 99-43/-45, Telefax (07 11) 16 40 99-77

Beirat:
Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart,
Günter Gerstberger
Dr. Almut Satrapa-Schill
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport,
Klaus Happold, Ministerialrat

Prof. Dr. Lothar Burchardt,
Universität Konstanz

Dietrich Rolbetzki,
Oberstudienrat, Filderstadt

Lothar Schaechterle,
Studiendirektor, Stetten i. R.

Landeszentrale für politische Bildung,
Dr. Walter-Siegfried Kircher

DEUTSCHLAND & EUROPA erscheint zweimal im Jahr

Jahresbezugspreis DM 12,-
Satz:
Vaihinger Satz + Druck GmbH
71665 Vaihingen

Druck:
Reclam Graphischer Betrieb GmbH
71254 Ditzingen

Auflage: 12 000

Titelbild:
Montage: Hartmut Wille
Innenbild: Reichstagskuppel, Berlin
Foto: H. Wille

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Daten-
trägern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung
der Redaktion

Mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Kultus,
Jugend und Sport, der Stiftung für Bildung und Behinderten-
förderung und der Robert Bosch Stiftung.

Inhalt

Das Vereinigte Deutschland in Europa

Vorwort des Herausgebers 1

Geleitwort des Ministeriums für Kultus,
Jugend und Sport 2

Autorinnen und Autoren dieses Heftes 2

Einleitung 3

**I. Deutsche Einheit und europäische
Erwartungen: die Sicht der Nachbarn** 4

1. Die französische Sicht:
»Rettingsanker Europa« 4

2. Großbritannien: »A Fourth German Reich?« . . 8

3. Russland: »Deutsche, wir beneiden Euch« . . 12

4. Die Beziehungen zwischen Deutschland
und der Tschechischen Republik –
ein schwieriges Kapitel 14

5. Görlitz – Brücke zwischen Ost und West . . . 18

**II. Die Rolle Deutschlands in der Außenpolitik:
zwischen Kontinuität und Neubestimmung** . 20

**III. Die ostdeutsche Landwirtschaft und die
EU-Agrarpolitik: Gesunde Betriebe,
krankes Land** 25

IV. Deutsche Einheit im Spiegel der Literatur . . 31

V. Kunst nach der deutschen Einheit 39

Neues aus der Landeszentrale 48

Die Hefte werden nur in geringer Anzahl an die Schulen
verteilt. Zusätzliche Exemplare können bei der Landes-
zentrale für politische Bildung, Redaktionssekretariat
Deutschland und Europa, Fax (0711) 16 40 99-77, oder
schriftlich nachgefordert werden.

Das vereinigte Deutschland in Europa

rief im Ausland auch über die unmittelbar benachbarten Nationen hinaus nicht nur Freude hervor.



Umso wichtiger ist es für ein Land, das mehr Nachbarn hat als die meisten Länder der Erde, zehn Jahre danach – wenn die Politiker und Medien sich vorwiegend dem *deutsch-deutschen Einigungsprozess* widmen werden – erst recht wieder und nun mit 1989/90 kontrastierend, *über den Zaun* zu blicken. Eine ostdeutsche-westdeutsche Betrachtungsweise kann da nicht ausreichen, die deutsche Politik und Geschichte muss zusammen mit der europäischen Geschichte und Politik begriffen werden (Werner Knopp, *Grußwort zur Ausstellung »Orte deutscher Geschichte«*, Bonn 2000).

Das Kapitel **Deutsche Einheit und europäische Erwartungen** befasst sich mit der Sicht von Frankreich, Großbritannien, Russland und Tschechien. Frankreich hat sich im Großen und Ganzen mit den Konsequenzen der Vereinigung besser abgefunden als erwartet. In Großbritannien scheint sich eine Tendenz der deutschfeindlichen Äußerungen zu verstärken, Europa mag da mit ein Grund sein. Russland ist in erster Linie mit seinen eigenen Sorgen beschäftigt. Das Deutschlandbild in der ČR ist trotz aller Schwierigkeiten überwiegend positiv. Gegenüber Polen (vgl. Heft 37 der Reihe D&E *Polen in Europa*) hat sich die Euroregion Neißة mit der Stadt Görlitz zu einer Art Brückenfunktion entwickelt.

Der Beitrag **Die Rolle Deutschlands in der Außenpolitik** zeigt insgesamt, dass das vereinte Deutschland noch immer auf der Suche nach einer Definition dieser Politik ist.

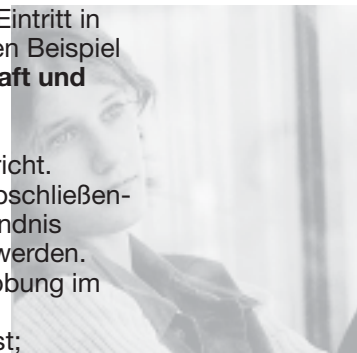
Der tiefgreifende Strukturwandel in den neuen Bundesländern nach dem Eintritt in den Gemeinsamen Agrarmarkt lässt sich deutlich am seltener dargestellten Beispiel der Landwirtschaft aufzeigen (vgl. Kapitel **Die ostdeutsche Landwirtschaft und die EU-Agrarpolitik**).

Literarische Blicke aus dem Ausland zeigt unter anderem der Beitrag **Die deutsche Einheit in der Literatur** mit Vorschlägen zum Projektunterricht. Anhand unterschiedlichster Materialien, Texte und Abbildungen, soll im abschließenden Kapitel **Kunst nach der deutschen Einheit** ein differenziertes Verständnis der Kunstentwicklung im Deutschland der letzten zehn Jahre präsentiert werden. Auch dieser Beitrag basiert wie die meisten anderen auf praktischer Erprobung im Unterricht.

Prinzipiell sind alle Beiträge nach den neuen Rechtschreibregeln abgefasst; Bei den literarischen Quellenauszügen und den Textauszügen im Kapitel Kunst mussten wir jedoch die Vorgaben der Schriftsteller und Künstler beachten. Die internationale Dimensionen der Wiedervereinigung stehen in der Zeitschrift »Deutschland und Europa« im Vordergrund. Wer in erster Linie deutsch-deutsche Aspekte sucht, wird diese in »Politik im Unterricht« (mit Materialien) und in »Der Bürger im Staat« (mit wissenschaftlichen Aufsätzen) finden.

Siegfried Schiele

Direktor der Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg



Ein Dezennium ist vergangen, seit die Teilung Deutschlands endete. Am 3. Oktober 1990 traten die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen der Bundesrepublik bei; einen Tag später konstituierte sich der erste gesamtdeutsche Bundestag in Berlin.

Was vielen als Utopie oder illusionärer Appell erschien, nämlich das in der Präambel des Grundgesetzes formulierte Postulat, in »freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«, war unerwartet Realität.

Diese historische Zäsur, die Wiedergewinnung nationaler Einheit und Souveränität, kennzeichneten aber gleichzeitig außen- wie innenpolitisch zahlreiche Schwierigkeiten und Probleme: Nachgerade unheilvoll-traumatische Erinnerungen im Kontext der jüngeren Geschichte mischten sich, vor allem in England und bei den europäischen Nachbarn, mit diffusen Ängsten eines politisch hegemonialen Anspruchs oder der wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands. Befürchtet wurde eine unkontrollierte Verschiebung des »Europäischen Gleichgewichts«.

International sah sich Deutschland vor die Aufgabe gestellt, seine Rolle neu zu definieren – innenpolitisch war der schwierige Prozess der Überwindung wirtschaftlicher Diskrepanz, sozialer Unterschiede sowie geistiger, kultureller und gesellschaftspolitischer Differenzen zu bewältigen.

Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer erscheint es sinnvoll, die bisherige Entwicklung zu reflektieren: Wie hat sich beispielsweise der Prozess auf dem Weg zur inneren Einheit vollzogen und wie haben ihn die Menschen in Ost und West wahrgenommen? Oder: Welche Konsequenzen ergaben sich für die Bundesrepublik Deutschland in Europa generell im Kontext internationaler Beziehungen?

Das vorliegende Heft kann zur Behandlung dieses Fragenkomplexes einige Anregungen geben. Ansätze bieten sich in Fächern wie Geschichte und Gemeinschaftskunde, Erdkunde, insbesondere aber auch in der Rezeption entsprechender Literatur im Fach Deutsch.

Klaus Happold
Ministerialrat
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg

Gröbl, Wolf-Rüdiger, StD, Filderstadt

I.4. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik – ein schwieriges Kapitel/

I.5. Görlitz – Brücke zwischen Ost und West / II. Die Rolle Deutschlands in der Außenpolitik:

Zwischen Kontinuität und Neubestimmung

Dr. Kircher, Walter-Siegfried, Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart

I.2. Großbritannien: »A Fourth German Reich?«

Lundberg, Dirk, StR, Karlsruhe

I.3. Russland: »Deutsche, wir beneiden Euch«

Dr. Mann, Stefan, Universität Rostock

III. Die ostdeutsche Landwirtschaft und EU-Agrarpolitik: Gesunde Betriebe, krankes Land

Pates, Michael, StD, Stuttgart

I.2. Großbritannien: »A Fourth German Reich?«

Rolbetzki, Dietrich, OStR, Filderstadt

I.5. Görlitz – Brücke zwischen Ost und West

Schaechterle, Lothar, StD, Kernen-Stetten

Federführung / Einleitung / III. Die ostdeutsche Landwirtschaft und EU-Agrarpolitik: Gesunde Betriebe, krankes Land

Scheurlen, Andrea, StRef'in, Konstanz

I.1. Die französische Sicht: »Rettungsanker Europa«

Utikal, Rüdiger, OStR, Schorndorf

IV. Deutsche Einheit im Spiegel der Literatur

Wille, Hartmut, Erfurt

V. Kunst nach der deutschen Einheit

Leiter des Projekts DEUTSCHLAND & EUROPA: **Dr. Walter-Siegfried Kircher**

Mitarbeiter der **Werkstattseminare** »Das vereinigte Deutschland in Europa«

vom 16. – 17.4.1999 in Beutelsbach: W.-R. Gröbl, D. Rolbetzki, L. Schaechterle, W. S. Kircher

vom 16. – 17.7.1999 in Beutelsbach: W.-R. Gröbl, G. Maier, D. Rolbetzki, L. Schaechterle,

A. Scheurlen, R. Utikal, H. Wille, W. S. Kircher

vom 3. – 4.12.1999 in Beutelsbach: W.-R. Gröbl, M. Pates, D. Rolbetzki, L. Schaechterle, R. Utikal, H. Wille, W. S. Kircher



Das vereinigte Deutschland in Europa

Einleitung

Von Lothar Schaechterle

»It's the kid that worries me«, lässt der Karikaturist der Jerusalem Post, Meir Ronnen, den damaligen US-Präsidenten George Bush zu Michail Gorbatschow im Frühjahr 1990 sagen. Bei der Feierstunde des Deutschen Bundestages zum zehnten Jahrestag des Mauerfalls sind beide Ehrengäste und Festredner im Reichstagsgebäude in Berlin.

Zu Recht, denn es waren diese beiden Politiker, die dem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten *Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland*, dem so genannten 2 + 4-Vertrag, den Weg ebneten: George Bush als Erster durch seine frühzeitige Unterstützung des Bonner Kurses, nachdem er sich Ende Februar 1990 mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Camp David verständigt hatte, und Gorbatschow, der bereits der amerikanischen Befürwortung einer frei zu wählenden Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO – eine zentrale Frage des Einheitsprozesses – am 31. Mai 1990 zum großen Erstaunen seiner Washingtoner Gesprächspartner zugestimmt hatte, durch sein berühmtes Ja in dieser Frage gegenüber Kanzler Kohl im Kaukasus Mitte Juni 1990. Gegen beträchtliche Unterstützung der Sowjetunion seitens der Bundesrepublik, politisch und finanziell.

Diese Begebenheiten verdeutlichen, dass eine ausschließlich deutsche Betrachtungsweise nicht ausreicht, den zurückgelegten Weg zu reflektieren. Nicht zuletzt die beiden anderen an den Vertragsverhandlungen beteiligten Mächte, Großbritannien und Frankreich, machten durch ihre Vorbehalte klar, dass Deutschland nach den schrecklichen Kriegen des 20. Jahrhunderts zu vereinen auch hätte misslingen können. Misstrauen, Skepsis, Unsicherheit und Unbehagen entstanden, alte Ängste wurden wach, auch bei unseren Nachbarn im Osten, die großen Anteil an der Veränderung Europas haben.

Denn die Gestalt Europas begann sich nicht erst mit dem

Mauerfall zu wandeln. Wegbereiter des Wandels waren bereits die in den 80er-Jahren sich formierende Solidarność-Bewegung und die Politik des Runden Tisches in Polen. Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion schufen die Voraussetzungen für die Wende. Katalysatoren der Revolution in der DDR waren das Öffnen des Grenzzaunes von Ungarn nach Österreich im Sommer 1989 anlässlich eines Paneuropäischen Festes mit der sich anschließenden Massenflucht von DDR-Bürgern und die Ausreise der DDR-Bürger, die in die Bonner Botschaft in Prag geflüchtet waren.

Das vereinigte Deutschland musste und muss seine nationalen Interessen definieren, seine neue Rolle klären und im Konzert mit Verbündeten, neuen und alten Partnern in Europa und international diesen Interessen Rechnung tragen.

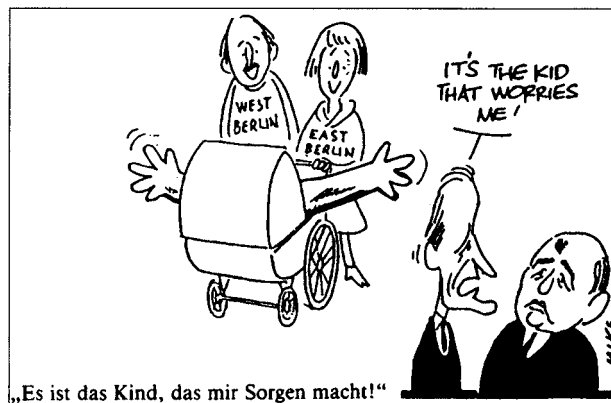
Ängste der Weltmächte

Europa, die Europäische Gemeinschaft bzw. Union im Besonderen, hat seinerseits auch großen Einfluss auf die

Entwicklung in Deutschland und die Gestaltung der inneren Einheit genommen. Das gilt vor allem für die neuen Bundesländer und lässt sich an deren Landwirtschaft absehen – einem Wirtschaftsbereich, der ohne EU-Politik nicht mehr vorstellbar ist; das gilt gleichermaßen auch für die den Vereinigungsprozess begleitende Vertiefung der europäischen Integration.

Was ist nach nunmehr fast zehn Jahren aus dem Kind geworden, das damals in der Sicht des Karikaturisten die

Welt ängstigte? Wie sehen es Menschen und Regierungen in Europa heute? Welche Interpretationen des Weges gibt es, auch in Kunst und Literatur bei uns und im Ausland? Was bedeutet der Wandel für die Menschen in Europa? Wie hat die Europäische Union diese Entwicklung begleitet? Mit solchen Fragen, die exemplarisch an einigen ausgewählten Bereichen aufgezeigt werden, beschäftigt sich das vorliegende Heft, das, der thematischen Ausrichtung der Reihe folgend, sich auf Europa konzentriert und zu fächerverbindendem Arbeiten anregen will.



Meir Ronnen, Jerusalem Post (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 31. Mai 1990)

I. Deutsche Einheit und europäische Erwartungen: die Sicht der Nachbarn

1. Die französische Sicht: »Rettungsanker Europa«

Von Andrea Scheurlen

Die deutsche Einigung stellte die Verlässlichkeit der deutsch-französischen Beziehungen auf die Probe, bedeutete sie doch das Ende der bisherigen französischen Deutschlandpolitik und veränderte fundamental die Rahmenbedingungen der politischen Zusammenarbeit. Trotz immer wieder auftretender Spannungen und Verstimmungen zwischen beiden Ländern hat sich Frankreich im Großen und Ganzen besser mit den Konsequenzen der Wiedervereinigung abgefunden als erwartet.

Le couple franco-allemand

Nach dem 2. Weltkrieg hatten sich die Beziehungen der einstigen Erbfeinde Deutschland und Frankreich zu einem Musterbeispiel für Versöhnung und Verständigung entwickelt. Nicht immer frei von Missverständnissen und Irritationen herrschte dennoch in beiden Ländern weitgehend Konsens darüber, dass es keine Alternative zum *couple franco-allemand* gäbe – eine Beziehung, die zuweilen als Liebesverhältnis, zuweilen als Vernunftfehe charakterisiert wurde.

Man hat davon gesprochen, dass die deutsch-französische Freundschaft ihre entscheidende Voraussetzung in der Teilung und eingeschränkten Souveränität Deutschlands gehabt habe, in der viele Franzosen zusammen mit der *force de frappe* eine Garantie gegen eine potenzielle neue Übermacht der Deutschen sahen. Wenngleich die Einheit, solange sie noch im Bereich des Unmöglichen lag, als wünschenswert bezeichnet wurde, so galt doch unausgesprochen der viel zitierte Satz des französischen Schriftstellers, Literatur-Nobelpreisträgers und Résistancekämpfers François Mauriac: »Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich froh bin, dass es zwei davon gibt.«

Unter diesen Prämissen stellten die Ereignisse von 1989/90 die deutsch-französischen Beziehungen auf eine Probe. Gerade in Frankreich wurde seit der Maueröffnung besonders kontrovers über die deutsche Frage diskutiert. Umfragen zufolge waren zwar weite Teile der französischen Bevölkerung einer Wiedervereinigung wohlgesonnen: im September 1989 fast 4/5, im Februar 1990 noch mehr als 60% (Kolboom 1992, S. 30 f.). Doch standen der eher freundlichen Einschätzung der Bevölkerung ambivalentere Reaktionen von Medien und Politik gegenüber.

Paris und das »Ende von Jalta«

Wenn die »politische Klasse« mit Ausnahme der Kommunisten einer deutschen Wiedervereinigung zu keinem Zeitpunkt ausgesprochen feindlich gegenüberstand, so war sie doch wenig angetan von jeder Veränderung des Status quo in Europa. Frankreich hatte sich in der Nachkriegsordnung eingerichtet und deshalb Schwierigkeiten, sich auf die wandelnden Gegebenheiten einzustellen. Die französische Sicht der deutsch-französischen Kooperation als Ergänzung zwischen dem »wirtschaftlichen Riesen und dem politischen Zwerg Deutschland« einerseits und der politischen Führungsrolle Frankreichs andererseits musste revidiert, die eigene Rolle als Schutz- und Garantiemacht gegenüber Deutschland aufgegeben werden. Erstmals seit 1945 war man wieder mit einem gleichberechtigten, souveränen Nachbarn konfrontiert (Kolboom 1992, S. 56 f.). Die Probleme Frankreichs mit der deutschen Wiedervereinigung resultierten also zu einem Gutteil aus dem Verlust seiner Sonderrolle durch das »Ende von Jalta«, aber auch aus der Befürchtung, durch ein ins Zentrum Europas gerücktes Deutschland selbst die Existenz eines marginalisierten Kleinstaates fristen zu müssen. Bezeichnenderweise avancierte mit der zunehmenden Abschwächung des Ost-West-Konfliktes in Frankreich der Begriff des »Europäischen Gleichgewichts« wieder zu einer der meistgebrauchten Formeln im politischen Diskurs (Kolboom 1991, S. 48). Auch Mitterrand, der noch am 3. November 1989 offiziell erklärt hatte, die deutsche Wiedervereinigung nicht zu fürchten, sprach mit besonderem Nachdruck vom europäischen Gleichgewicht. Damit dieses nicht aus den Fugen gerate, wünschte er einen langsamen Vereinigungsprozess, sah die Einheit als ein das Jahrhundertende beherrschendes Thema und betonte den Vorrang der europäischen Einigung. Mit seinen demonstrativen Reisen in die Sowjetunion und in die DDR im Dezember enttäuschte er nicht nur die Deutschen, sie belegen (entgegen offizieller Verlautbarungen) die Vorbehalte Mitterrands gegen eine drohende Wiedervereinigung und seine Versuche, diese, wenn schon nicht zu verhindern, so wenigstens zu bremsen.

Nach ernststen Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis brachte erst das Ergebnis der DDR-Volkswahl am 18. März 1990 auch in Paris die Wende. Seitdem fügte sich Mitterrand ins Unvermeidliche und trug die westlichen Positionen mit.

Alte Ängste – neue Befürchtungen

Nach der zunächst freudig begrüßten Maueröffnung wurden in der französischen Presse recht bald Stimmen laut, die sich sorgten, Deutschland könne durch eine Wieder-



vereinigung wieder alte Pfade aggressiver Großmachtspolitik betreten – eine Angst, die in **M1** thematisiert wird. In dieser Sicht erschien die »Annexion« der DDR nur als Anfang. In der Presse wurde nun gelegentlich von einer Rückkehr der alten Dämonen gesprochen. Unübersetzt verwendete Begriffe wie »Reich«, »Anschluss«, »Blitzangriff« (im Zusammenhang mit Kohls 10-Punkte-Plan), aber auch »Teutomanie«, »Pangermanisme« und »espace vital« machen die Assoziationen mit der Vergangenheit überdeutlich.

Die in Frankreich ohnehin beneidete und bewunderte Wirtschaftskraft der Bundesrepublik ließ das wiedervereinigte Deutschland außerdem allein schon auf Grund seines demographischen Übergewichts und seines wirtschaftlichen Potenzials äußerst bedrohlich erscheinen. Das Schreckgespenst eines großdeutschen, ganz Europa dominierenden Wirtschaftsimperiums wurde heraufbeschworen. Zum Teil sprach man von der zukünftigen *superpuissance teutonne* und glaubte bald in einem deutschen Europa leben zu müssen. Im Vergleich zu dieser angeblichen Übermacht konnten in Frankreich leicht Unterlegenheitsgefühle aufkommen. In **M2** wird dagegen die Einheit als Herausforderung für Frankreich gesehen und für die Mobilisierung französischer Energien geworben.

»Rettungsanker« Europa

Angesichts dieser Ängste, die – was in der Natur der Medien liegt – augenfälliger sind, darf jedoch die wachsende Zahl von Kommentaren nicht übersehen werden, die französische Befürchtungen durch einen realitätsnäheren Blick auf Deutschland zu zerstreuen suchten (vgl. **M3**). Sei es, dass aus dem Einigungsprozess resultierende wirtschaftliche Schwierigkeiten Deutschlands vorausgesehen wurden (**M2**), sei es, weil die Hoffnung gehegt wurde, auch Frankreich könne in wirtschaftlicher Hinsicht vom Einigungsprozess profitieren.

Auch die traditionelle Angst Frankreichs vor einem Abdriften Deutschlands nach Osten und einer Loslösung von westeuropäischen Strukturen – man antizipierte nach dem Ende von Jalta ein neues Rapallo – hat sich im Laufe des Vereinigungsprozesses mit der geforderten und dann auch vollzogenen Verstärkung der westeuropäischen Integration abgeschwächt. Wie bereits in der Vergangenheit, kam somit Europa die Rolle eines »Rettungsankers« zu, der den deutschen Dynamismus einbinden und bremsen sollte (Höhne, S. 115). Um dieses Zieles willen opferte auch Frankreich bereitwillig nationalstaatliche Rechte.

Regierungs- und Generationswechsel

Seit dem Regierungswechsel 1998, auf den sich in Frankreich viele Hoffnungen gerichtet hatten, befinden sich die deutsch-französischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt. Doch mehren sich neuerdings die Stimmen beiderseits des Rheins, die eine Wiederbelebung des deutsch-französischen Tandems fordern und seit dem Treffen im September 1999 von Schröder und Jospin in Genshagen und dem deutsch-französischen Gipfel im Juni 2000 in Mainz

sieht man nun auch allenthalben eine neue Annäherung. Zwar kam es auch schon unter Kohl zu Divergenzen, die aber, durch Freundschaftserklärungen beider Regierungen übertüncht, nicht in dem Maß das öffentliche Bewusstsein erreichten, wie es bislang der Fall ist.

Die Störungen im deutsch-französischen Verhältnis werden einerseits auf den Generationswechsel zurückgeführt, auf ideologische Differenzen und das bis vor kurzem gezeigte Desinteresse Schröders an Frankreich sowie auf seinen demonstrativen »anglomanisme«. Andererseits gewöhnt man sich nur schwer an die neue Rolle Deutschlands, das nun verstärkt seine eigenen Interessen verteidigt. Insofern resultieren die gegenwärtigen Störungen zu einem Teil indirekt aus der deutschen Einheit und belegen, dass eine grundsätzliche Neudefinition des deutsch-französischen Verhältnisses unter den veränderten Rahmenbedingungen nicht stattgefunden hat.

Einige Stränge der Deutschlandwahrnehmung, die 1989/90 vertreten waren, sind immer noch zu beobachten:

- So kann das sehr polemische Buch Yvonne Bollmanns (*La tentation allemande*, Paris 1998) als Beleg dafür herangezogen werden, dass die Angst vor Deutschland immer noch geschürt wird. Dieses Buch vertritt die These, was Deutschland in zwei Weltkriegen nicht gelang, wolle es nun mit subtileren Mitteln erreichen: ein deutsches Europa. Die Deutschen verfolgen nach Bollmann mit einer Politik des Minderheitenschutzes und der regionalen Identität das Ziel, ihre Nachbarländer zu destabilisieren, die dann »als Reste der zerfallenen Nationalstaaten trabantenartig um die Großmacht Deutschland kreisen« (Hartweg, S. 130). Diese »Germanophobie« scheint aber eher eine Randerscheinung zu sein, der in der deutschen Presse eine größere Bedeutung beigemessen wird als in Frankreich.
- Wenn Deutschland im Zusammenhang mit Europa thematisiert wird, dann geschieht dies heute weniger, um sich gegen ein deutsches Übergewicht zu schützen. Vielmehr äußern sich einige Kommentatoren anerkennend über die Leistungen Deutschlands beim Aufbau Europas. (**M5**)
- Was aber überwiegt, ist ein nüchterner, realistischer Blick auf Deutschland. Die ökonomischen Probleme Deutschlands werden in Frankreich (manchmal mit Genugtuung) zur Kenntnis genommen, im Gegenzug wird anerkannt, dass sich Frankreich Deutschland zu lange politisch überlegen gefühlt hat und immer wieder wird darauf hingewiesen, dass die Franzosen nun endlich zur Kenntnis nehmen müssten, in Deutschland einen ebenbürtigen und souveränen Partner zu haben. (**M4**) Die französischen Pressestimmen speziell zum 9. November sind durchweg freundlich. Sie würdigen die Wende als positives Ereignis, das aber fast ausschließlich aus deutscher Sicht dargestellt wird. Vor allem die Probleme, die die Einheit Deutschland beschert hat, die mangelnde innere Einheit werden thematisiert.
- Im Großen und Ganzen wird die Richtigkeit der deutschen Wiedervereinigung nicht in Frage gestellt, sondern das Vertrauen zum Ausdruck gebracht, das man dem heutigen Deutschland entgegenbringt. Frankreich schickt sich an, mit seinem politisch »erwachsen gewordenen« Nachbarn leben zu lernen.

Doch trotz der überwiegend wohl wollenden französischen Stimmen über Deutschland, ist dennoch nicht zu übersehen, dass die Exklusivität der deutsch-französi-chen Sonderbeziehungen nicht mehr in dem Maße besteht, wie ehemals (vgl. **M3**). Diese gehen vielmehr in der Vision eines »multipolaren« Europas auf, d. h. eines Europas, das von der gleichberechtigten und gleichwertigen Kooperation aller seiner Mitglieder lebt (**M6**). Dem erlahmenden deutsch-französischen Engagement auf politischer Ebene entspricht ein schwindendes Interesse der Bevölkerung am Nachbarn, das seit einigen Jahren zu beobachtet ist und das sich nicht zuletzt darin äußert, dass Deutsch bzw. Französisch immer seltener als Fremdsprache gewählt wird.

So wird die Zukunft zeigen, ob die Wiedervereinigung – eher unabsichtlich und beiläufig als gewollt – zwar nicht das Ende der deutsch-französischen Beziehungen, wohl aber den unspektakulären Niedergang von deren Sonderstellung eingeläutet hat. (vgl. auch Streitgespräch Joschka Fischer contra J.-P. Chevènement, in: *DIE ZEIT/Le Monde*, 21. 6. 2000, S. 13–18)

Materialien¹

M1 3 octobre 1990



Jacques Bellenger
(Paris), November 1990

M2 Herausforderungen

Müssen wir Angst vor Deutschland haben? Nachdem Frankreich zu seiner Wiedervereinigung applaudiert hat, betrachtet es Deutschland mit anderen Augen. [...] Es ist an Deutschland in Zukunft zu beweisen, dass es trotz seiner wiedergewonnenen Souveränität immer noch europäisch gesinnt ist. Es ist an Frankreich gleichzeitig zu zeigen, dass es fähig ist, die deutsche Herausforderung anzunehmen, indem es seine Energien mobilisiert. [...] Alle Experten kündigen an, dass die Wiedervereinigung in Kür-

Literaturhinweise

- Grosser, Alfred: Es könnte doch viel schlimmer sein. Eine kritische Betrachtung aus Paris. In: *Angst vor Deutschland*. Hrsg. von Ulrich Wickert. Hamburg 1990, S. 141 – 152.
- Hartweg, Frédéric: Schwanengesang oder fröhliche Urständ? oder noch: Wie Deutschland heimtückisch nach Frankreichs Seele trachtet. In: *Dokumente II* (1998), S. 128 – 133.
- Höhne, Roland: Frankreich und die deutsche Einheit. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Wiedervereinigungsprozess im Jahre 1989/90. In: *Lendemains*, nr. 62, été 1991, S. 106 – 119.
- Kolboom, Ingo: Deutsche Frage und Europäisches Gleichgewicht. In: *Anmerkungen zu den Grenzen eines historischen Paradigmas*. In: Ingo Kolboom (Hrsg.): *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*. Europa Union Verlag, Bonn 1991, S. 47 – 53.
- Kolboom, Ingo: Vom geteilten zum vereinten Deutschland. *Deutschland-Bilder in Frankreich*. Europa Union Verlag, Bonn 1992.
- Ziebura, Gilbert: *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*. Stuttgart 1997.

ze ein neues deutsches Wirtschaftswunder bewirkt. Aber warum nicht auch ein französisches Wirtschaftswunder? Es hängt nur von uns ab. Die Prahlerie der Deutscheindlichen wird uns wie immer nirgendwohin führen. Angesichts dieses Deutschlands im Werden, das wieder lernen wird mit Inflation und Arbeitslosigkeit zu leben, gibt es nur einen Weg für Frankreich die anderen »abzuhängen«: seinerseits ein für alle Mal Klassenbester zu werden.

Franz-Olivier Giesbert in: *Le Figaro*, 1. 10. 1990

¹ Die Französischen Texte sind abgedruckt hinten S. 47

M3 France-Allemagne: à nous de jouer!

In Wirklichkeit ist diese privilegierte Beziehung (die deutsch-französische Freundschaft), die darauf beruhte, dass die Deutschen implizit der diplomatischen Führungsrolle Frankreichs zustimmten, seit fast zehn Jahren tot, seit Kohls Entschluss, sich mit rascher und sicherer Hand dieses Ostdeutschlands zu bemächtigen, [...] ohne jemanden zu benachrichtigen, nicht einmal seinen Freund François Mitterrand. [...] Indem er Deutschland vom doppelten Stigma des Nazismus und des Kommunismus befreite, hatte er aus ihm ein Land wie die anderen gemacht. Aus Geschicklichkeit, aber auch aus europäischer Überzeugung, hütete sich dieser große Staatsmann davor, seinen Erfolg hinauszuposaunen. Besser: Er verstand, dass je deutscher Deutschland wieder wurde, umso europäischer musste Europa werden. Als Pfand dieser unwiderruflichen Überzeugung gestand er François Mitterrand den Vertrag von Maastricht zu und zögerte nicht, die Mark auf dem gemeinsamen Altar der deutschen Wiedervereinigung und dem Aufbau Europas zu opfern. [...] Müssen wir Angst vor Deutschland haben? Diese rituelle Frage muss mit einem Nein beantwortet werden. Seit zwanzig Jahren haben wir mehr Probleme mit dem deutschen Pazifismus als mit deutscher Kriegstreiberei. Und trotz des Traumas der Wiedervereinigung hält Deutschland seine extreme Rechte auf einem niedrigeren Niveau als wir. Schließlich zeigen die deutsche Demographie und Ökonomie Elemente struktureller Schwäche.

Jacques Juillard in: Le Nouvel Observateur 4.-10. März 1999, S. 25

M4 Die Karten sind neu gemischt

Einige im Parlament und in universitären Kreisen ängstigen sich davor, Deutschland seinen Machtstatus wieder erlangen zu sehen. Vielleicht, weil Frankreich, wie es ein deutscher Diplomat ausdrückt, größere Schwierigkeiten hat seine Rolle angesichts eines »erwachsen gewordenen Deutschlands« zu definieren? Wir haben lange mit dieser Vorstellung gelebt, dass wir Franzosen bei den Großen mitspielen und nicht sie und dass wir, trotz ihrer wirtschaftlichen Macht, auf politischer Ebene auf sie herabschauen können. Mit der Wiedervereinigung sind die Karten neu gemischt worden, kommentiert ein Experte. Sie hat auch diese Angst vor dem Ungleichgewicht verstärkt, die eine Konstante im französischen Denken seit den sechziger Jahren und dem deutschen Wirtschaftswunder ist. [...] Die Angst ist fast immer schon Bestandteil der deutsch-französischen Beziehungen gewesen. Der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung, mit der die französischen Intellektuellen schlecht fertig geworden sind, haben neue Fragen aufgeworfen: Wird Deutschland nicht versucht sein, von seiner wiedererlangten Macht zu profitieren, um ein Solo zu spielen? Heutzutage hat der von Komplexen befreite Diskurs der neuen politischen Verantwortlichen in Bonn – und morgen in Berlin – manchmal Schwierigkeiten diesseits des Rheins anzukommen. Zweifellos, weil wir in, wie Joschka Fischer es nennt, das »Zeitalter nach der Versöhnung« eingetreten sind und es

dieses noch zu erfinden gilt. Im Bewusstsein, dass uns die Deutschen weniger Höflichkeiten erweisen werden.

Dominique Lagarde in: L'Express 25. 2. 1999, S. 45

M5 Deutschland in Europa

Das vereinigte Deutschland feiert die Öffnung der Mauer vor zehn Jahren in seiner neuen Hauptstadt. Es begeht diese Feierlichkeiten mit einer gewissen Bescheidenheit, so als wolle es den Ängsten keinen Nährboden bieten, die das vereinigte Deutschland traditionell bei seinen Nachbarn ausgelöst hat, und das nicht immer zu Unrecht. [...] Die Befürchtungen Margaret Thatchers und anderer, die glaubten, das erste Opfer des Mauerfalls in Berlin sei die europäische Integration, haben sich als haltlos erwiesen. Das vereinigte Deutschland ist ein engagierter Partner im Aufbau Europas geblieben und ein verlässlicher Verbündeter der westlichen Gemeinschaft. [...] Deutschland ist nicht mehr verleitet auf eigene Faust zu handeln anstatt in der Mannschaft zu spielen, sondern ist eine treibende Kraft Europas geblieben. Gerade die letzten zehn Jahre waren jene der Verträge von Maastricht, von Amsterdam und des Euros, jene, in denen Deutschland dem Verzicht auf die Deutsche Mark zugestimmt hat, was ein enormes finanzpolitisches Zugeständnis darstellt. Während vierzig Jahren haben die Westdeutschen es verstanden, eine Demokratie zu entwickeln, die ihren Nachbarn in nichts nachsteht und die sogar in vielen Bereichen beispielhaft ist. Nach 1989 hat man ihnen vorgeworfen ihren Mitbürgern im Osten ihre Auffassung von Demokratie aufgezwungen zu haben. Der Vorwurf ist nicht völlig unberechtigt, aber man muss beachten, dass weder den einen noch den anderen viele andere Modelle zur Verfügung standen.

Le Monde, 10. 11. 1999, Editorial

M6 La nouvelle Allemagne: puissance centrale de l'Europe? – Der französische Außenminister antwortet

Comment interprétez-vous la métaphore géopolitique, «l'Allemagne puissance centrale de l'Europe»?

Je ne l'interprète pas, ce sera bientôt une évidence géographique. Quant à la transformer en concept géopolitique, je serais plus prudent. Car la géopolitique est d'un maniement délicat. Dans la réalité de la guerre froide, l'Allemagne représentait l'enjeu principal de l'Europe – au moins dans la perspective des états-majors otaniens et autres. Depuis, elle a perdu cette position, par ailleurs peu enviable. L'Europe puissance, pour peu que le concept ait un jour une validité – ce que j'espère et ce à quoi je m'efforce –, ne pourra être que «multipolaire». Elle ne reposera pas sur la domination de l'une ou l'autre de ses composantes, car elle ne pourra être fondée que sur la coopération de tous ses partenaires.

La relation franco-allemande. Entretien avec Hubert Védrine, ministre des Affaires étrangères. In: La nouvelle Allemagne. La revue internationale et stratégique. Automne 1999. Paris, p. 61

2. Großbritannien: »A Fourth German Reich?«

Von Michael Pates und Walter-S. Kircher

»Diese Ängste im Ausland von vor zehn Jahren erscheinen heute wie Schauerromane aus dem 18. Jahrhundert. (...) Zum ersten Mal in der modernen Geschichte gibt es keine ›deutsche Frage‹ mehr. (...) Deutschland hat größere Probleme, aber Deutschland stellt kein großes Problem dar.« (T. G. Ash 1999 im *Independent*)

Die Briten scheinen sich demnach mit einem vereinten Deutschland abgefunden zu haben. Es gibt jedoch Hinweise dafür, dass die Grundtendenz der englischen Deutschlandfeindlichkeit in den neunziger Jahren gestiegen ist. Wenn dies so wäre, muss dies sorgfältig analysiert werden. Und es gilt zu fragen, ob dabei die europäische Frage eine Rolle spielt.

Der zehnte Jahrestag des Falls der Berliner Mauer wurde in allen englischen Zeitungen kommentiert. Die meisten Artikel waren kurz, aber freundlich. Inhaltlich gaben sie einerseits zehn Jahre alte Interviews von Ostberlinern, die in den Westteil geströmt waren, wieder, andererseits befassten sie sich mit der Auszeichnung von George Bush und Michail Gorbatschow und schließlich mit dem Gerichtsurteil zu Egon Krenz. Die allerwenigsten bemühten sich, die Auswirkungen auf Osteuropa oder die restliche Welt zu kommentieren. Die *popular press*, vertreten durch die *Sun* und die *Daily Mail*, schrieb nur eine Viertelseite, während die *quality papers* mehrseitige Kommentare abgaben. Interessant die *Times*, deren Leitartikel die Jahre 1989 und 1789 verglich, die Berliner Mauer als neue Bastille bezeichnete. Ein paar Seiten weiter fand sich gleichzeitig ein Artikel über den Ersten Weltkrieg mit dem Titel: »103-jähriger Veteran erinnert sich des Tages, an dem sein Schwert die Hunnen in die Flucht schlug.« Der *Guardian* zeigte sich äußerst freundlich (M1a), positiv äußerte sich auch der Oxforder Politologe Timothy Garton Ash in einer ganzseitigen Analyse im *Independent*. (M1b)

Die Politik

Nach der unmittelbaren Euphorie wegen des Falls der Berliner Mauer und des bevorstehenden Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums empfanden manche britische Politiker eine neue Angst vor Deutschland, das jetzt 80 Millionen zählte statt der bequemen 50 bis 60 Millionen anderer westeuropäischer Staaten. So gab die damalige Premierministerin Margaret Thatcher Erklärungen gegen die deutsche Vereinigung ab (obwohl sie 1987 noch behauptet hatte, die sowjetische Macht sei gefährlich, solange die Berliner Mauer noch stünde¹). Ein weiteres Moment der Unsicherheit begleitete die neuen Versuche zur europäischen Integration, die als deutsches Komplott gesehen wurden, Mitteleuropa wirtschaftlich und po-

litisch zu unterwerfen; als denselben Plan schließlich, der seit dem Kaiserreich (und natürlich im Dritten Reich) galt. Bezeichnend ist ein Artikel im *Guardian* vom 16. 7. 1990, der die ihm zugespielten Protokollnotizen einer Kabinettsitzung unter Margaret Thatcher im Regierungslandhaus Chequers veröffentlichte. (M2) Die Ängste dieses damals maßgebenden Teils der politischen Meinung (vgl. auch die Karikatur M5) spiegelten sich in der alphabetischen Auflistung der Untugenden der Deutschen: das alte Bild von Aggressivität und Sentimentalität. Auch wenn heute und morgen keine Gefahr von Deutschland ausginge, wie würde es übermorgen sein? Russen und Amerikaner sollten Truppen in Mitteleuropa beibehalten. Die Briten wünschten sich kein vereintes Deutschland, da dies eine neue wirtschaftliche und politische Dominanz über Ost- und Mitteleuropa bedeute. Schon jetzt benütze die Bundesrepublik die Überlegenheit ihrer wirtschaftlichen Position, um in der EG Ziele durchzusetzen. Alles in allem solle England doch »nett sein zu den Deutschen.«²

So nett war man vorübergehend doch nicht. Die Unterstützung Amerikas unter Präsident Bush, der einen Zusammenhang zwischen der weiteren Existenzberechtigung der NATO und dem deutschen Wunsch nach Vereinigung sah, kontrastierte während der entscheidenden Verhandlungen stark mit der zögerlichen Haltung des britischen Außenministers Nicholas Ridley. Allerdings nicht nur England: »Die Verbündeten in London und Paris, Den Haag und Rom opponierten und monierten, tricksten und finassierten, um die Einheit zu hintertreiben. (...) Zunächst standen Thatchers Chancen, die Wiedervereinigung zu verhindern, nicht schlecht (...) und die meisten Europäer teilten die britische Haltung.«³ Kohl an Bush: »Wenn alle unsere Freunde so zu uns stehen würden wie der amerikanische Präsident, würde ich weniger Probleme haben.« Der Kommentator John Eisenhammer schreibt: »Die Auswirkungen für das Englandbild in Deutschland waren und sind katastrophal. (...) Die Ereignisse des Jahres 1990 zeigen vielen Deutschen, dass man England weitgehend ignorieren könne.«⁴ Aber gleichzeitig »empfindet Deutschland Unbehagen in Bezug auf Frankreichs wirkliche Absichten ihm gegenüber (...). Wie England hat Frankreich im entscheidenden Moment den Lackmusestest der Freundschaft mit Deutschland nicht bestanden.«⁵ Die Situation war natürlich eine völlig andere, da man wusste, dass Frankreich zur europäischen Integration und zum Sonderverhältnis mit Deutschland stand.

Die Verhältnisse hatten schon einen Tiefpunkt erreicht, wie z. B. bei der »Königswinterkonferenz« im März 1990 in Oxford, wo es sogar als zu riskant angesehen wurde, Helmut Kohl direkt neben Margaret Thatcher sitzen zu lassen, und wo Thatcher äußerte: »Die Briten brauchen mindestens noch 40 Jahre, bis sie den Deutschen wieder Vertrauen schenken können.«⁶ Jahre später erinnerte sich Thatcher noch an dieses Gespräch: »Deutschland ist nicht in Europa verankert, nein, Europa ist an Deutschland angekettet, welches schon wieder vorherrscht. Deshalb nenne ich es ein deutsches Europa.«⁷ Vorübergehend hinterließ auch die Rüstungspolitik einen bitteren Beigeschmack, als zum Beispiel Thatcher Mitterrand fragte, ob er nicht daran denke, französische Mittelstreckenraketen einzusetzen, falls die Russen Köln einnehmen.⁸

Nachdem John Major Margaret Thatcher als Parteivorsitzender und Premierminister abgelöst hatte, wurden die Töne aus Regierungskreisen weniger schrill. Trotzdem war ein tiefgreifendes Misstrauen auf beiden Seiten zu spüren (M3). Es wirkt fast verkrampft, wenn 1996 in Oxford der damalige deutsche Außenminister Klaus Kinkel, den früheren Minister Tony Baldry zitierend, Gemeinsamkeiten auflistete (M4). Mit dem Regierungswechsel in Westminster und Bonn Ende der 90er-Jahre gehören misstrauische Äußerungen, zumindest vorläufig, fast zur Vergangenheit. Fast: Denn der deutsche Staatsminister für Kultur und Medien Naumann reagiert immer noch entsetzt (»reduced to near-apoplectic rage«) angesichts britischen »Mythologisierens« des Weltkrieges in der Presse.⁹

Die Presse

Denn dort bleibt *krautbashing* ein Volkssport. Tageszeitungen, vor allem die vielen, die Richard Murdoch gehören, bringen regelmäßig Artikel, die man eindeutig als deutschfeindlich bezeichnen muss, und bedienen sich dabei des Wortschatzes aus den Propagandakampagnen des Ersten Weltkrieges zusammen mit Bildmaterial aus dem Zweiten. »Hun« (= »Hunne«) wird der Deutsche genannt nach einem Satz aus der berüchtigten so genannten Hunnenrede des deutschen Kaisers Wilhelm II. Vom 27. Juli 1990, als dieser deutsche Truppen anlässlich des chinesischen Boxeraufstandes nach Ostasien verabschiedete.

Deutsche Botschafter in London reagieren regelmäßig allergisch auf die deutschfeindlichen Artikel in der britischen Presse, zum Beispiel 1990 von Richthofen¹⁰. Und wieder 1999 von Moltke, der »tief enttäuscht« resigniert: »Man hat manchmal den Eindruck, dass hier der Geschichtsunterricht im Jahre 1945 aufhört.«¹¹ Vielleicht waren beide überempfindlich, denn immerhin gab es dann einen Aufruf zum Boykott ausgerechnet französischer, nicht aber deutscher Importe, als in den neunziger Jahren der »beef war« ausbrach, nachdem vor allem schottische Rinderherden sich mit BSE infiziert hatten. Wiederholter Zwist wegen der Währungspolitik war vielleicht ernster zu nehmen.

Und es gibt bewusste Bemühungen, nationalistische Ausbrüche der Presse in Frage zu stellen. 1999 brachte der *Independent* täglich eine wohlwollende Kurzinformation zu Deutschland: »Wussten Sie, dass ...?« An der Universität Oxford geht manches College dazu über, die Namen der deutschen Gefallenen der beiden Weltkriege, die dort studiert hatten, doch noch auf ihren Ehrentafeln zu erwähnen.¹² Die jährlich stattfindende deutsch-britische »Königswinterkonferenz« bringt Spitzenpolitiker und Journalisten zu offenen Gesprächen zusammen. Ein Trost: Im Grunde verhält sich die Bevölkerung Englands Deutschland gegenüber, wie der französische Schriftsteller André Maurois die Haltung der Engländer gegenüber fremden Nationen bereits 1918 charakterisierte: gleichgültig und uninteressiert.¹³

Das ist eine Erklärung, die den Briten und insbesondere den Engländern jedoch Stillstand bescheinigt.

Ein Zeithistoriker und Publizist

Eine andere, differenziertere Erklärung gibt der britische Deutschlandkenner und Zeithistoriker, der in Cambridge lehrende Richard J. Evans. Fünf Hypothesen enthält der Auszug aus seinem in Stuttgart Ende 1999 gehaltenen Robert Bosch Stiftungsvortrag innerhalb der Reihe »Europa vor neuen Aufgaben«. M6 Der Wissenschaftler, angesehene Publizist und Schriftsteller (»Tales from the German Underworld«, 1998) bettet die Deutschlandfeindlichkeit besonders der Engländer unter den Briten ein in die mit Margaret Thatcher gewachsenen antideutschen Resentiments, dem stärker gewordenen englischen Nationalismus innerhalb der Konservativen Partei und den von britischen Politikern und Massenmedien oft gezogenen Parallelen zwischen Deutschland und der Europäischen Union auf der einen und dem Dritten Reich auf der anderen Seite. Im »elektronischen Zeitalter« setzt der Verfasser seine Hoffnung auf die Bildung eines positiveren englischen Deutschlandbilds.

Anmerkungen

- ¹ Parteitag der Konservativen in Blackpool, 9. 10. 1987.
- ² Eine Anspielung auf ein satirisches Lied der 30er-Jahre gegen Chamberlains Politik der Annäherung ans Dritte Reich: »Let's not be beastly to the Germans!«
- ³ Der Spiegel 50/1999
- ⁴ Worse still, the events of 1990 have proved to many Germans that Britain can largely be ignored.
- ⁵ Independent 3. 10. 1990
- ⁶ Thomas Kielinger, Crossroads and Roundabouts: junctions in German-British relations. London: Foreign & Commonwealth Office, 1997, S. 216 – Deutsche Ausgabe: Die Kreuzung und der Kreisverkehr. Deutsche und Briten im Zentrum der europäischen Geschichte. Bonn 1997.
- ⁷ Die Zeit, 8. 3. 1996
- ⁸ Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen. Berlin 1995, S. 540
- ⁹ The Sunday Times, 21. 02. 1999
- ¹⁰ »The then German ambassador (...) decided to fight prejudice with knowledge. A meeting was arranged with one of the editors. It was the ambassador's misfortune to be a relative of the World War One flying ace, »the Red Baron« Manfred von Richthofen. (...) The following day he opened his newspaper to read (...) the headline THE HUN TALKS TO THE SUN.« Zitiert in: Jeremy Paxman, The English. London 1998, p. 131.
- ¹¹ Beitrag im Magazin »Initiative« der Deutsch-Britischen Handelskammer, zitiert in den Stuttgarter Nachrichten, 14. 10. 1999
- ¹² Papier zu einer Verwaltungssitzung des Merton College Oxford, 1999
- ¹³ »The only feeling inspired (in England) by foreign nations is one of immense indifference.« André Maurois: Three Letters of the English. 1918. Zitiert in: J. Paxmann, The English.

Internet-Adressen für Texte und Abbildungen zum Thema in der englischen Presse:

www.guardian.co.uk/
www.independent.co.uk/
www.spectator.co.uk/
www.thetimes.co.uk/

Materialien

M1 Der Fall der Mauer und das vereinigte Deutschland

M1a »... a gamble of freedom«

»Not the end of history; more a launch-pad. [...] The uncertainties of ideological polarisation and mutually assured destruction have been exchanged for the vexatious, exhilarating, often confusing gamble of freedom. We would not have wanted it any other way.«

© *The Guardian*, 9. 11. 1999

M1b »... a Fourth Reich« oder »no major problem with Germany«?

»Ten years ago [...] Germany's European neighbours [...], and especially their political leaders, watched with mixed feelings. Mrs Thatcher was the most outspoken, articulating doubts and fears, but she was by no means alone. [...] All were worried about what a liberated, united Germany would do. Would it dominate Central Europe, not militarily of course, but economically, creating a new and unhappy Mitteleuropa? And remember those commentaries in the British press about the emergence of a ›Fourth Reich‹?

Now, by contrast, it's the Germans [...] who are full of doubts and worries, and their neighbours who flock to Berlin to celebrate. And those foreign fears of 10 years ago now read like Gothic tales from the 18th century. If today you ask policymakers in Rome, London, Paris or Warsaw what the main problems in Europe are at the beginning of the 21st century, few of them will mention ›the German Problem‹ at all. And if they do, it will not be high on their list. For the first time in modern history, there is no longer a ›German Question‹. (Instead, we have an ›English Question‹. And, of course, several very large European ones.) This is a fantastic outcome, a tribute to the peaceful and responsible ways in which Germany was united and united Germany has so far used its power.

There are major problems in Germany, but there is no major problem *with* Germany, no German with a capital P – as there was, not just from 1945 until German unification, but throughout most of modern history.«

Timothy Garton Ash im Independent, 9. 11. 1999. © 2000

M2 Die Politik: Protokoll einer Kabinettsitzung unter Thatcher

»It was easier and more pertinent to the present discussion to think of the less happy (German characteristics): their insensitivity to the feelings of others (most noticeable in their behaviour over the Polish border), their obsession with themselves, a strong inclination to self-pity and a longing to be liked. Some even less flattering attributes were also mentioned as an abiding part of the German

character: in alphabetical order, angst, aggressiveness, assertiveness, bullying, egotism, inferiority complex, sentimentality.

Two further aspects of German character were cited as reasons for concern about the future. First a capacity for excess, to overdo things [...]. Second, a tendency to overestimate their own strengths and capabilities. An example of that, which has influenced much of Germany's subsequent history, was the conviction that their victory over France in 1870 stemmed from a deep moral and cultural superiority rather than as in fact from a modest advance in military technology.

Several speakers felt all of this was out of date, relating to German history from Bismarck until 1945. This was the phase of imperial Germany, characterised by neurotic self-assertiveness, a high birth-rate, a closed economy, a chauvinist culture.

After 1945 there was no longer a sense of historic mission, no ambitions for physical conquest, no more militarism. Education and the writing of history had changed. There was an innocence of mind about the past on the part of the new generation of Germans. We should have no real worries about them.

This view was not accepted by everyone. It still had to be asked how a cultured and civilised nation had allowed itself to be brainwashed into barbarism. If it had happened once, could it not happen again? The way in which the Germans currently used their elbows and threw their weight about in the European Community suggested that a lot had still not changed.

In sum, no one had serious misgivings about the present leaders or political elite of Germany. But what about 10, 15, or 20 years from now? Could some of the unhappy characteristics of the past re-emerge with just as destructive consequences? [...]

We could not assume that a united Germany would fit quite so comfortably into Western Europe as the FRG. There would be a growing inclination to resurrect the concept of Mittel-Europa with Germany's role being that of broker between East and West. [...]

There was a strong pacifist, neutralist, anti-nuclear constituency in Germany, which could have a considerable effect on the views of a united Germany. That effect would be to make Germany both less ›Western‹ and less politically stable than the FRG. At worst the extremes at both ends of the political spectrum could grow in influence, leading to a return of Weimar politics. [...]

Germany was likely to dominate Eastern and Central Europe economically. But that did not necessarily equate to subjugation. Nor did it mean that a united Germany would achieve by economic means what Hitler had failed to achieve militarily. German help was probably the only way to revive Eastern Europe. [...]

We wanted Germany to be constrained within a security framework which had the best chance of avoiding a resurgence of German militarism. We wanted a continuing American presence in Europe as a balance to Germany's power. We would want to see limits, preferably self-imposed [...] on the size of Germany's armed forces. [...] Germany's behaviour in the EC ›we pay so we must have our way‹ was seen as the harbinger of Germany's economic dominance over Western Europe.



The overall message was unmistakable: we should be nice to the Germans. But even the optimists had some unease, not for the present or the immediate future, but for what might lie further down the road than we can yet see.«

© *The Guardian*, 16. 7. 1990

M3 Vorurteile auf beiden Seiten

»Several negative stereotypes have established themselves in one nation's perception of the other. In Germany, the idea of Britain dragging its feet over European unification; in Britain, the view that the Germans, blinded by their love of abstract concepts, have lost sight of the natural limits to the institutional integration of potentially 400 million Europeans. [...] The German-British dialogue has developed into a fundamental debate about diverging views.«

Thomas Kielinger: Crossroads and Roundabouts: junctions in German-British relations. London und Bonn 1997

M4 Gemeinsamkeiten?

»Together we are committed to a liberal world trading system and opposed to protectionism in Europe and worldwide.

Together we are fighting for the structural renewal of our economies in order to solve our unemployment problems. We reject dirigisme in our industrial policies.

Together we are in favour of opening up our Euroatlantic institutions to the young democracies in central and Eastern Europe soon.

Together we are changing the development of the vital bridge across the Atlantic. Peace and stability in Europe without America is inconceivable to us.

Together we have drawn up a successful peace settlement for Bosnia. [...] Together our troops are now safeguarding peace there.«

Klaus Kinkel, Rede in Oxford, 19. 1. 1996

M5



Zeichnung: Peter Brookes,
in: *The Spectator*,
24. February 1990
(Großbritannien)

M6 Deutschlandfeindlichkeit in der englischen Kultur? Fünf Hypothesen

Es gibt vielleicht fünf Gründe, weshalb die Deutschlandfeindlichkeit in der britischen und vor allem in der englischen Kultur in den neunziger Jahren und nicht schon vorher eine starke Wiederbelebung erfahren hat. Dies sind mehr Hypothesen als Tatsachen, denn das Phänomen ist nicht so ganz leicht zu erklären.

Erstens hängt [...] der Anstieg der Deutschlandfeindlichkeit mit dem Aufstieg eines neuen, hauptsächlich von der Konservativen Partei vertretenen, englischen Nationalismus zusammen, der deutliche Parallelen mit dem Aufstieg des schottischen und walisischen Nationalismus aufweist. Erst seit Frau Thatchers allergischer Reaktion gegenüber der Deutschen Einigung ist es wieder akzeptabel geworden, in der Öffentlichkeit vom Nationalcharakter zu sprechen und spezifisch vom vermeintlich unveränderten deutschen Nationalcharakter zu reden. Der Mythos des Zweiten Weltkriegs, des Widerstandes gegen die fremde Diktatur, der einst in den achtziger Jahren als rhetorische Unterstützung für den Falkland-Krieg und gleich danach für Thatchers Kampf gegen den so genannten inneren Feind, gegen die Gewerkschaften, diente, dient nun dem Kampf gegen die Europäische Union.

Eben deshalb, weil namhafte britische Politiker nun ganz offen Parallelen zwischen der Bundesrepublik und der Europäischen Union auf der einen Seite und dem Dritten Reich auf der anderen Seite ziehen, ist es für die Massenmedien akzeptabel geworden, auch in ihrer eigenen Art und Weise ähnliche Parallelen zu ziehen. [...] Dazu kommt eine zweite Entwicklung, nämlich die starke Senkung des moralischen und intellektuellen Niveaus der britischen Presse unter dem Einfluss eines sich immer mehr verstärkenden wirtschaftlichen Wettbewerbs im Zeitalter der elektronischen Massenmedien. [...] [S]elbst die so genannte Qualitätspresse, die unter großen finanziellen Problemen leidet, räumt immer mehr Platz für Meinungen ein, je kontroverser, desto besser, und immer weniger für seriöse Berichterstattung. So ist es leichter geworden, aufsehenerregende Kommentare, seien sie noch so extrem, selbst in den liberaleren englischen Zeitungen zum Druck

zu bringen. Auch die Qualitätspresse teilt jetzt die Tendenz der Deutschlandfeindlichkeit in der Sprache.

Als dritter Grund für die Zunahme der Deutschlandfeindlichkeit in der britischen und spezifisch der englischen Öffentlichkeit in den neunziger Jahren ist die strukturelle Entwicklung des öffentlichen Diskurses im allgemeinen Sinne zu nennen, vor allem die neue Emotionalität, die sich am deutlichsten in der Trauer um Prinzessin Diana zeigte. [...] Diese Emotionalität erlaubt es auch, deutschlandfeindliche Emotionen direkt auszudrücken, was in den achtziger Jahren so nicht an der Tagesordnung war. Viertens, in der multikulturellen Gesellschaft Großbritanniens ist der Rassismus heutzutage nicht nur gesetzlich verboten, er wird nun auch, viel mehr als in den achtziger Jahren, zumindest in der Öffentlichkeit gesellschaftlich geächtet. Das offene Aussprechen rassistischer Ressentiments ist nicht mehr in dem gleichen Maße möglich, wie noch zu Zeiten der Thatcher-Regierung. Das gleiche gilt für Homosexuellen-Feindlichkeit und andere Vorurteile. Solche Vorurteile sind in einem Teil der englischen Öffentlichkeit und vor allem innerhalb der Konservativen Partei nun auf den äußeren Feind projiziert worden, und zwar auf die Deutschen. Die *New Labour* bietet tatsächlich sehr wenige Angriffsflächen, die alten Sündenböcke der *Tories*, [...] sind längst nicht mehr da. Insofern, als die politische Mobilisierung einen Feind braucht, richtet sie sich innerhalb der Konservativen Partei gegen die Deutschen und deren vermeintlich landesverräterische Handlanger innerhalb der europafreundlicheren Labour-Regierung.

Schließlich bildet die Europa- und Deutschlandfeindlichkeit einen Ersatz für Antikommunismus, der jahrzehntelang in Verbindung mit dem Antisozialismus eine große Rolle in der ideologischen Festigung des britischen Konservatismus spielte. [...] Die Konservativen brauchen einen äußeren Feind, um ihre Partei zusammenzuhalten. [...] Der Feind steht nicht mehr links, er steht auf der anderen Seite des Ärmelkanals. Und tatsächlich hat die Konservative Partei augenblicklich durch ihre Europa- und Deutschlandfeindlichkeit ein neues Einheitsgefühl gefunden.

Es wäre also verfehlt, diese spezifische Entwicklung der öffentlichen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auf allgemeine Bestandteile der englischen Kultur oder Politik oder gar des englischen Nationalcharakters zurückzuführen. [...] Die öffentliche Erinnerung ist auch nie stabil oder unveränderbar. In England ist der Mythos des Zweiten Weltkriegs [...] hauptsächlich ein Produkt spezifischer politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen der neunziger Jahre. [...]

Im elektronischen Zeitalter, einem Zeitalter des immer schneller werdenden sozialen und kulturellen Wandels, ändert sich die öffentliche kollektive Erinnerung immer kurzfristiger und bezieht sich in den meisten Ländern auf immer gegenwartsnähere historische Ereignisse. [...] Es ist also zu erwarten, dass das englische Deutschlandbild der neunziger Jahre, sicherlich das negativste seit Jahrzehnten, bald einem anderen, positiveren Platz machen wird. Das zumindest ist meine Hoffnung.

Aus: Richard. J. Evans: Mythen in den deutsch-britischen Beziehungen seit 1945 (Stuttgart 1999). Vortragsreihe der Robert Bosch Stiftung »Umbrüche und Aufbrüche. Europa vor neuen Aufgaben«. Stuttgart. Gedruckt im März 2000. S. 28-34.

3. Russland: »Deutsche, wir beneiden euch!«

Von Dirk Lundberg

Mit diesen Worten endete ein ausführlicher Artikel der international beachteten russischen Wochenzeitung »Moscow News« vom 7. Oktober 1990. Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, wie die deutsche Wiedervereinigung in der russischen Öffentlichkeit aufgenommen wurde. Hat sich die Haltung Russlands in den vergangenen zehn Jahren verändert?

Moskau, am 2. Oktober 1990. Nach der üblichen Anfahrt mit Metro und Bus betrete ich das Gelände der Lomonosov-Universität, dessen Zentrum das imposante Hauptgebäude im Stalinschen Zuckerbäckerstil bildet. Wie jeden Morgen will ich am Außentor die Pforte passieren und lege der »Wachhabenden« meinen Universitätsausweis vor. Doch an diesem Morgen erhalte ich meine *visitka* nicht ohne weiteres zurück. Mein Kärtchen verschwindet hinter dem Tresen und wenige Sekunden später öffnet sich die Tür des Wachhäuschens. Eine ältere Frau in Uniform tritt heraus und streckt mir zu meiner Überraschung beide Hände entgegen: »Ich gratuliere Ihnen!« In Anbetracht meines verdutzten Gesichts erläutert sie ihre aufrichtige Anteilnahme: »Sie sind doch Deutscher. Ab morgen wird es wieder ein vereintes Deutschland geben, wie es sich gehört. Wir freuen uns mit Ihnen!« Die warmen, aufrichtigen Worte eines wildfremden Menschen beschämen mich ein wenig. Der Wachhabenden, die mich sonst jeden Morgen mürrisch und wortlos abfertigte, scheint es offenbar ein echtes Anliegen zu sein, ihre Freude über die deutsche Wiedervereinigung persönlich auszudrücken – kein Einzelfall in jenem Herbst 1990 in Russland. Wer immer uns Gäste als Deutsche identifiziert, gratuliert und beglückwünscht ohne Vorbehalt zur »Korrektur eines historischen Fehlers« – von Misstrauen, Argwohn oder Angst ist weder in persönlichen Begegnungen, noch in der veröffentlichten Meinung etwas zu spüren.

Die bereits oben zitierte Wochenzeitung *Moscow News* sprach von »einem der grandiosesten Ereignisse in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts«. Um etwaigen Bedenken vorzubeugen, wurde der in die Bundesrepublik emigrierte Schriftsteller und Historiker Lev Kopelev zitiert: Die Wiedervereinigung Deutschlands sei ein organischer und unvermeidbarer Prozess. Die Einheit einer Nation gelte schließlich für Jahrhunderte, gar für Jahrtausende. Die Gefahr eines »Vierten Reiches« sei zu vernachlässigen – in Deutschland würden die Neonazis »Ewiggestrige« genannt, ihr Einfluss sei minimal.

Auch die *Literaturnaja Gazeta* stand der Wiedervereinigung Deutschlands in den Wochen vor dem 3. Oktober 1990 positiv gegenüber (vgl. **M2**). Natürlich spielte in zahlreichen Kommentaren der »Große Vaterländische Krieg« gegen Nazi-Deutschland eine wichtige Rolle. Doch obwohl die Sowjetunion größte Opfer im Kampf gegen Hitler zu beklagen hatte, scheinen viele Russen in der Wiedervereinigung Deutschlands keine Gefahr oder Bedrohung zu sehen. Diese Haltung überrascht umso mehr, weil zu Sowjetzeiten die offizielle Propaganda die Erinne-

rung an den Überfall Nazi-Deutschlands systematisch wach hielt und die Ängste gegenüber (West-)Deutschland schürte. Doch bereits im Frühjahr 1989, zu einer Zeit, in der die russischen Medien noch sehr vorsichtig mit Umfrageergebnissen umgingen, bekundeten über zwei Drittel der Befragten ihre kritische Haltung zur Teilung Deutschlands (M1). Aus M2 gehen einige Gründe für die überraschend positive Haltung vieler Russen Deutschland gegenüber hervor.

Ein weiterer Faktor für die zustimmende Haltung zur Wiedervereinigung mag die Tatsache sein, dass Russland im vereinigten Deutschland einen Partner sah und sieht, der besonderes Verständnis für die Nöte des Kreml entwickelt. Als Bestätigung für diese These weist *Der Spiegel* z. B. darauf hin, dass seit dem Fall der Mauer die deutsche Regierung die Hälfte aller westlichen Hilfsleistungen an das marode Riesenreich übernommen habe.

Allerdings spielen solche finanziellen Zuwendungen heute im Bewusstsein der russischen Öffentlichkeit eine untergeordnete Rolle. Zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs fühlen sich die meisten Russen wirtschaftlich als Verlierer des tiefgreifenden Wandels, den Michail Gorbatschow einst mit der *Perestroika* eingeleitet hatte. Hat sich aufgrund dieser problematischen Entwicklung auch die russische Sicht der deutschen Wiedervereinigung verändert? Empfindet die russische Öffentlichkeit die Preisgabe der DDR, des ehemaligen sowjetischen Vorpostens, heute als historischen Fehler?

Ein Blick in die auflagenstarken überregionalen Zeitungen verrät, dass sich die grundsätzlich positive Haltung Russlands zum 3. Oktober 1990 nicht verändert hat. Allerdings ist das öffentliche Interesse am Thema Wiedervereinigung äußerst gering, was angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage des Landes wenig verwundert. Die Präsidentenwahlen und der Tschetschenienkonflikt sind die beherrschenden Themen – die zehnjährige Wiederkehr des Mauerfalls am 9. 11. findet in den russischen Medien nur mäßige Beachtung. Diesen Eindruck bestätigen persönliche Erfahrungen. »Was soll sich verändert haben an unserer Einstellung zur Wiedervereinigung?«, fragt Il'ja Medovoj, Redakteur der Wochenzeitung *Obščaja Gazeta* auf Anfrage. »Wir freuen uns für euch, aber wir haben unsere eigenen Probleme. Leider.«

Kritische Stimmen sind aber auch hörbar (vgl. M3).

Materialien

M1 Umfrage in Moskau zur Berliner Mauer 1989

Bereits im Juni 1989 wurde im Auftrag der *Moscow News* eine telefonische Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse damals aus politischen Gründen nicht veröffentlicht wurden. Auf die Frage »Dient die Berliner Mauer dem Frieden und Fortschritt?«, antworteten die Befragten:

»JA« (8%), »Eher Ja als Nein« (6%), »Eher Nein als JA« (19%), »Nein« (52%), »Weiß nicht« (15%).

Aus: »Moskovskie Novosti« 47/1989

Russische Soldaten ziehen am 18. März 1994 aus Potsdam ab. Über dem Haupttor der Roten Kaserne haben sie ein Transparent mit der Aufschrift »Leb wohl Deutschland« angebracht. Mit dem offiziellen Abmarsch wird einer der größten Stationierungsorte russischer Truppen in Deutschland aufgelöst.



Foto: Bernd Settnik, © dpa-Bildarchiv

M2 Vjačeslav Kondratev: Vor einem wiedervereinigten Deutschland habe ich keine Angst

[...] Die Nachricht über den Krieg gegen Hitler erhielt ich in Fernost. Ich muss zugeben, dass sie mich nicht besonders überraschte: Allen war bereits klar, dass der Kampf gegen den Faschismus bevorsteht. [...] Gegen die deutschen Soldaten an sich empfand ich, wie viele andere auch, keinen Hass. Wir wussten gut, dass die deutsche Armee nicht aus Freiwilligen bestand, sondern mobilisiert worden war, und dass ein einberufener Soldat seine Befehle ausführen muss.



[...] Als der Weltkrieg beendet war, wurde vielen klar, dass ein geteiltes Deutschland ein Zankapfel sein werde, ein ungelöschter Brand im Zentrum Europas. Durfte man denn ein großes Volk in zwei Teile reißen? [...]

Was heute in Deutschland passiert, ist ein natürlicher Prozess. Endlich wird dieses große und bedeutende Land wieder ein einheitlicher Staat. Ich habe diesbezüglich keine Angst, da Deutschland sich innerhalb der letzten 40 Jahre in ein wirklich demokratisches Land verwandelt hat und man einzelne Auftritte von Nazis meiner Meinung nach nicht als ernsthafte Gefahr ansehen sollte. Die Deutschen haben mit dem Faschismus wesentlich entschiedener abgerechnet als wir mit dem Stalinismus.

Überraschend ist die Unruhe der Ostdeutschen und der Westdeutschen angesichts eines möglicherweise sinkenden Lebensstandards in einem wiedervereinigten Staat. Offenbar haben sich die Bürger der Bundesrepublik so sehr an ein luxuriöses Leben gewöhnt, dass bereits die Gefahr kleinerer Einschnitte bei ihnen Angst hervorruft. Aber selbst diese Haltung beweist, dass heute niemand mehr über ein Großdeutsches Reich bis zum Ural nachdenkt, dass während der letzten 40 Jahre dieses Gedankengut verschwunden ist – nicht zuletzt durch den Prozess gegen führende Naziverbrecher, eine Auseinandersetzung, die es bei uns mit den Ideologen der Stalinzeit nicht gegeben hat. [...]

Ein vereintes Deutschland wird die Gewähr sein für Stabilität in jenem großen Europa, über das wir heute so oft sprechen und zu dem wir gehören wollen. [...]

Aus: »Literaturnaja Gazeta« 40/1990

M3 »Zum Nachteil unseres Landes«

[...] Die Implosion der DDR und die nachfolgende Entwicklung in Deutschland haben Gorbatschow und sein Team mit extrem komplizierten Aufgaben konfrontiert. Ihre Handlungsfähigkeit wurde durch die innere Krise in der Sowjetunion äußerst beschränkt, was sich auch außenpolitisch auswirkte. Die Situation der sowjetischen Führung während der Verhandlungen mit dem Westen über die deutsche Vereinigung war denkbar ungünstig. Trotzdem hätte das Ergebnis dieser Verhandlungen für die Sowjetunion weniger katastrophal ausfallen können. Verhängnisvoll wirkte sich der »menschliche Faktor« aus. Die westlichen Politiker erwiesen sich in professioneller Hinsicht als stärker als ihre sowjetischen Partner. Im Unterschied zu Gorbatschow und Schewardnadse waren sie vor allem bemüht, die nationalen Interessen ihrer Länder zu sichern, und das gelang ihnen zum Nachteil unseres Landes.

Iwan N. Kusmin: *Zum Nachteil unseres Landes. Die Sowjetunion und der deutsche Vereinigungsprozess. In: Deutschlandarchiv 2/2000, S. 269*

4. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik – ein schwieriges Kapitel

Von Wolf-Rüdiger Gröbl

Deutschland und die ČR nähern sich an, tun dies auch die Menschen? Prag hatte Verständnis für die Vereinigung beider deutscher Staaten, und Deutschland hat dies immer gewürdigt, indem es sich für einen EU-Beitritt der ČR stark macht. Schwierigkeiten bereitet die Aufarbeitung der Vergangenheit. Dennoch ist das Deutschlandbild in der ČR überwiegend positiv.

Das Verhältnis zu Deutschland und den Deutschen war immer ein bestimmender Faktor für tschechische Politik gewesen. Václav Kural bezeichnete diese Beziehungen bis in die 20er-Jahre als konfliktreich und doch produktiv.¹ Die negativen Erfahrungen der 30er-Jahre mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat der Deutschen prägen das tschechische Denken bis heute sehr stark. Noch immer übertragen viele Tschechen ihre historischen Erfahrungen auf die heutigen Deutschen. Besonders in den Grenzgebieten zu den neuen Bundesländern blühen auf beiden Seiten alte Vorurteile. **(M1)**

Während des Ost-West-Konflikts kam eine echte Verständigung zwischen der damaligen Tschechoslowakei und der Bundesrepublik nicht zustande. Die Annäherung erfolgte nur langsam und das Verhältnis der beiden Staaten blieb im Wesentlichen bestimmt von den internationalen Rahmenbedingungen sowie von den innenpolitischen Konstellationen. Auch zur DDR blieb das Verhältnis der ČSSR eher distanziert, u. a. deshalb, weil die DDR zwar die gemeinsame sozialistische Zukunft beider Staaten herausstellte, zugleich aber eigene Interessen auch gegenüber dem »Brudervolk« durchsetzen wollte. »Das gipfelte in ihrer aggressiven Haltung gegenüber der tschechoslowakischen Reformpolitik des Jahres 1968 und trug zur Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten in die [ČSSR] bei.«² Dies führte in der breiten Öffentlichkeit der ČSSR zu einer starken Abneigung gegenüber dem Regime in der DDR und bestätigte das »negative Bild der Deutschen im kollektiven tschechischen Bewusstsein.«³

Im Zuge der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition kam es zu ersten Schritten einer Annäherung und Verständigung. Voraussetzung war, dass die Bundesregierung das Münchner Abkommen von 1938 von Anfang an für »nichtig« erklärte. Dennoch wurde eine Verständigung stark behindert, nicht nur durch den Ost-West-Gegensatz, sondern auch durch die revisionistische Politik der Landsmannschaften und durch die Weigerung Prags, die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat als Unrechtsakt anzuerkennen. »Eine offene Diskussion über die gemeinsame [deutsch-tschechoslowakische] Vergangenheit war [in der ČSSR] nur unter Dissidenten möglich; sie gipfelte im Plädoyer für die Vereinigung beider deutscher Staaten (»Prager Aufruf« von 1985)«⁴, während die kommunistische Regierung in Prag die angebliche Gefahr eines bundesdeutschen »Revanchismus« an die Wand malte.

Die friedlichen Revolutionen in der DDR und der ČSSR 1989/90 brachten die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen voran. Entscheidend war dafür, dass die ČSSR ihre Grenzen für die DDR-Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag öffnete und dass die Regierung in Prag Verständnis für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zeigte. Präsident Václav Havel brachte diese Haltung in zahlreichen öffentlichen Reden und Briefen zum Jahreswechsel 1989/90 zum Ausdruck. Gleichzeitig bedauerte er die Vertreibung der Sudetendeutschen, und im März 1990 erklärte er: »Wir sind uns darin einig, dass die Grundvoraussetzung für die wirkliche Freundschaft unserer Völker die Wahrheit ist. Wie hart auch immer, soll sie doch gesagt werden.« Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärte umgekehrt in einer Rede in Prag am 15. 3. 1990, die Deutschen hätten den Tschechen und Slowaken in der Vergangenheit viel Unrecht zugefügt, und er betonte die besondere Verantwortung der Deutschen für den Frieden. Jetzt stand weiteren Schritten zur Verständigung nichts mehr im Wege. Zahlreiche Aktivitäten entfalteten sich. So wurde 1990 eine Gemeinsame Deutsch-tschechische Historikerkommission ins Leben gerufen und am 27. Februar 1992 regelte ein Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der noch (bis 1993) existierenden Tschechoslowakei.

Zwar sind die deutsch-tschechischen Beziehungen heute gut, nicht erst seit der deutsch-tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen vom Januar 1997, welche die gemeinsame Verantwortung für Partnerschaft und Frieden sowie für den Ausbau Europas betont und in der beide Seiten sich zu ihrer Verantwortung gegenüber der Vergangenheit bekennen und sie die Rechte der deutschen Minderheit in der ČR bekräftigen (M2). So hat Bundeskanzler Schröder bei seinem Besuch in Prag am 30. September 1999 enge Beziehungen zur Tschechischen Republik als eine »Herzensangelegenheit« bezeichnet. Trotzdem bleiben zahlreiche Probleme offen, nicht nur die immer noch unzureichende Aufarbeitung der Vergangenheit (M1), sondern hauptsächlich die nationalistischen bzw. revisionistischen Tendenzen in der tschechischen bzw. deutschen Öffentlichkeit. Wenn es sich dabei auch um Minderheiten handelt, darf ihr Einfluss auf die Politik nicht unterschätzt werden. Die sudetendeutsche Frage ist noch ungelöst, und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will den EU-Beitritt Prags daran knüpfen, dass die Regierung in Prag zunächst die »Beneš-Dekrete« für ungültig erklärt, durch die die Enteignung der Deutschen in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegt worden war. Dies weckt in der tschechischen Öffentlichkeit alte Ängste davor, dass das vereinte Deutschland seine wirtschaftliche Macht letztlich dazu nutzen könnte, eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu erreichen. Eine Zunahme antideutscher Ressentiments ist bei aller deutsch-tschechischer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet – man denke an die erfolgreiche Integration der Škoda-Werke in den VW-Konzern – in der tschechischen Öffentlichkeit spürbar.⁵ (M3) Obwohl die sudetendeutsche Frage eine »psychologische Hürde« in den deutsch-tschechischen Beziehungen darstellt, bemerkt die tschechische Öffentlichkeit mit großem Wohlwollen, dass Deutschland die treibende Kraft für die Integration

ihres Landes in die EU ist, und Václav Havel, der tschechische Staatspräsident, betonte in seiner Rede vor dem Bundestag am 24. 4. 1997, Heimat schlage eine Brücke zwischen den Menschen. Viele Tschechen stellen sich aber die Frage, wie das vereinte Deutschland seine starke ökonomische Kraft innerhalb Europas einsetzen wird: im Dienste des vereinten Europas oder zur Beherrschung Europas. Für die Tschechen ist die Beantwortung dieser Frage von erheblicher Bedeutung und man beobachtet die deutsche Politik daher mit großer Aufmerksamkeit. Die breite Öffentlichkeit in der ČR bewertet die deutsche Politik überwiegend positiv (M4) und hofft, dass diese sich auch in Zukunft integrierend entwickelt, denn für Prag sind die Integration des Landes in die NATO und die EU vorrangige Ziele. Auch daher sind die Beziehungen zwischen der ČR und Deutschland für Prag von vitaler Bedeutung. Der tschechische Ministerpräsident beschrieb in diesem Zusammenhang Deutschlands Rolle in der Welt zehn Jahre nach der Vereinigung als »eine bestimmende Weltkraft in durchaus positivem Sinn«.⁶

Anmerkungen

- 1 Kural, Václav: Die Tschechische Republik vor historischen Weichenstellungen. In: Europabilder in Mittel- und Osteuropa. Neue Herausforderungen für die politische Bildung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 337, Bonn 1996, S. 111
- 2 Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Deutsch-tschechische Beziehungen. Arbeitstexte zur politischen Bildung, Dresden 1998, S. 33
- 3 V. Kural, Tschechische Republik, S. 111
- 4 Vgl. Sächsische Landeszentrale (Hrsg.): Deutsch-tschechische Beziehungen, S. 33
- 5 V. Kural, Tschechische Republik, S. 112
- 6 Vgl. DER SPIEGEL Nr. 45 vom 8. 11. 1999, S. 33

Materialien

M1 Die deutsch-tschechischen Beziehungen, ein »schwieriges Kapitel«



SCHWIERIGES KAPITEL

11.12.96

Rheinische Post 11. 12. 1996

Nik Ebert

M2 Aus der deutsch-tschechischen Erklärung vom 21. Januar 1997

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik – eingedenk des Vertrags vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, mit dem Deutsche und Tschechen einander die Hand gereicht haben, in Würdigung der langen Geschichte fruchtbaren und friedlichen Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen, in deren Verlauf ein reiches kulturelles Erbe geschaffen wurde, das bis heute fortwirkt, in der Überzeugung, dass zugefügtes Unrecht nicht ungeschehen gemacht, sondern allenfalls gemildert werden kann, und dass dabei kein neues Unrecht entstehen darf, im Bewusstsein, dass die Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union und die Nordatlantische Allianz nachdrücklich und aus der Überzeugung heraus unterstützt, dass dies im gemeinsamen Interesse liegt, im Bekenntnis zu Vertrauen und Offenheit in den beiderseitigen Beziehungen als Voraussetzung für dauerhafte und zukunftsgerichtete Versöhnung erklären gemeinsam:

Beide Seiten sind sich ihrer Verpflichtung und Verantwortung bewusst, die deutsch-tschechischen Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Partnerschaft weiterzuentwickeln und damit zur Gestaltung des zusammenwachsenden Europas beizutragen. [...]

Beide Seiten sind sich zugleich bewusst, dass der gemeinsame Weg in die Zukunft ein klares Wort zur Vergangenheit erfordert, wobei Ursache und Wirkung in der Abfolge der Geschehnisse nicht verkannt werden dürfen.

II

Die deutsche Seite bekennt sich zur Verantwortung Deutschlands für seine Rolle in einer historischen Entwicklung, die zum Münchner Abkommen von 1938, der Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik geführt hat. Sie bedauert das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan worden ist. Die deutsche Seite würdigt die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und diejenigen, die dieser Gewaltherrschaft Widerstand geleistet haben.

Die deutsche Seite ist sich auch bewusst, dass die nationalsozialistische Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht und Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten.

III

Die tschechische Seite bedauert, dass durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung. Sie bedauert insbesondere die Exzesse,

die im Widerspruch zu elementaren humanitären Grundsätzen und auch den damals geltenden rechtlichen Normen gestanden haben, und bedauert darüber hinaus, dass aufgrund des Gesetzes Nr. 115 vom 8. Mai 1946 ermöglicht wurde, diese Exzesse als nicht widerrechtlich anzusehen, und dass infolgedessen diese Taten nicht bestraft wurden.

IV

Beide Seiten stimmen darin überein, dass das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört und werden daher ihre Beziehungen auf die Zukunft ausrichten. Gerade deshalb, weil sie sich der tragischen Kapitel ihrer Geschichte bewusst bleiben, sind sie entschlossen, in der Gestaltung ihrer Beziehungen weiterhin der Verständigung und dem gegenseitigen Einvernehmen Vorrang einzuräumen, wobei jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Beide Seiten erklären deshalb, dass sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden.

V

Beide Seiten bekräftigen ihre Verpflichtungen aus den Artikeln 20 und 21 des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 27. Februar 1992, in denen die Rechte der Angehörigen der deutschen Minderheiten in der Tschechischen Republik und von Personen tschechischer Abstammung in der Bundesrepublik Deutschland im Einzelnen niedergelegt sind. [...]

VI

Beide Seiten sind überzeugt, dass der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union und die Freizügigkeit in diesem Raum das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen weiter erleichtern wird.

In diesem Zusammenhang geben sie ihrer Genugtuung Ausdruck, dass aufgrund des Europaabkommens über die Assoziation zwischen der Tschechischen Republik und den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einschließlich der Möglichkeiten selbstständiger Erwerbstätigkeit und unternehmerischer Tätigkeit gemäß Artikel 45 dieses Abkommens erreicht worden sind. [...]

VIII

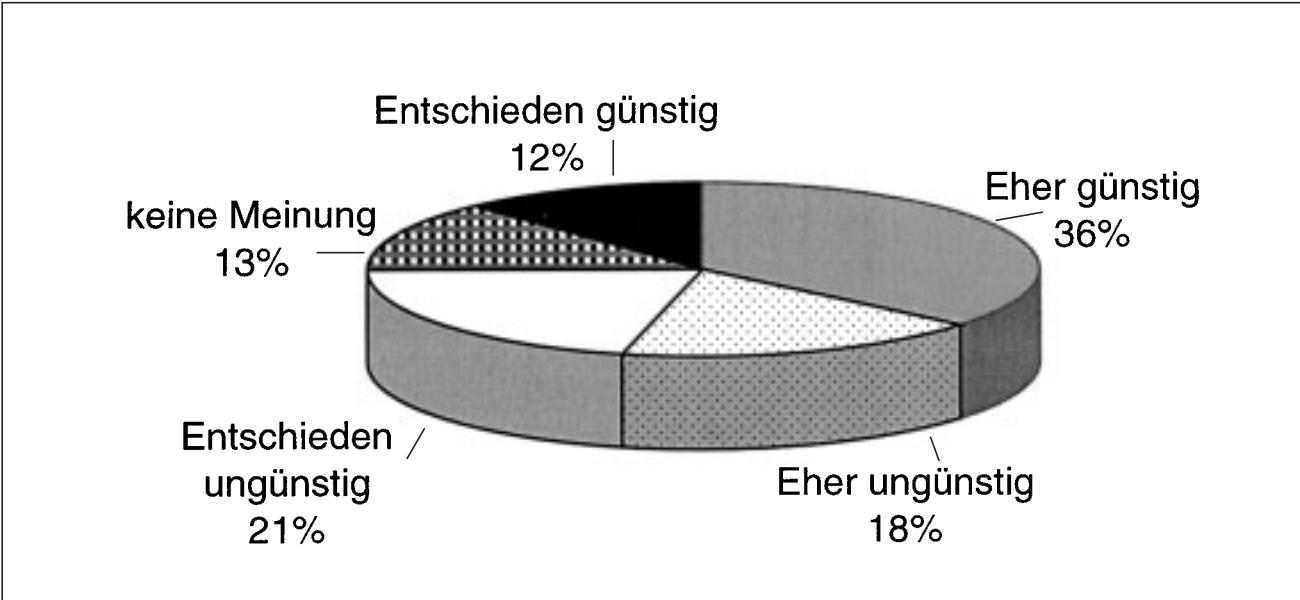
Beide Seiten stimmen darin überein, dass die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der gemeinsamen Erforschung bedarf und treten daher für die Fortführung der bisherigen erfolgreichen Arbeit der deutsch-tschechischen Historikerkommission ein. Beide Seiten sehen zugleich in der Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes, das Deutsche und Tschechen verbindet, einen wichtigen Beitrag zum Brückenschlag in die Zukunft. [...]

Nach: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 7 vom 24. Januar 1997



M3 Der deutsche Einfluss auf die Wirtschaft der ČR: eine Umfrage

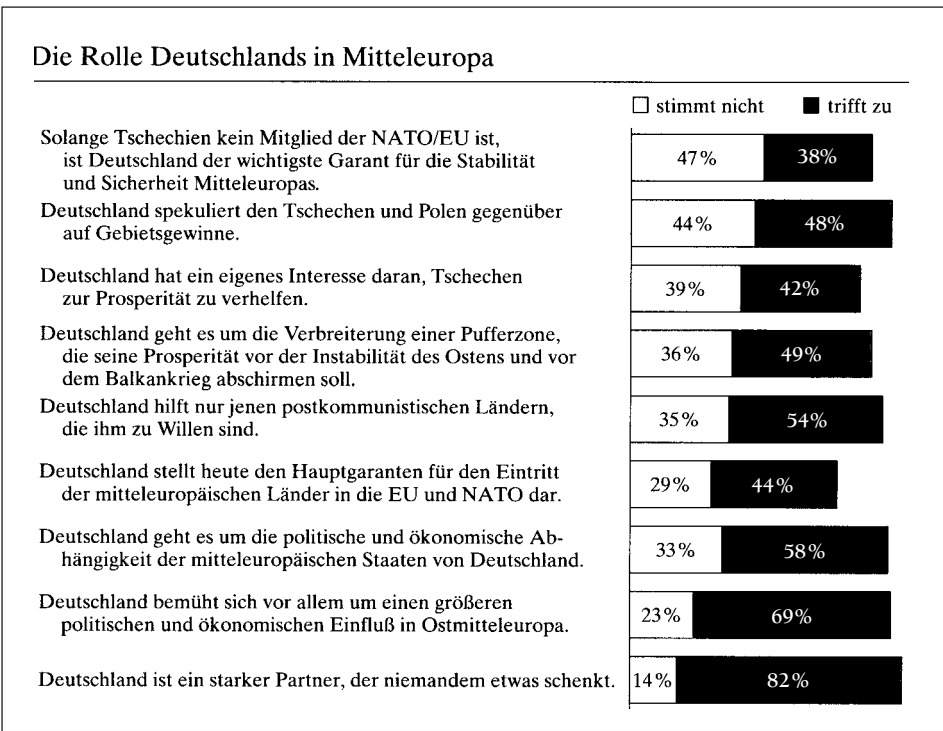
Wie wird in der ČR der Einfluss Deutschlands auf die Wirtschaft bewertet?



Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Meinungsforschung.

Nach Lidové noviny (Die Volkszeitung) vom 10. 3. 1995. Abgedruckt in: *Europabilder in Mittel- und Osteuropa. Neue Herausforderungen für die politische Bildung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 337, Bonn 1996, S. 112*

M4 Die Rolle Deutschlands in Mitteleuropa in den Augen der tschechischen Öffentlichkeit



Abgedruckt in: *Europabilder in Mittel- und Osteuropa. Neue Herausforderungen für die politische Bildung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 337, Bonn 1996, S. 114*



5. Görlitz – Brücke zwischen Ost und West

Von Wolf-Rüdiger Gröbl und Dietrich Rolbetzki

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich Görlitz vom Grenzort zur Stadt mit Brückenfunktion entwickelt. Das fängt beim Verkehr an und setzt sich fort in der Zusammenarbeit der offiziellen Stellen, den Aktivitäten im Rahmen einer Euroregion und der Niederlassung vieler Firmen auf beiden Seiten der Neiße. Es ist nur ein scheinbarer Widerspruch, dass all das erst die Anerkennung der Grenze durch Deutschland ermöglicht hat, da bislang »Grenze« auch immer »Abgrenzung« bedeutet hat.

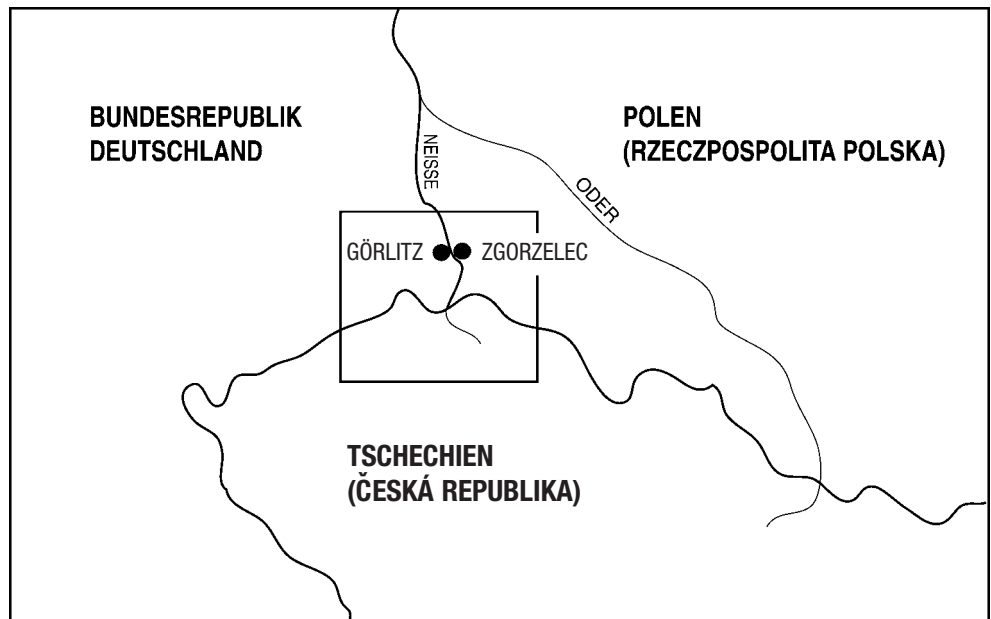
Görlitz, über Jahrhunderte in einer Mittellage in Deutschland, wurde 1945 zur Grenzstadt im Osten und verlor auch noch die jenseits der Neiße gelegenen Stadtteile. Fortan gab es neben dem deutschen Görlitz das polnische Zgorzelec.

Die neue Grenze trennte Menschen, die unendliches Leid erfahren hatten: die Polen Unterdrückung, Versklavung und Ausrottung, die Deutschen aus Pommern, Schlesien und Ostpreußen Rache, Flucht und Vertreibung. Die Sieger des Zweiten Weltkriegs bestätigten aber in Potsdam nur den vorläufigen Charakter der Grenze, über die erst ein Friedensvertrag endgültig befinden sollte, obwohl die geschaffenen Fakten kaum mehr korrigierbar waren. So konnten viele Deutsche davon ausgehen, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, und auch viele neu angesiedelte Polen fürchteten, zumindest in den ersten Jahren, dass die neue Heimat keine endgültige sei.

Als 1950 die DDR und Polen im »Görlitzer Vertrag« die Oder-Neiße-Linie ein für alle Mal als »Friedens- und Freundschaftsgrenze« festlegten, schrieben sie nicht Geschichte, denn noch waren die Wunden zwischen beiden Völkern zu frisch und die Bundesrepublik Deutschland hielt am Friedensvertragsvorbehalt fest. Schon wegen der Vertriebenenverbände war die Oder-Neiße-Grenze für westdeutsche Politiker ein Tabu. Erst Ende der sechziger Jahre begann ein vorsichtiger Aufbruch zu neuen Einsichten, wobei die beiden Kirchen vorangingen. Doch erst während der Verhandlungen über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990

wurde klar, dass diese ohne Anerkennung der Ostgrenze nicht zu haben war. Am 14. 11. 1990 schlossen deshalb Deutschland und Polen einen Vertrag »über die zwischen ihnen bestehende Grenze«.

Damit begann ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen, von dem auch Görlitz unmittelbar betroffen ist. Über die Grenze hinweg begann eine Zusammenarbeit zwischen Görlitz und Zgorzelec, die im Dezember 1991 mit der Gründung der Euroregion NEISSE-NISA-NYSA, der ersten von der EU getragenen grenzüberschreitenden Kooperation in Ost-Mitteleuropa, auf eine höhere Ebene gestellt wurde. Die Euroregion hat eine Fläche von 11 366 km² und umfasst den größten Teil der polnischen Woiwodschaft Zielona Góra, das Gebiet von Nordböhmen in der ČR sowie das Gebiet von Ostsachsen, die Region Oberlausitz-Niederschlesien mit den Städten Görlitz, Hoyerswerda, Bautzen und Zittau. Die Region sieht sich selbst gern als ein Zentrum Europas. Dabei versteht sich Görlitz als das »Tor zu Polen«. Die »Europera«, ein Musiktheater, in dem polnische, tschechische und deutsche Ensembles auftreten, unterstreicht den Anspruch von Görlitz, eine Stadt in der Mitte Europas mit Brückenfunktion nach Ost und West zu sein.



EUROREGION NEISSE – NISA – NYSA

Zeichnung: Peter Steinheißer

Auch verkehrstechnisch ist Görlitz zum Leidwesen der Einwohner wichtige Verbindung nach Polen, denn auf der B 6 hat der Transitverkehr geradezu explosionsartig zugenommen. Görlitz folgt damit der mittelalterlichen Tradition, als die »Hohe Straße« einen der ältesten und wichtigsten Verkehrswege über die Neiße bildete und der Handelsweg zwischen der Ostsee und Böhmen durch die Stadt verlief. Auch deshalb hat die sächsische Regierung die Stadt zum Mittelzentrum gemacht, das für den gesamten Raum wichtige verwaltungstechnische und wirtschaftliche Aufgaben erfüllen soll.



Görlitz im Juni 1990. Büttnerstraße

Das Ende des Sozialismus machte die trostlose Bausubstanz einer einzigartigen Stadtarchitektur weithin sichtbar. Der hohe Sanierungsbedarf bedeutet ein enormes Auftragspotenzial für die Bauwirtschaft. Dabei sind enge Kooperationen über den Grenzfluss hinweg schon Alltag. Hersteller von Baumaterialien wie die Müller Dachziegelwerke GmbH orientieren sich nicht nur am deutschen, sondern auch am polnischen Markt. Junge polnische Handwerker arbeiten im Rahmen von Euro-Projekten bei Görlitzer Betrieben. Besonders gefördert wird die Zusammenarbeit von Architekten und Bauexperten von Görlitz und Zgorzelec, und die Stadtverwaltungen beider Städte hoffen, dass sich die Brückenstadt mit ihrem deutsch-polnischen Flair zu »einem der meistbesuchten Orte Mitteleuropas entwickeln wird.«¹ Basis dieser Beziehungen zwischen den beiden Städten bildet der am 22. 4. 1991 ratifizierte Partnerschaftsvertrag, der in den folgenden Jahren allmählich mit Leben gefüllt wurde. So gibt es seit September 1991 eine Stadtbuslinie zwischen den beiden Städten, Schulen tauschen Lehrer aus, polnische und deutsche Kinder besuchen die Kindergärten in der jeweils anderen Stadt.

1991 wurde der Aufbau eines »Europäischen Bildungs- und Informationszentrums« beschlossen. Die ehemalige Synagoge soll kulturelles Zentrum, eine Begegnungsstätte zwischen Ost und West werden.

Die Wiedervereinigung hat der übrigen Görlitzer Wirtschaft hart zugesetzt. Vor allem der Waggonbau, bis dahin größter Arbeitgeber der Stadt, konnte nur mühsam am Leben erhalten werden. Inzwischen aber haben sich neue Firmen angesiedelt, die zum Teil von der Grenzlage profitieren. Betriebe der Textilbranche – zum Beispiel die Görlitz Fleece GmbH – und der Energiewirtschaft wie Siemens sind auf beiden Seiten der Grenze tätig.

Einerseits ist die Grenze Außengrenze der EU, an der besonders genau kontrolliert werden muss und wird und die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen besonders eng ist. Andererseits hat mit der Errichtung der Euroregion die Grenze ihren trennenden Charakter bereits weitgehend eingebüßt. Über 30 Firmen mit deutschem Kapital sind in Zgorzelec unter dem Motto »Mit einem Fuß in Deutschland, mit dem anderen in Po-

len« ansässig. In den Görlitzer Läden fallen die vielen polnischsprachigen Einkaufsschilder auf, denn die Kaufhäuser der Stadt machen rund 50 Prozent ihres Umsatzes mit



Görlitz im Juni 1998. Büttnerstraße

© Bundesbildstelle Bonn. Fotograf: Reineke

Kunden aus Polen. Bei einer Kundenbefragung durch Schüler des Annengymnasiums (Klasse 10.2) gaben 14,2 % der befragten polnischen Kunden an, regelmäßig in Görlitz einzukaufen, 23,2 % kamen einmal die Woche zum Einkaufen, 11,8 % einmal im Monat und 26,5 % sporadisch. Und auf den Märkten und in den Kaufhäusern Zgorzelecs wird wegen der zahlreichen deutschen Kundenschaft deutsch gesprochen. »Die beiden Grenzstädte sind Einkaufsziel für über 1,5 Mio. Einwohner zwischen Deutschland, Polen und Tschechien.«² Beide Städte erhoffen sich, dass sie zu Sprungbrettern für die Märkte in Ost- und Südosteuropa werden.

Es ist zu hoffen, dass die notwendige Zusammenarbeit rasch zu einem neuen Denken führt, denn noch gibt es auf deutscher Seite Abneigung und Fremdenfeindlichkeit auch gegenüber den Polen. Zudem ist die Grenze zu Polen eine Grenze zwischen Reichtum und Armut, was echte Partnerschaft behindert und zu hoher Kriminalität (vor



Begrüßungsschild am Grenzübergang »Stadtbrücke«. Foto: privat

allem Diebstahl) führt. Der von Polen angestrebte Beitritt zur EU weckt polnische Befürchtungen, dass deutsche Vertriebene einen Rechtsanspruch auf Rückgabe ihres Eigentums erhalten und reiche Deutsche Land und Firmen in Polen aufkaufen könnten, während die Deutschen eher Angst davor haben, dass billigen Arbeitskräften und Konkurrenten für deutsche Unternehmen Tür und Tor geöffnet werden (vgl. Heft 37 der Zeitschrift »Deutschland und Europa« der Landeszentrale: Polen in Europa. Stuttgart 1998, S. 9–13).

Auch Institutionen auf beiden Seiten tun sich nicht leicht. So versuchten schon 1991 Vertreter von Touristikunternehmen, Kommunalpolitiker und Vertreter der Verwaltungen in Sachsen und Polen gemeinsame Projekte zu ent-

wickeln, doch bislang wurde nur wenig realisiert. Man hat einige Wanderwege im Grenzgebiet markiert und grenzüberschreitende Wanderkarten auf den Markt gebracht, sonst gibt es kaum etwas Konkretes, da auf der polnischen wie auf der tschechischen Seite Organisationen, die den deutschen Touristikverbänden entsprechen, noch fehlen.

Anmerkungen

¹ Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG: Zwei Städte – eine Zukunft. Görlitz – Zgorzelec, Görlitz o. J., S. 4

² Ebenda, S. 8

II. Die Rolle Deutschlands in der Außenpolitik: zwischen Kontinuität und Neubestimmung

Von Wolf-Rüdiger Gröbl

Der Beitrag will zeigen, dass das vereinte Deutschland noch immer auf der Suche nach einer Definition seiner Außenpolitik ist. Deutschland ist ökonomisch eine Großmacht, an die einerseits Forderungen nach mehr politisch-militärischem Engagement gestellt werden (USA), die andererseits aber von den Nachbarn alter »großdeutscher« Bestrebungen verdächtigt wird (Großbritannien). Beidem muss Deutschland Rechnung tragen. Das vereinigte Deutschland wird auch weiterhin Motor der europäischen Integration sein. Aber Weltmacht will Deutschland nicht sein und es kann diese Rolle auch nicht spielen, darin sind sich Regierung und Opposition einig.

Standortbestimmung

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wird auch unter Fachwissenschaftlern über eine neue Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands gestritten. 1995 wies Konrad Jarausch auf mögliche Gefahren für das europäische Gleichgewicht (**M1**) durch die Vereinigung beider deutscher Staaten hin¹ und Michael Staack stellte 1998 die Frage nach dem Status Deutschlands: »Großmacht oder Handelsstaat?«². Man kann diese Frage so beantworten, dass Deutschland zehn Jahre nach der Vereinigung beide Rollen spielen muss. Zunächst schien sich nach der Wende für die deutsche Außenpolitik nicht die Notwendigkeit einer Veränderung zu ergeben. Man hielt an zentralen

Grundlagen »eines integrierten, kooperativen Handelsstaates fest«³, die schon bislang die Außenpolitik bestimmt hatten: Man verzichtete auf außenpolitische Autonomie und betonte die Integration in eine gesamtwestliche Politik sowie die enge Kooperation mit den EG- und NATO-Partnern. Gleichzeitig bestand man darauf, zivile Strategien und nichtmilitärische Instrumente zu bevorzugen (»sanfte Macht«). Dieser außenpolitische Konsens war in Deutschland unter den großen politischen Parteien seit den 60er-Jahren nie wirklich umstritten. Doch mit dem Ende des auch die deutsche Außenpolitik bestimmenden Ost-West-Konflikts musste die Außenpolitik neu definiert werden, was nicht durch eine bloße »Umakzentuierung innerhalb des vorgegebenen Prioritätenfächers«⁴ ging, worauf die Bundesrepublik aber schlecht vorbereitet war, denn jahrzehntelang konnte sie sich hinter ihren Verbündeten »verstecken«. (**M2a** und **M2b**)

Veränderte Rahmenbedingungen verlangen Konsequenzen

Die Bundesrepublik musste sich nun an die geänderten internationalen Rahmenbedingungen anpassen, vor allem erklärte sie sich bereit, sich mit der Bundeswehr im Rahmen des kollektiven Sicherheitssystems der UNO zu beteiligen (Kambodscha, Somalia, Bosnien). Gleichzeitig ergab sich mit der Vereinigung 1990 ein verstärkter Zwang zu mehr außenpolitischer Eigenständigkeit. Wie diese neue Rolle aber gestaltet werden soll, darüber herrscht noch keine Klarheit. (**M4**) Daran sind meines Erachtens



nicht nur die noch immer existierenden psychologischen und sozialen wie materiellen Belastungen durch die Vereinigung schuld, vielmehr »sind es mentale Hemmnisse, die uns hindern, mit uns selbst und den realen Weltverhältnissen ins Reine zu kommen.«⁵ Doch die Bundesregierung kann sich nun nicht mehr hinter echten oder vermeintlichen Zwängen durch den Ost-West-Konflikt verstecken. **(M3)** Sie muss nun Entscheidungen treffen, ohne sich hinter den USA oder Frankreich verbergen zu können, und sie muss ihre nationalen Interessen auch gegen den Widerstand anderer durchsetzen können. Das gilt auch angesichts eines mit der Vereinigung wiederaufgelebten Misstrauens gegenüber den Deutschen.⁶ **(M1)** So erklärte DER SPIEGEL in seiner Ausgabe vom 8. November 1999 (S. 30): »Zehn Jahre nach dem Mauerfall verbreitet sich wieder die Furcht vor deutscher Macht und Größe in ganz Europa.« Veränderungen in Mitteleuropa waren schon immer – nicht erst nach 1945 – eine gesamt-europäische Angelegenheit. Und die Furcht vor einem Streben Deutschlands nach Vorherrschaft in Europa war nicht nur in Großbritannien unter Margaret Thatcher zu spüren, sondern ist auch heute noch latent.⁷ (vgl. Kapitel I,2) Der Regierung Kohl gelang es, die Wende in Europa ohne Störung des außenpolitischen Machtsystems zu vollziehen. Deutschland versteht sich heute als ein europäischer Staat, der keine »imperialen« Ambitionen hat. Es akzeptiert seine geopolitische Lage, die eben keinen deutschen »Sonderweg« zulässt, und der Kosovo-Konflikt zeigt beispielhaft, wie sehr die Bundesrepublik bemüht ist, keine eigenen Wege zu gehen. Wie Kohl bemüht sich auch die Regierung Schröder »um den Nachweis, dass sie ihre wiedergewonnene nationale Souveränität sofort wieder aufzugeben und in die multinationalen Bündnisse einzubringen bereit war.«⁸ Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wuchs allerdings die Bundesrepublik mehr und mehr in eine Schlüsselposition in Europa, was vor allem dadurch erleichtert wurde, dass kein anderer vergleichbarer Staat während des Ost-West-Konflikts die Fähigkeit entwickelt hat, die Grenzen des eigenen außenpolitischen Handlungsspielraumes anzuerkennen und sich auf das Mögliche und Erforderliche im internationalen Rahmen zu konzentrieren. Nur dadurch war letztlich auch die Vereinigung Deutschlands möglich.

»Kurswechsel« unter Rot-Grün?

1999 vollzog die rot-grüne Koalition unter Bundeskanzler Schröder eine Abkehr von bislang geltenden Normen, sich nur auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen an militärischen Maßnahmen zu beteiligen, indem sie sich ohne UNO-Mandat an den NATO-Aktionen gegen Jugoslawien zur Verhinderung einer »humanitären Katastrophe« im Kosovo u. a. mit Kampfjets beteiligte. Auf die völkerrechtliche Diskussion in Bezug auf den Jugoslawien-Einsatz der Bundeswehr soll hier aber nicht eingegangen werden, zumal das BvG einen Antrag der PDS gegen den Einsatz abgewiesen hat. Insgesamt gesehen aber war der Regierungswechsel vom Oktober 1998 in Bezug auf die Außenpolitik »am ehesten eine gleiten-

de Zäsur. Wenn z. B. Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 6. Februar 1999 vom deutschen Beitrag zur globalen Zukunftssicherung »als Export politischer Stabilität« sprach, benutzte er ein zuvor von Helmut Kohl, Klaus Kinkel und Volker Rühe häufig benutztes Sprachbild.«⁹ Außenminister Joschka Fischer ging in einem Zeitungsinterview im April 1999 sogar so weit zu erklären: »Helmut Kohl hatte Recht, als er die europäische Integration als eine Frage von Krieg und Frieden beschrieben hat. Der Kosovo-Konflikt ist auch und vor allem eine Frage der europäischen Sicherheit.«¹⁰

Die Bundesregierung nahm die Herausforderung der Globalisierung, der Unsicherheit in den internationalen Beziehungen durch die Unberechenbarkeit Russlands und die Probleme auf dem Balkan an und vollzog damit die Abkehr vom bloßen Handelsstaat, vom reinen Wirtschaftsriesen hin zur verantwortungsbewussten Großmacht **(M3)**, von der der damalige Außenminister Klaus Kinkel 1994 erklärt hatte, dass »dazu untrennbar eine interessen- und wertorientierte Außenpolitik« gehöre.

Der Druck der Vergangenheit erschwert die Globalisierung

Allerdings ist die deutsche Außenpolitik noch immer euro-pazentriert, eine echte globale Perspektive steht noch aus – man bekennt sich relativ pauschal zur Mitverantwortung für eine Weltinnenpolitik¹¹ –, sodass die Bundesrepublik »eine angemessene Rolle in Europa und der Welt noch nicht gefunden hat.«¹² Zwar kann man für die Außenpolitik vom Ende einer Identitätsneurose sprechen, aber die Begrenztheit der deutschen Möglichkeiten vor allem finanzieller Art sprechen für die Ansicht von Hans-Adolf Jacobsen, der schon 1992 in Bezug auf die Bundeswehr davon sprach, dass die Bundesrepublik ihre Zukunft eher im Rahmen einer kollektiv verantworteten Sicherheit sehen müsse.¹³ **(M4)** Diese Position wird auch von den ehemaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP vehement vertreten, da diese Haltung einerseits in der Kontinuität der bisherigen Außenpolitik steht, andererseits aber auch den Kurs einer vorsichtigen Öffnung ermöglicht.

Verstärkt wird diese Orientierung auf Europa durch die neue Rolle, welche die NATO im Kosovo-Konflikt beansprucht: Die NATO-Staaten beschlossen auf ihrem Gipfeltreffen anlässlich des 50. Geburtstags des Bündnisses in Washington am 24. 04. 1999, die NATO sei nicht länger nur ein Verteidigungsbündnis, vielmehr habe sie das Recht auf »Krisenintervention« im europäischen und atlantischen Raum auf der Basis des geltenden Völkerrechts. Im Kosovo übernahm die NATO mit ihrem Eingreifen ohne UNO-Mandat erstmals die Rolle eines »Polizisten« in Europa, und die Bundesrepublik ist daran maßgeblich beteiligt. Dass dies ohne Mandat der UNO erfolgt sei, wurde auf dem Gipfeltreffen bedauert und als Ausnahme fall hingestellt. Deutschland will das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen daher gestärkt sehen, während z. B. die USA den Standpunkt vertreten, NATO-Einsätze, die in Einklang mit der Charta der UNO und dem Völker-

recht stünden, bräuchten kein ausdrückliches UN-Mandat.

Im Zusammenhang mit der neuen Rolle der NATO wird auch über eine verstärkte Eigenständigkeit der europäischen NATO-Mitglieder gegenüber den USA nachgedacht. Außenminister Fischer erklärte in dem genannten Interview mit Recht, dass die europäische Integration zugleich eine Reaktion sei »auf die beiden großen Totalitarismen dieses Jahrhunderts und auf die Unfähigkeit der Nationalstaaten, ihr Gleichgewicht ohne Krieg zu finden«.¹⁴ Er betonte, dass Krisen wie der Konflikt um den Kosovo diese Integration beschleunigen würden. Das bedeutet aber nicht nur Aufnahme neuer Staaten in die EU, sondern auch Bildung einer »europäischen« Außenpolitik und Einbeziehung Russlands. Europa muss sich von den USA emanzipieren und selbst für seine Werte Verantwortung übernehmen. So sprach Bundeskanzler Schröder auf dem NATO-Gipfel in Washington am 24./25. April 1999 davon, dass es nun gelte, innerhalb der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft die Rolle Europas zu stärken. Dazu sei eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer nötig; Europa müsse eine »Verteidigungsidentität« als unverzichtbaren Baustein für das »Haus Europa« entwickeln, und Deutschland müsse und werde dabei eine gewichtige Rolle spielen. Außenminister Fischer bezeichnete die NATO als eine »Sicherheitsbrücke« zwischen Europa und den USA; beide brauchten für die jeweils eigene Sicherheit den Partner. Somit sind erste Schritte unternommen, den in **M4** erhobenen Vorwurf der fehlenden Interessendefinition zu entkräften.

Deutschlands aktive Rolle in der Frage der Osterweiterung der EU

Besonders aktiv ist Deutschland in Bezug auf die Integration der osteuropäischen Staaten in NATO und EU. Dies hängt auch damit zusammen, dass vor allem Ungarn und Polen wesentlich zur Öffnung des Eisernen Vorhangs beigetragen haben, andererseits sprechen die »geopolitischen Gegebenheiten« dafür, »dass sich die deutsche Außenpolitik zu einer entschiedenen Fürsprecherin« für die Osterweiterung von NATO und EU macht.¹⁵ Diese Politik diene natürlich auch der Beruhigung der Nachbarn, andererseits entsprach sie der veränderten Sicherheitslage, denn der Beitritt der osteuropäischen Staaten ist geeignet, den Frieden in Europa auch durch wirtschaftliche Kooperation zu sichern und »er würde die Zwischenlage dieser Region beenden, die mit dem Rückzug und dem Zerfall der Sowjetunion entstand und die schon in der Zwischenkriegszeit für Spannungen sorgte.«¹⁶ Dabei hat das vereinigte Deutschland ein berechtigtes Interesse an einer sicheren Grenze im Osten, die zwar zum einen durchlässig sein soll für Waren, Informationen, Touristen, andererseits aber geschlossen für »unberechtigte Personen«. Zum anderen hat Deutschland auch ein Interesse an stabilen Verhältnissen bei seinen Nachbarn im Osten. Eine EU-Mitgliedschaft soll diese politisch, wirtschaftlich und sozial stabilisieren und, für den Fall, dass eine neue Gefährdung aus dem Osten entstehen sollte, an den Westen

binden.¹⁷ Und für Polen z. B. ist Deutschland »in seiner Bedeutung, ob in Wirtschaft, Politik oder Kultur, ein nicht zu ersetzender Partner«, wie Janusz Reiter, der erste Botschafter Polens in Bonn nach der Wende, 1999 erklärte.¹⁸ Mit dem deutsch-polnischen Vertrag vom 14. 11. 1990 über die zwischen beiden Staaten existierende Grenze wurde ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen aufgeschlagen, dessen symbolischer Höhepunkt der Händedruck zwischen den Präsidenten Rau und Kwasniewski am 1. September 1999 auf der Danziger Westerplatte war. Die Festschreibung der Grenze gab den Polen endgültig die Sicherheit ihrer Westgrenze. Die Menschen sehen in Deutschland nicht mehr eine Bedrohung, sondern den entscheidenden Fürsprecher für den angestrebten EU-Beitritt, zumal beide Länder seit März 1999 NATO-Partner sind. (Vgl. Heft 37 in dieser Reihe: »Polen in Europa«). Während CDU/CSU die deutsch-polnische Annäherung begrüßen, tun sie sich mit dem neuen Verhältnis zur Tschechischen Republik weitaus schwerer. (Vgl. Kapitel I,4).

Anmerkungen

- ¹ Jarausch, Konrad: Die unverhoffte Einheit 1989–1990, ed. Suhrkamp NF 877, Frankfurt 1995
- ² Staack, Michael: Großmacht oder Handelsstaat? Deutschlands außenpolitische Grundorientierungen in einem neuen internationalen System. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/98
- ³ M. Staack, Großmacht oder Handelsstaat?, S. 39
- ⁴ Schwarz, Hans-Peter: Außenpolitische Agenda für das Fin de siècle. In: Merkur 546/547 (1994), S. 771
- ⁵ Papcke, Sven: Zur Neuorientierung deutscher Außenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 12/98, S. 3
- ⁶ Vgl. dazu u. a.: Sommer, Theo: Die Nachbarn wollen kein Europa unter deutscher Fuchtel. In: DIE ZEIT Nr. 36 vom 14. 11. 1997
- ⁷ Vgl. van der Kiste, John: Kaiser: »We will be the US of Europe«. In: The Wednesday Review, 21. July 1999
- ⁸ DER SPIEGEL Nr. 45 vom 8. 11. 1999, S. 35
- ⁹ Funke, Manfred: Kultur der Bescheidenheit. Zum Fundament deutscher Politik in der Allianz 1949–1999. In: Informationen für die Truppe (IfdT) Nr. 5, Mai 1999, S. 13
- ¹⁰ In: DIE ZEIT Nr. 16/15. 4. 1999, S. 3
- ¹¹ Vgl. ebenda, S. 13
- ¹² Hanisch, Klaus: Die Deutschen machen sich zu klein. In: FAZ vom 27. 11. 1996
- ¹³ Vgl. M. Funke, Kultur der Bescheidenheit, S. 14
- ¹⁴ In: DIE ZEIT Nr. 16/15. 4. 1999, S. 3
- ¹⁵ Vgl. Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. München 1999, S. 219. Siehe auch: Ders.: Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Wiedervereinigung. Aus Politik und Zeitgeschichte, B24/2000, S. 6–12
- ¹⁶ Niedziell, Dietmar: Historische Chance. Zum Stand der Osterweiterung der Europäischen Union. In: IfdT 1/99, S. 22
- ¹⁷ Vgl. dazu Deubner, Christian/Kramer, Heinz/Thiel, Elke: Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa. In: Mitten in Europa – Die Rückkehr von Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. 4. Forum Haus auf der Alb Bad Urach, LpB Baden-Württemberg 1995, S. 109
- ¹⁸ Reiter, Janusz: Der Dritte zwischen Bonn und Warschau. In: Rheinischer Merkur Nr. 38 vom 17. 9. 1999, S. 7



Materialien

M1 Vereinigung Deutschlands – Stimmung im Ausland

Der Marsch des Vierten Reiches



MARCH OF THE FOURTH REICH

Daily Star (20. Februar 1990). Bill Caldwell (Großbritannien)

Aus: Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur. Hg. v. Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Prestel, München 1994, S. 35

M2a Die deutsche Außenpolitik 1999 – vergleichbar mit der des Jahres 1949?

So sieht sich die Bundesrepublik Deutschland [...] am 1. Januar 1999, 50 Jahre nach ihrer Gründung, in einer Situation, die der des Jahres 1949 zumindest in einer Hinsicht vergleichbar ist: Außenpolitisch ist sie, wenn auch aus anderen Gründen als ein halbes Jahrhundert zuvor, nur eingeschränkt handlungsfähig. So gesehen hat sich für die jetzt wieder in Berlin residierende Macht in der Mit-

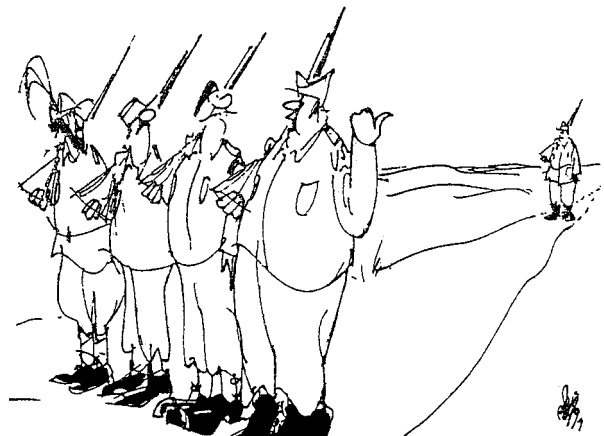
te Europas – trotz des Zusammenbruchs der alten Weltordnung, des Falls der Deutschland teilenden Mauer, der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität und der ungewollten Übernahme der Rolle einer europäischen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht – wenig geändert.

In ihrer Außenpolitik war und ist die Bundesrepublik darauf verwiesen, den Handlungsspielraum zu nutzen, den die Rahmenbedingungen ihr lassen beziehungsweise öffnen. Darin unterscheidet sie sich einerseits zusehends weniger von anderen: In einer immer dichter vernetzten, dem Globalisierungssog ausgesetzten Welt kann, von der militärischen Supermacht USA in gewisser Hinsicht abgesehen, kein Land, keine Großmacht im modernen Sinne, mehr autonom und souverän Außenpolitik betreiben. [...] Andererseits hat keine zweite Regierung eines vergleichbaren Landes unter den Bedingungen der Ordnung des Kalten Krieges eine solche Fähigkeit entwickelt [bzw.] entwickeln müssen, die Grenzen der Handlungsfähigkeit zu erkennen, zu akzeptieren und im Interesse des eigenen Landes zu nutzen, wie die deutsche. Das ist kein geringes Verdienst und zugleich eine Erklärung für die Schlüsselrolle, die Deutschland seit dem Ende der alten Ordnung, und stärker noch als zuvor, in Europa spielt.

Schließlich ist es höchst unwahrscheinlich, dass die deutsche Politik die Gunst der Stunde hätte nutzen und zwischen dem 9. November 1989 und dem 15. März 1991 die Vereinigung Deutschlands durchsetzen können, wenn sie nicht zuvor [...] jenen territorialen Status quo in Europa ausdrücklich anerkannt hätte, der dann mit der deutschen Vereinigung in einem zentralen Punkt überwunden worden ist. Nicht minder unwahrscheinlich ist die Vorstellung, dass jene so genannte neue Ostpolitik und mit ihr die Vergrößerung des deutschen Manövrierraums für die Verbündeten der Bundesrepublik ohne deren umfassende Integration in den Westen akzeptabel gewesen wäre [...].

Aus: Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. C. H. Beck, München 1999, S. 16 f.

M2b Wo steht Deutschland?



»Michel steht zwar voll hinter uns, aber ein bisschen weit, finde ich!«

Neue Osnabrücker Zeitung, 24. 1. 1991; aus: Wolfgang Marienfeld: Die Geschichte des Deutschlandproblems im Spiegel der Karikatur. Bonn 1991, S. 312, Nr. 608

M3 Nie wieder Auschwitz – Außenpolitik und Moral

Die Mehrzahl der Deutschen hat – skeptisch und bedrückt – dem Kampfeinsatz [der Bundeswehr] im Kosovo zugestimmt. [...] »Der Krieg verändert vieles«, verhöhnern Kritiker den »Kriegskanzler«. In der Tat, sie hat sich verändert, unsere abgeschirmte deutsche Welt, in der wir unsere Gewissheiten und unsere Moral pflegten. Die vertraute Wirklichkeit aus 50 Friedensjahren ist dahin.

Es heißt, jetzt kollidieren zwei Lehren aus unserer Geschichte: »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Auschwitz«. Doch viel mehr kollidieren wir mit der Wirklichkeit des Jahres 1999. So deutlich wie noch nie zeigt sich, dass das »Nie wieder« – die Grundausrüstung der besseren Deutschen – weder Lebenshilfe noch politisches Rezept ist.

Die Regierung will die Öffentlichkeit auf das »Nie wieder Auschwitz« einschwören. Die moralische Aufdringlichkeit ist fragwürdig, und sie offenbart die alte Selbstbezogenheit der Deutschen, als hätten sie wegen ihrer Verbrechen eine besondere Berechtigung zu intervenieren. Der Außenminister [Joschka Fischer] nennt [den jugoslawischen Präsidenten] Milošević einen »neuen Hitler«. Ist er das, muss er vernichtend geschlagen werden. Doch unter dieser Prämisse sind wiederum keine Verhandlungen möglich.

Zerfallen ist die fast lieb gewordene Schlachtordnung – hier die Bellizisten, hier die Pazifisten. Letztere hat Parteichef Schröder gönnerhaft zum Verbleib in der SPD eingeladen, als bildeten sie eine Betroffenengruppe, die man nicht ausgrenzen darf. Aber der Schock einer veränderten Welt trifft nicht nur die Pazifisten, sondern alle: Wir steigen von den Höhen der Moral herab. Glaubenssätze sind unfruchtbar. Politik ist mit dem Militäreinsatz nicht am Ende [...]. So begreifen viele Deutsche jetzt, dass sie mit letzter Konsequenz Teil der Nato sind: dass militärische Ohnmacht – bei aller Friedenssehnsucht – verhängnisvoll ist. [...]

Dieser Krieg bedeutet nicht das Ende der Moral. Der Nato-Einsatz hat eine moralische Grundlage. [...] Mit dem Krieg im Kosovo ist nicht der Primat der Politik abgeschafft, wohl aber der Primat der Innenpolitik – die Außenpolitik ist in die Innenpolitik eingebrochen. Beim SPD-Parteitag zeigte es der große Schriftzug an der Wand: Da prangte keine sozialpolitische Parole, sondern das Wort »Verantwortung«. Eines von vielen Zeichen für eine Entwicklung, die sich zurückdrehen lässt.

Sie hat nicht erst mit den Bomben auf Belgrad begonnen. Im Jahr des Mauerfalls und der friedlichen Revolution verkündete Milošević auf dem Amselfeld seine rassistische Doktrin. Seit 1989 sind die Konflikte in Osteuropa und auf dem Balkan europäische Realität, von der uns kein Cordon sanitaire fern halten kann. [...] Von diplomatischen Initiativen dürfen sich die Deutschen weder Befreiung von den osteuropäischen Problemen noch das Ende aller militärischen Verwicklungen erhoffen. Nie wieder Kosovo?

Wir sollten historische Lehren ziehen, aber nicht wie die Register einer Orgel.

Aus: Hartung, Klaus: Nie wieder? In: DIE ZEIT Nr. 16/15. 04. 1999, S. 1

M4 In der deutschen Außenpolitik fehlt bislang eine Interessendefinition

Es gilt allgemein als zentrales Merkmal nationaler Souveränität, seine eigenen Interessen zu definieren und eine Politik zu entwerfen, die einer an nationalen Interessen ausgerichteten Ziel-Mittel-Relation entspricht. Unter demokratischen Staaten ist es gute Sitte, diese Interessen [...] auch für andere Staaten transparent zu machen. Eben dies ist jedoch auch acht Jahre nach der Wiedervereinigung in Deutschland noch immer nicht der Fall. Eine Tatsache, die bei unseren Partnern [...] Irritationen und Unsicherheit auslöst.

Kooperation unter gleichberechtigten souveränen Staaten basiert nicht etwa auf einer absoluten Interessensidentität, sondern im Gegenteil vielmehr auf der Kenntnis unterschiedlicher Interessen. [...] Sie sind in diesem Sinne eine wichtige »Voraussetzung für Interessenausgleich, Zusammenarbeit und internationale Stabilität«. Doch trotz dieser Erkenntnis gibt es noch immer keine öffentliche Debatte über die nationalen Interessen des wiedervereinigten Deutschlands. Vielleicht steht das Konsensdenken der Deutschen, unsere »Sehnsucht nach Harmonie« hier einer notwendigen Interessendefinition im Wege. Eine negative Folge davon ist die Gefahr, dass unsere Nachbarn beginnen [vgl. M1], dem deutschen Handeln Interessen zu unterstellen, eben weil man keine erklärten Interessen kennt, an denen man sich reiben könnte. [...] Die fehlende Interessendefinition hat jedoch auch Folgen im Innern. Ohne eine klare Definition nationaler Interessen kann man keine eindeutige Entscheidung darüber treffen, welche Mittel den Interessen und Zielen der Politik angemessen sind: Wie soll man z. B. entscheiden, ob die Bundesrepublik eine *Freiwilligen- oder Wehrpflichtarmee* benötigt, wenn man nicht vorher erst einmal geklärt hat, ob das bisherige Aufgabenspektrum der Bundeswehr weiterhin Gültigkeit hat? Wie soll man Prioritäten bei der Ausrüstung dieser Armee setzen, wenn man nicht weiß, ob z. B. künftig *Landesverteidigung* oder *Projektionsfähigkeit* die Hauptaufgabe sein wird, oder aber *NATO-Partnerschaft* oder *europäische Verteidigungsidentität* die wichtigste Zielsetzung nationaler Sicherheitspolitik sein wird? [...]

Aus: Theile, Olaf: Deutsche Interessen in der internationalen Politik. In: Reader Sicherheitspolitik, VI.3, S. 18–20 (1999).



III. Die ostdeutsche Landwirtschaft und die EU-Agrarpolitik: Gesunde Betriebe, krankes Land

Von Stefan Mann und Lothar Schaechterle

Die Einführung der DM am 1. Juli 1990 hatte den Eintritt der DDR in den Gemeinsamen Agrarmarkt und die deutsche Einheit die Übernahme einer gänzlich neuen Agrarverfassung für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern zur Folge. Damit wurden zum wiederholten Male die Rahmenbedingungen fundamental verändert – für Menschen, Betriebe und Produktion. Der tiefgreifende und umfassende Strukturwandel in den neuen Bundesländern lässt sich auch am seltener dargestellten Beispiel der Landwirtschaft aufzeigen – einem Wirtschaftsbereich, der entscheidend von den Vorgaben der europäischen Agrarpolitik und ihrem Zusammenwirken mit nationaler und regionaler Politik geprägt ist.

Struktur

Im Gegensatz zu den Industriebetrieben war die Landwirtschaft der DDR nur zu einem geringen Teil verstaatlicht. Im Zuge der Bodenreform wurde rund eine halbe Million Hektar, ein Zehntel der landwirtschaftlichen Fläche der DDR, in Volkseigene Güter umgewandelt, der Rest blieb stets in privater Hand. Durch die zunächst von interessierten Landwirten, dann massiv vom Staat initiierte Kollektivierung der Landwirtschaft Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre wurde jedoch das Nutzungsrecht am privaten Boden stark eingeschränkt. Die gegründeten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), die 1989 eine durchschnittliche Größe von rund 4000 ha erreicht hatten, produzierten nach Plan und nicht nach den Wünschen der Bodeneigentümer.

Im Zuge der Wiedervereinigung wurden zwei alternative Entwicklungsoptionen der DDR-Landwirtschaft diskutiert, wobei relativ schnell deutlich wurde, dass es sich im Ergebnis um ein »sowohl als auch« und nicht um ein »entweder oder« handeln würde. Auf der einen Seite stand der Fortbestand der großen, genossenschaftlich organisierten Betriebe, der insbesondere von Agrarökonomen und der landwirtschaftlichen Führungsschicht der DDR propagiert wurde, auf der anderen Seite die Bildung von Familienbetrieben nach westdeutschem Muster, eine Option, die nicht nur von konservativen Politikern, sondern auch von privatwirtschaftlich orientierten Landwirten Ostdeutschlands angestrebt wurde. 1990/91 gab es wenige Genossenschaften, in denen kein offener Streit zwischen denen entbrannte, die für den Weiterbestand des Betriebes kämpften, und denen, die ihr Land aus dem Betrieb lösen wollten, um es selbst zu bewirtschaften oder – weit öfter – mit höherem Gewinn zu verpachten.

Als Ergebnis dieses Konflikts wird heute gut die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche (LF) in den neuen Ländern

von Nachfolgeunternehmen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet, die zum Teil als Genossenschaften weiter bestehen (31 % der LF), zum Teil aber auch als stärker hierarchisch organisierte GmbH (22 %) oder Aktiengesellschaften (1 %) umgestaltet wurden. Auf dem Rest der Fläche arbeiten die so genannten Wiedereinrichter, wobei nur 22 % der Fläche (allerdings 81 % aller Betriebe) von Einzelunternehmen bewirtschaftet werden. Weitere 22 % werden von Personengesellschaften bestellt, d. h. von zwei oder mehreren Landwirten in mehr oder weniger losem Zusammenschluss. **M1** zeichnet die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe nach und zeigt die Probleme auf, die sich vor allem im Einheitsprozess ergaben. Ein Überblick über unterschiedliche Betriebsgrößen und deren Verteilung lässt sich mit Hilfe von **M2** gewinnen.

Auch heute gibt es daher noch Betriebe, die ihre Größe seit der Wende nicht wesentlich verändert haben und auf 4000 ha wirtschaften. Durch die Aufteilung vieler Genossenschaften und die Entstehung von Nebenerwerbsbetrieben liegt die durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe in den neuen Ländern inzwischen bei 223 ha, verglichen mit 24 ha für Westdeutschland. Zwischen den einzelnen Bundesländern sind die Unterschiede zum Teil noch größer, wenn man etwa Baden-Württemberg mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 19 ha mit Sachsen-Anhalts Durchschnittsgröße von 323 ha vergleicht. Einen Ost-West-Vergleich dieser Angaben stellt **M3** her.

Diese enormen Größenunterschiede zwischen Ost und West können für die Gewinnsituation der Landwirtschaft nicht ohne Konsequenz bleiben. Die ostdeutschen Betriebe können es sich aufgrund ihrer Größe leisten, extensiver zu wirtschaften, d. h. sie holen pro Hektar weniger Gewinn heraus als ihre westdeutschen Kollegen. Aber **M4** zeigt, dass die Betriebe in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern einen doppelt so hohen Gewinn ausweisen wie bayerische und baden-württembergische Betriebe.

Dabei sollte es selbstverständlich sein, dass es auch innerhalb der ostdeutschen Agrarbetriebe große Unterschiede in Bezug auf die Gewinnsituation gibt. Von 63 zufällig ausgewählten Haupterwerbsbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern wurden in einer ökonometrischen Untersuchung der Universität Rostock zehn als besonders erfolgreich, 14 dagegen als akut gefährdet eingestuft. Die besonders gefährdeten Betriebe, so ergab die Analyse, waren bereits zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung überdurchschnittlich verschuldet, hatten dennoch hohe Kredite aufgenommen und wiesen zudem unterdurchschnittliche Erträge auf. Besonders erfolgreich dagegen konnte seit der Wiedervereinigung die Geflügel- und Eierproduktion in den neuen Ländern aufgebaut werden, da hier die einzelnen Marktpartner gut aufeinander abgestimmt waren. Aufgrund starker politischer Unter-



stützung wies auch die Mutterkuhhaltung in Ostdeutschland enorme Zuwachsraten auf.

Agrarpolitik

Das zentrale Instrument der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ist der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL). Wie bereits im Namen angedeutet, untergliedert sich der EAGFL in die Abteilung Ausrichtung, die für Strukturpolitik zuständig ist, und die Abteilung Garantie, von der die Ausgaben für die Agrarmarktpolitik getragen werden. Den grundsätzlichen, mit dieser Politik verbundenen Paradigmenwechsel zeigt **M5**.

Eine Aufgliederung der 40 Mrd. Euro, des jährlichen Budgets der Abteilung Garantie, auf Ostdeutschland ist weder möglich noch sinnvoll. Wenn die Milch sächsischer Kühe in Bayern zu Butter verarbeitet wird und diese Butter dann in die staatliche Intervention verkauft wird, wären diese Mittel dann Ost- oder Westdeutschland zuzuordnen? Die Entwicklung innerhalb der Abteilung Garantie kommt jedoch der ostdeutschen Betriebsstruktur entgegen: Es werden immer weniger Agrarprodukte vergütet, dafür aber immer mehr Hektarbeihilfen gezahlt. Während es für den 15-Hektar-Betrieb in Süddeutschland wenig interessant ist, wenn er für seinen Weizen zwar immer weniger bekommt, jeder seiner acht Hektar Weizen jedoch mit 800 DM vergütet wird, bedeutet die gleiche Regelung für die 1500 Hektar-Genossenschaft mit 800 Hektar Weizen eine staatliche Beihilfe von 640000 DM, ohne auch nur eine Tonne Weizen verkauft zu haben.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wurde in den vergangenen Jahren von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, für staatliche Direktzahlungen Obergrenzen einzuführen. Dies scheiterte nicht zuletzt am parteiübergreifenden Widerstand ostdeutscher Landwirtschaftsminister.

Aus der Abteilung Ausrichtung, die mit etwa einem Achtel der Mittel der Abteilung Garantie auskommen muss, wird in Form etwa fünfjähriger Rahmenprogramme Strukturpolitik betrieben. Im letzten Rahmenprogramm 1994–1999 flossen etwa fünf Mrd. DM nach Deutschland, von denen gut die Hälfte in den neuen Ländern verwendet wurde. Die (gemessen an der LF) ungleich höhere Förderdichte in den neuen Ländern erklärt sich dadurch, dass diese im Unterschied zu den alten Ländern ein so genanntes Ziel-1-Gebiet sind. Als Ziel Nr. 1 der Strukturpolitik der EU wurde seinerzeit die »Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung in den Regionen mit Entwicklungsrückstand« definiert. Die entsprechenden Regionen definieren sich durch ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das unter 75 % des Durchschnittseinkommens der EU liegt.

Für die Verteilung der Mittel aus der Abteilung Ausrichtung, angereichert mit Geldern aus Bundes- und Landeshaushalt, hat jedes Bundesland – in Abstimmung mit der Europäischen Kommission – eigene Kriterien erlassen. Grundsätzlich teilen sich die Mittel jedoch relativ gleichmäßig zwischen zwei Bereichen auf. Einerseits werden einzelbetriebliche Investitionen unterstützt, die entweder die traditionelle Produktion z. B. durch Bau neuer Ställe

unterstützen oder aber eine Diversifizierung der Agrarbetriebe z. B. in Richtung Tourismus oder Direktvermarktung ermöglichen. Weitere Beispiele gibt **M6** wieder. Andererseits werden Maßnahmen des Landes oder der Kommunen unterstützt, z. B. ländlicher Wegebau, Dorferneuerung oder Gewässersanierung. In diesen Bereich öffentlicher Investitionen fließen auch Mittel des Bundes ein, die in Form des Investitionsförderungsgesetzes jährlich unabhängig von der EU an die neuen Länder gehen.

Eine weitere Besonderheit ostdeutscher Agrarpolitik ist die fortgesetzte Privatisierung ehemals volkseigener Flächen. Allein im Jahr 1998 wurden über 100 000 Hektar privatisiert, wobei es sich bei über der Hälfte der Flächen um Wald handelte. Bis 1998 verkaufte die beauftragte Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH die Flächen bevorzugt an ehemalige DDR-Bürger und Opfer von Enteignungen. Diese Praxis wurde von der Europäischen Kommission als wettbewerbswidrig angesehen. Mittlerweile wurde zwischen EU-Kommission und Bundesregierung ein Kompromiss gefunden, der ehemals staatliche Flächen einer breiteren Allgemeinheit zugänglich macht.

Ländliche Räume

Während 1989 noch eine Million Personen in der Landwirtschaft Ostdeutschlands beschäftigt waren, waren es 1998 nur noch 166 000. Ein solcher Arbeitskräfteabbau, der sich beschleunigt in der ersten Hälfte der neunziger Jahre vollzog, kann nicht ohne Konsequenzen für den ländlichen Raum bleiben. Die Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten liegt heute fast durchweg oberhalb des Durchschnittes der neuen Länder von rund 15 Prozent; einschließlich der verdeckten Arbeitslosigkeit wird sie stellenweise auf fünfzig Prozent beziffert. In der Landwirtschaft und daher auch im ländlichen Raum ist darüber hinaus auch die saisonale Arbeitslosigkeit besonders ausgeprägt. Bildungseinrichtungen haben jährliche Winterkurse für Traktoristen, die erst im Sommer wieder in »ihrem« Betrieb benötigt werden, fest im Programm.

Im Umfeld großer Städte wie Leipzig oder Berlin profitiert der ländliche Raum vom Entstehen wohlhabender und wirtschaftlich dynamischer »Speckgürtel«. Aus dem Wegfall landwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten und fehlenden alternativen Arbeitsplätzen in Industrie und Mittelstand peripher gelegener ländlicher Räume resultiert eine aus regionalökonomischer Sicht problematische Abwanderungsbewegung. Studien aus der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig prognostizieren, dass alleine 1990–2000 in ländlichen, peripher gelegenen Landkreisen Ostdeutschlands die Bevölkerung um zwölf Prozent abnimmt, wobei sich die Faktoren Abwanderung und Geburtenschwäche im Effekt weitgehend die Waage halten. Dabei wird der Anteil der Achtzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen an den Migranten auf über 50 Prozent geschätzt. Es handelt sich hierbei um Landkreise, die mit durchschnittlich 54 E/km² weit dünner besiedelt sind als entsprechend periphere Kreise Westdeutschlands mit 95 E/km².

Die Soziologen Brauer, Ernst und Willisich haben in einer Studie über die Gemeinde Tranlin in Brandenburg versucht, ein soziologisches Bild der Dorfentwicklung vor



und nach der Wiedervereinigung zu zeichnen. **M7** enthält Ausschnitte aus dieser Studie.

Gerade weil sich die landwirtschaftlichen Betriebe Ostdeutschlands seit der Wiedervereinigung zu hocheffizienten (und damit arbeitssparenden) Produktionseinheiten entwickelt haben, ist die volkswirtschaftliche Rolle der entlegenen ländlichen Räume hier neu zu definieren. Beispielhaft beleuchtet **M8** die beiden Seiten der Medaille. Ein allmähliches Ausbluten der ländlichen Regionen gerade im Norden der neuen Länder mit entsprechendem Zusammenbruch der notwendigen Infrastruktur ist nur zu verhindern, wenn etwa aus dem Bereich des Handwerks oder der Dienstleistungen neue Betriebe geschaffen werden können, die den Regionen ein neues wirtschaftliches Profil zu geben vermögen. **M9** bietet Anregung zur Diskussion über diese Fragen.

Materialien

M1 Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaft als Exempel

Pufahl ist Landwirt. Er lebt in Ducherow, einem 3000-Seele-Dorf bei Anklam – dort, wo Mecklenburg langsam zu Pommern wird. Pufahls Geschichte beginnt eigentlich schon mit der politischen Wende, als die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) mit dem Wegfall der Subventionen zu zerfallen begannen. Damals wurde aus der einst zwangskollektivierten LPG Ducherow die marktwirtschaftlich sogar erfolgreiche Agrar-GmbH & Co. KG Ducherow. Erfolgreich waren die Ducherower Bauern, weil sie zum einen ihr Handwerk verstehen, zum anderen rechnen können. Die Agrar-GmbH musste nämlich auch sämtliche Schulden übernehmen, die die LPG gegenüber den SED-Planwirtschaftlern machen musste. (...)

Fast alle LPG und ihre Nachfolger haben heute Millionen-Schulden, die mit der Landwirtschaft rein gar nichts zu tun haben. Sie stammen zum Beispiel aus Krediten für die von oben befohlene »Energieträgerumstellung« – eine Kampagne der DDR-Wirtschaftslenker, bei der Ende der 80er-Jahre alle Öl-Heizhäuser für den Betrieb mit stinkender, aber heimischer Braunkohle umgerüstet werden mussten. Andere Schuldbeträge stammen aus der Finanzierung von Bauarbeiten für den neuen Dorf-Konsum, der Einrichtung eines Kreiskulturhauses, des Gemeindebüros oder des Jugendklubs des Dorfes.

Die Agrar-GmbH & Co. KG Ducherow startet mit runden 3,4 Millionen Mark solcher Schulden in die Marktwirtschaft. Und: Die Ducherower Bauern arbei-

ten größtenteils auf Bodenreformland, das jetzt in Händen der Treuhandtochter Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) liegt und bisher immer nur für ein Jahr an seine Nutzer verpachtet wird.

»Treuhandflächen« – so nennen die Bauern die Wiesen, Weiden und Äcker, die sie bewirtschaften – sind jene Ländereien, die zwischen 1945 und 1949 enteignet wurden. (...) Die einstigen Besitzer setzten sich zumeist in den Westen ab. Verteilt wurde das Land unter Landarbeitern und zugewanderten Neubauern, die es später als Anteile in die zwangskollektivierte LPG einbrachten. (...)

Die einjährigen Pachtverträge für die Treuhandflächen nützen den Bauern nur wenig. Sie müssen investieren, brauchen die langfristigen, 12-jährigen Verträge, um bei den Banken bestehen zu können. (...)

Für die Treuhand beginnt ein Regelspiel, mit dem sie mit den unterschiedlichen Forderungen fertig zu werden versucht. Eine der Regeln: Vorrang bei den langfristigen Verpachtungen haben ortsansässige Einzelbauern. Die Mitglieder der Ducherower Agrar-GmbH ziehen Ende 1992 die Konsequenz daraus. Sie lösen ihren Gesellschaftsvertrag. Der Preis: Sechs Bauern, unter ihnen Manfred Pufahl, können sich nicht nur die verschlissene Technik und die maroden Gebäude der LPG teilen, sondern sie müssen auch die Altschulden der LPG unter sich aufteilen und dafür aufkommen. Manfred Pufahl vertraut auf seine Fähigkeiten: Er übernimmt eine Million Schulden.

Die andere Treuhandregel: Ein tragbares Wirtschaftskonzept muss vorgelegt werden. Auch hier kommt Pufahl schnell zur Sache. Im März 1993 liegt sein Konzept vor, für das er 763 Hektar Treuhandflächen benötigt.

Aus: *Das Parlament* vom 21. 1. 1994

M2 Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen 1997

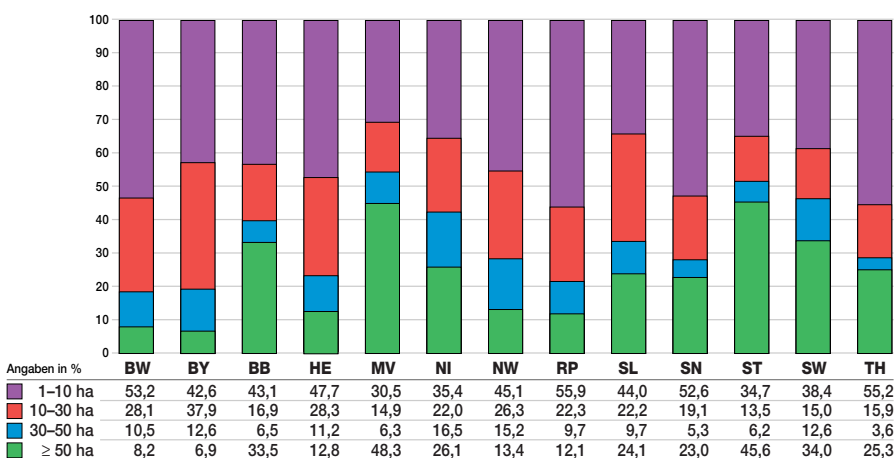
Aus: *CD-ROM zum Agrarbericht 1999*

Land- und Forstwirtschaft in Deutschland – Daten und Fakten

Betriebe



Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen 1997

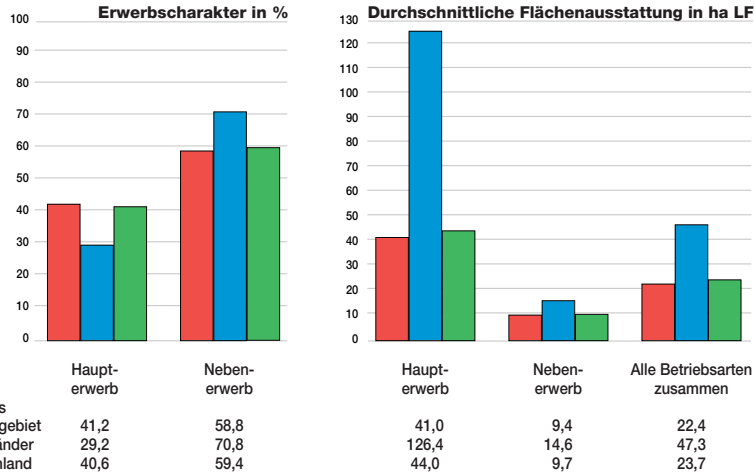


M3 Landwirtschaftliche Einzelunternehmen 1997

Land- und Forstwirtschaft in Deutschland – Daten und Fakten Betriebe



Landwirtschaftliche Einzelunternehmen 1997



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

5.4

Aus: CD-ROM zum Agrarbericht 1999

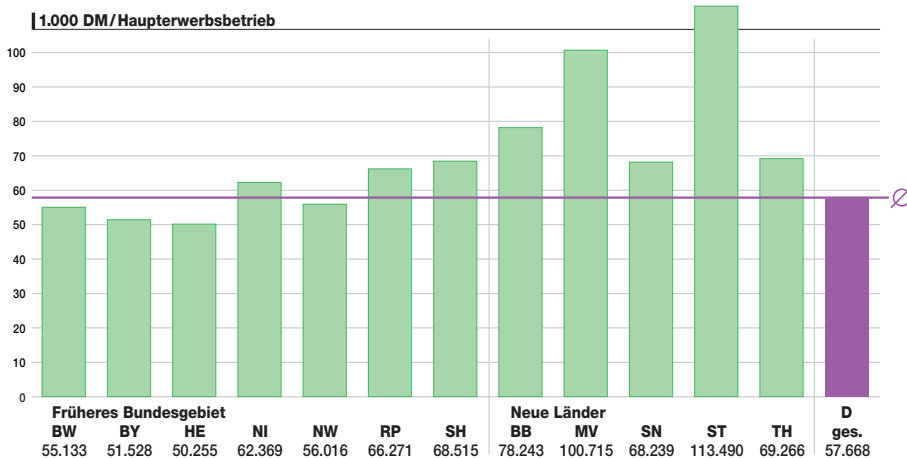
Haupterwerbsbetriebe sind alle Betriebe mit 1,5 und mehr Arbeitskräften oder Betriebe mit 0,75 bis 1,5 Arbeitskräften, die mindestens 50 % ihres Einkommens aus land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit erzielen. Haupterwerbsbetriebe verfügen in der Regel über deutlich größere Produktionskapazitäten als Nebenerwerbsbetriebe.

M4 Gewinnsituation

Land- und Forstwirtschaft in Deutschland – Daten und Fakten Wirtschaftliche Lage



Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe 1997/98



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

6.1

Aus: CD-ROM zum Agrarbericht 1999

M5 Planwirtschaft – Marktwirtschaft

Im Januar 1990 war in der damals noch meistgelesenen Zeitung der DDR, dem Neuen Deutschland (ND) auf der Titelseite ein Foto zu sehen, das das Unterpflügen von Porree (in Westdeutschland auch: Lauch) in einer LPG zeigte. Aus der Tatsache, dass kein Abnehmer für das Gemüse gefunden werden konnte, entspann sich eine empörte Diskussion unter den ND-Lesern über die Vernichtung hochwertiger Lebensmittel.

Was für den »gelernten DDR-Bürger« eine Ungeheuerlichkeit war, ist selbstverständlicher Bestandteil der EU-Agrarpolitik. Aus Gründen der Marktentlastung, also Preisstützung, werden insbesondere Obst und Gemüse regelmäßig vernichtet. Spitzenreiter sind griechische Pfirsiche, von denen mittlerweile 60 Prozent der Ernte dem »Marktentzug« zugeführt werden. Professor C. Ritson, einer der führenden Agrarökonomien Europas, verteidigt die Vernichtung von Lebensmitteln: Die Produzenten würden davon profitieren, die Konsumenten nicht wesentlich darunter leiden.

Was hier aufeinanderprallt, sind zwei unterschiedliche Prinzipien. Grundlage der Lebensmittelvernichtung in der EU ist letztendlich das utilitaristische Prinzip, wonach jede Maßnahme gerechtfertigt ist, solange sie die Summe des Nutzens der Beteiligten erhöht. In der DDR dagegen waren Lebensmittel stets etwas, was als Ernährungsgrundlage der Gesellschaft einen Wert an sich darstellte und daher nicht missbraucht werden durfte. Erst langsam haben sich Ostdeutsche an die neuen Prämissen europäischer Agrarpolitik gewöhnen können.

Stefan Mann (eigener Text)



M6 Verarbeitung im Wandel

Im Bereich der Agrarforschung investiert die Bundesregierung seit Beginn der neunziger Jahre einen Großteil ihrer Mittel in den Bereich »Nachwachsende Rohstoffe«. Aus den hier erzielten Forschungsergebnissen kommen mittlerweile einige Non-Food-Produkte auf den Markt.

1996 wurde beispielsweise im thüringischen Donndorf die Compopure Stärke AG gegründet, die sich ebenfalls auf die Weiterverarbeitung von Agrarprodukten im Nichtnahrungsbereich spezialisiert hat. Die Firma, in der mittlerweile 15 Mitarbeiter in Produktion und Vertrieb beschäftigt sind, bietet folgende Produktpalette an:

- Besteck und Geschirr für den Imbissbereich
- Beutel und Folien
- Pflanzenbänder und anderer Floristenbedarf
- Verpackungsclips
- Sitzkissen

Die Besonderheit dieser Produkte ist, dass sie alle aus Kartoffeln oder Weizen hergestellt wurden. Sie können nach Gebrauch kompostiert werden und leisten somit einen nachhaltigen Beitrag zum Prinzip der Kreislaufwirtschaft.

Auch das wäre zu DDR-Zeiten nicht möglich gewesen: Die Gewinnung von Verpackungsmaterialien aus Agrarprodukten.

Stefan Mann (eigener Text)

M7 Dörfer im Wandel

Die LPG »Frischer Wind« Tranlin dominierte »ihre« Gemeinde. Wie groß die Bedeutung der LPG in der Alltagswelt der Tranliner war, wird bei der Thematisierung der Zukunftsaussichten beider Institutionen deutlich. Dieses kann zunächst anhand eines kurzen Interviewausschnittes expliziert werden. So fragten wir Frau Singler am Tag der Deutschen Einheit 1990:

»Was denken Sie nun, wie es so weiter geht in Tranlin, jetzt?«. Darauf sie:

Nüsch! Die Tranl... – äh LPG, macht bald Pleite das glaub ich ganz bestimmt. Es geschieh nichts, da wird nichts gemacht, es ist alles noch ... wie gehabt, es wird nichts verändert.

Unter den verschiedensten Lesarten dieser Passage wird zunächst eine festgehalten. Da ist zum einen der Versprecher, Die Tranl... – äh LPG. Hier wird schon eine, noch zufällig erscheinende Gleichsetzung der LPG mit dem Ort verbalisiert. Aber ist das Zufall? Die Frage zielte doch eindeutig auf den Ort: Wie es so weitergeht in Tranlin? (jetzt?). Vieles hätte an dieser Stelle zur Sprache kommen können: bei einer positiven Sicht, die Freude den eigenen Besitz zurückzubekommen, die höhere Rente, Genugtuung für erlittenes Unrecht usw. Oder enger auf den Ort bezogen, dass sie nun die Straße bekämen, auf die sie schon so lange gehofft hatten oder dass der Gemeinderat endlich demokratisch gewählt werden kann. Sie wählt

eine skeptische Variante (wie übrigens viele andere auch). Sie thematisiert, obwohl sie Rentnerin ist und unter der LPG eher gelitten hat, das für sie Naheliegendste: Der Ort lebt und stirbt mit der LPG, hier wird nüsch, weil die LPG ja auch nüsch macht, und nun auch noch Pleite geht. Also ist der Versprecher doch nicht so zufällig, sie meint beides in einem: Tranl... äh LPG. Trotz ihrer ablehnenden Haltung gegenüber (»... wie gehabt ...«) der LPG bindet sie das Schicksal des Ortes an diese Institution, und steht damit nicht allein. Wie konnte eine derart starke Bindung zwischen der Bevölkerung der Gemeinde und dem Betrieb zustande kommen, wenn der doch unter Zwang entstanden war?

Der erste Grund dafür muss in der immensen Verflechtung des Betriebes als Arbeitgeber mit dem Wohnort gesucht werden. In den 50er- und 60er-Jahren arbeiteten 2/3, später die Hälfte aller Einwohner in der LPG. Alle betrieblichen Entscheidungen betrafen somit auch unmittelbar das Zusammenleben in der Gemeinde. Schon der Umstand, dass man fortan tagtäglich die Kollegen auf dem Feld oder im Stall traf, war eine entscheidende Veränderung zur bäuerlichen Organisation. Dies umso mehr, als alle Mitglieder den Brigaden zugeordnet waren. Den Nachbarn oder den Schwager, Onkel oder Cousin traf man jetzt nicht mehr nur nach Feierabend, an Geburtstagen oder kleineren Anlässen, sondern man war kollegial miteinander verbunden. Dazu kommt, dass zwar im Großen und Ganzen eine Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte herbeigeführt wurde, dass aber auf Gemeindeebene diese Einheit weiter bestand. Solange die Tier- und Pflanzenproduktion verbunden waren und später besonders für die weiter bestehende Tierproduktion bildete die Wohngemeinde auch den Arbeitsraum. Insofern knüpfte die dörfliche Organisationsform der LPG an bäuerliche Traditionen an. Die LPG war auf vielfältige Weise in die Gemeindepolitik eingebunden. Auf staatliche Anweisungen hin hatte sie Kommunalverträge (»Tier« und »Pflanze« gleichermaßen) mit der Gemeinde abzuschließen, in denen die Erbringung bestimmter Leistungen der Gemeinde zugesichert wurden. Das betraf Finanz- und Arbeitsleistungen. So baute die LPG Ortsverbindungsstraßen, den Festplatz und Fußwege. Sie finanzierte die Aufwendungen der freiwilligen Feuerwehr und unterstützte die »Kameraden« mit ihrer Technik. In anderen Dörfern errichtete die LPG Kulturhäuser oder betrieb die Gemeindebibliothek usw. Die LPG sorgte für den Wohnraum ihrer Beschäftigten, half beim Aus- und Umbau der Wohnungen und stellte nicht selten das Material dafür zur Verfügung, das ja in der DDR meist nur sehr schlecht zu besorgen war.

Abschließend möchten wir auf die Zusammenhänge der beiden großen politischen Umgestaltungen der Landwirtschaft in Ostdeutschland hinweisen. In beiden Fällen wurden politische Ziele mit »wirtschaftlichen Notwendigkeiten« begründet und zum Teil durchgesetzt. Die Kollektivierung sollte den vermeintlichen »politischen Widerstand der Bauern« brechen (die nichts weiter als ihre Selbstständigkeit bewahren wollten), um die Alleinherrschaft der SED auf dem Lande auszubauen. Begründet wurde dies mit der angeblichen wirtschaftlichen Überlegenheit der kollektiven Landbewirtschaftung. Die Dekollektivierung wurde ebenfalls mit der wirtschaftlichen Notwendigkeit

bestimmter Betriebsformen begründet. Letztendlich sollten die LPGen aber wohl auch deswegen geschliffen werden, weil in ihnen der Hort kommunistischer Unfreiheit auf dem Land vermutet wurde. Eine Modernisierungspolitik aber, die sich nicht von ideologischen Vorurteilen trennen kann, entwickelt sich entgegen den eigenen Intentionen oder kann (wie im Fall der Kollektivierung) nur mit Gewalt und Unterdrückung durchgesetzt werden. Im Fall der Privatisierung wurden nun aber weder die angestrebten Betriebsformen und –größen durchgesetzt, noch die Funktionäre der LPG effektiv entmachtet, dafür aber ein beispielloser Stellenabbau vorgenommen.

Aus: Brauer, K. / Ernst, F. / Willisch A.: *Industriearbeiter aufs Land – Landleben in der DDR zwischen Kollektivierung und Transformation* (unveröffentlicht, 1998)

M8 Blühende Landschaften?

Nur die Agrarwirtschaft des einstigen Arbeiter- und Bauernstaates brachte es zu den von Kohl versprochenen blühenden Landschaften. Die wenigen verbliebenen Landwirte haben von der Wende profitiert, sie können mit ihren durchschnittlich 126 Hektar großen Vollerwerbsbetrieben höchst rationell und zu Weltmarktpreisen wirtschaften, der Zwangskollektivierung sei Dank.

[...] »Die Landwirtschaft«, sagt Dietmar Ehrenholz, 41, Vorsitzender der Agrargenossenschaft Minzow nahe der Müritz stolz, »ist der einzige Wirtschaftszweig im Osten, der besser funktioniert als im Westen.«

Ehrenholz war vor der Wende Chef der landwirtschaftlichen Genossenschaft (LPG) »Rosa Luxemburg«, gründete mit Kollegen die Genossenschaft und übernahm große Teile der LPG. Mit Millionenkrediten wurde der Maschinenpark komplett ausgetauscht; 20 Mitarbeiter bewirtschaften heute rund 1000 Hektar Land, lassen 300 Stück Vieh grasen und mästen etwa 4000 Schweine.

Aus: *Der Spiegel* 45 / 1999, S. 41

M9 Akzeptanz im Wandel

Aufgrund ungesicherter Märkte und nicht etablierter Absatzkanäle hatte sich die Schweinehaltung in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1991 und 1997 halbiert. Die Landesregierung versuchte daraufhin, auswärtige Investoren mit großen (8000 Mastschweine) und modernen Anlagen in geeigneten Dörfern anzusiedeln. Doch in den Gemeinden organisierte sich Widerstand. [...]

Die Universität Rostock ermittelte nun in einer Befragung, welche Faktoren für die Meinung der Bewohner und für die Entscheidung der Gemeinderäte ausschlaggebend waren.

Betrachtet man die Antworten auf die einzelnen Fragen, so ist festzustellen, dass der Durchschnitt der Befragten eine »eher negative« Einstellung zur großbetrieblichen

Schweineproduktion in der eigenen Gemeinde hatte. Fragen nach einer möglichen Geruchsbelästigung durch Schweinehaltung und der Bevorzugung regional erzeugter Lebensmittel wurden überwiegend bejaht, während das Statement, auswärtige Investoren könnten mehr für die Region tun als einheimische, im Großen und Ganzen abgelehnt wurde.

[...] Eine statistische Analyse der Fragebögen zeigte, dass die Einstellung zu Arbeitsplatz- und Einkommenseffekten, die Bevorzugung regional erzeugter Nahrung sowie die Akzeptanz auswärtiger Investoren einen weit größeren Einfluss auf die Einstellung zur Schweineproduktion hat als etwa die Frage nach der Umweltwirkung oder der Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch Schweinehaltung. Einzig die Beurteilung großer Haltungseinheiten im Vergleich zur kleinbetrieblichen Schweinehaltung vermochte unter den Negativargumenten einen Beitrag zur Gesamteinstellung zu leisten. Gerade aufgrund des Arbeitsplatzarguments waren es neben den Landwirten auch die Arbeitslosen, die einer derartigen Investition in ihrer Gemeinde positiver gegenüberstanden als die sonstigen Befragten.

Fast noch interessanter war die Untersuchung der nach Gemeindegruppen geordneten Fragebögen. Man sollte meinen, dass die Einstellung der Bevölkerung zur geplanten Investition in den Gemeinden, die dem Bau zugestimmt hatten, positiver war. Dies war jedoch nicht der Fall. Zwischen der Einstellung der Bevölkerung und der Entscheidung der Gemeinde bestand kein statistisch signifikanter Zusammenhang. Wohl aber zwischen dem Informationsstand der Gemeinde und der dortigen Entscheidung. Je besser die Einwohner über die geplante Investition informiert waren, desto unwahrscheinlicher war es, dass in der Gemeinde zugestimmt wurde. Für eine Entscheidung zugunsten der Schweineproduktionsanlage scheinen Hinterzimmergespräche förderlicher gewesen zu sein als Bürgerversammlungen.

Alles in allem zeigte die Befragung Demokratiedefizite im ländlichen Raum Ostdeutschlands auf, aber auch die Bedeutung des Arbeitsplatzarguments. Vermutete ökonomische Potenziale können unter der derzeitigen Situation des ländlichen Raumes offensichtlich einige Bedenken in den Schatten stellen.

Stefan Mann (eigener Text)



IV. Die deutsche Einheit im Spiegel der Literatur

Von Rüdiger Utikal

Literatur ist neben anderem immer auch Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse. Im folgenden Beitrag werden Aspekte der literarischen Gestaltung des Themas »Deutsche Einheit« dargestellt. Unterrichtsliche Möglichkeiten werden für die Bereiche

- **Jugendbuch,**
 - **Literarische Blicke aus dem Ausland – exemplarisch an Cees Nooteboom gezeigt – und**
 - **Projektunterricht**
- mit den entsprechenden Materialien skizziert.**

Zur Einführung

In einem SPIEGEL-Interview fünf Jahre nach der Wende formulierte der Schriftsteller Jurek Becker (1937–1997) zugespitzt und anschaulich: Heute – 1994 – »herrscht ein gewaltiger Erwartungsdruck. Seit drei Jahren sehe ich in Deutschland die Kritiker mit den Fingern auf den Tisch trommeln: Wo ist der deutsche Einheitsroman? Das kann den armen Hund, der sich hinsetzt vor ein leeres Blatt Papier, schon lähmen. In vielen Schriftstellerzimmern schwebt die Erwartung wie eine fürchterliche giftige Wolke.« Man sieht die Kritikerfinger noch immer trommeln, auch wenn seitdem viele Blätter zu Literatur mit dem Thema Wende und Einheit verarbeitet worden sind.

»Der Wenderoman, den die Literaturkritik immer wieder einfordert, ist allerdings nicht darunter« – konstatiert Hannes Krauss (DU 4/99, S. 37) und erläutert: »... und ich denke, das ist normal. Im Schlagschatten historischer Ereignisse entsteht selten große, dauerhafte Literatur. Wohl aber eine Vielzahl literarischer Äußerungen derer, die sich als Sprachrohr neuer oder als Hüter alter Verhältnisse verstehen – oder einfach nur ihre Verzweiflung, Hoffnung und Ratlosigkeit in Worte fassen wollen.«

Was hier ausdrücklich auf die Wende bezogen wird, gilt in ähnlicher Weise für eine mögliche Darstellung jener Jahre deutscher Geschichte, die seit dem Fall der Mauer im November 1989 bis heute vergangen sind. Das heißt freilich nicht, dass es an Versuchen der Darstellung und der Reflexion – auch in großen epischen und dramatischen Formen – gefehlt hätte. Wichtige deutsche Autoren wagten sich daran: Der Literatur-Nobelpreisträger von 1999, Günter Grass, musste aber mit seinem Roman »Ein weites Feld« (1995) – für Unterrichtszwecke wegen zahlreicher Verweise auf Fontanes Biographie und Werk problematisch – genauso die Prügel der rezensierenden Zunft einstecken wie der kaum weniger namhafte Rolf Hochhuth mit seinem Bühnenversuch »Wessis in Weimar«, der 1993 unter großem Pressegetöse auf deutschen Bühnen gezeigt wurde. Manche Beispiele lassen sich hier anschließen und im Projektunterricht untersuchen (vgl. Abschnitt: Auf der literarischen Suche ...), auch hinsichtlich der Berechtigung der zum Teil harschen Kritik. Andererseits ist

die Vielstimmigkeit der Versuche und der Kritiken gewiss ebenso ein Indiz für das Interesse und die Empfindlichkeiten, die das Thema weckt. Literatur ist eben Spiegel deutscher Befindlichkeiten. Aber auch von ausländischen Autoren kann kein entscheidendes literarisches Werk vermeldet werden, das sich mit einem umfassenden Blick von außen zu Wort gemeldet hätte – immerhin ein interessanter Tatbestand, wenn man bedenkt, wie stark die europäische und die globale Öffentlichkeit von der deutschen Einigung berührt wurde (vgl. Kapitel I und II).

Auf diesem Hintergrund ist es eine angenehme Überraschung, dass es im Jugendbuch-Bereich gelungene Beispiele für eine Darstellung und Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte gibt (vgl. Abschnitt: Die deutsche Einheit im Jugendbuch). Und mit Nootebooms Berlin-Roman »Allerseelen« (1999) ist zumindest ein bemerkenswerter Blick von außen einzufangen (Vgl. Abschnitt: »... und ich saß in der Loge«.)

Konkrete Beispiele und Fragestellungen für die unterrichtliche Arbeit liefern die folgenden Ausführungen und Materialien.

Die deutsche Einheit im Jugendbuch

Es besteht allgemein Konsens darüber, dass Jugendbücher deshalb so nutzbringend im Unterricht eingesetzt werden können, weil sie im besten Fall ein glaubwürdiges und literarisch qualitativvolles Identifikationsangebot für Schülerinnen und Schüler machen und durch ihre Perspektive den Jugendlichen einen altersgemäßen Zugang zu Themen der verschiedensten Art ermöglichen. Dabei sollten Lesegenuss und Erkenntnisgewinn in einem ausbalancierten Verhältnis zueinander stehen, das Lesen nicht allein instrumental auf unterrichtliche Themendurchleuchtung bezogen sein. In diesem Sinn sollten Jugendbücher über die deutsche Einheit sowohl Spannung als auch Einblicke in die entsprechende Lebensrealität vermitteln.

Der Überblick zeigt nun, dass die Autoren sich in ihrer Darstellung des Themas sicher wegen der Möglichkeit zu farbig-spannungsreichem Erzählen stark auf den Ausgangspunkt – auf den Mauerfall und die verwirrenden und erfreulichen Erfahrungen junger Menschen in der unmittelbaren Folge – konzentrieren. So beschreibt Karin Königs »**Ich fühl mich so fifty-fifty**« (1991) eher den Zeitraum vor dem Mauerfall und die schwierige Situation der Hauptfigur Sabine, die zwischen ihren Eltern in Leipzig und ihrem Bruder Mario steht. Ihr Bruder hat unerwartet eine Besuchserlaubnis bekommen und ist in Hamburg geblieben. Sabine ist hin- und hergerissen zwischen einem Vertrautheitsgefühl, das sie an die DDR bindet, und dem Freiheitsangebot der Bundesrepublik, das der Bruder ihr in Briefen schildert. Der Leser erfährt dabei viel über die Lebensbedingungen in der DDR sowie die Ereignisse rund um den 9. November 1989 und ist einbezogen in die Gedanken und Gefühle der Schülerin, die am Ende ihre



Umschlagbild
von Haidrun
Gschwind
© 1991
Deutscher
Taschenbuch
Verlag,
München

Position mit den Worten umreißt: »Wohin gehöre ich? Bald wird es keine Grenzen mehr zwischen unseren beiden deutschen Ländern geben. Wir sind dann ein Land. Eigentlich muss ich mich dann gar nicht mehr entscheiden, in welchem Teil ich leben will, ob in Ost oder West.« (S. 122) [Für Klasse 7 oder 8 geeignet]

Noch stärker fokussiert Franziska Groszer in »Julia Augenstern« (1991) die Ereignisse auf Berlin und den Mauerfall, der hier aus der Perspektive der zwölfjährigen Protagonistin hautnah erlebt wird. Julia ist am 9. November und in den folgenden Wochen dabei, als sich für Berlin und Deutschland vieles ändert. Mick aus Ost-Berlin, der im Westteil der Stadt seinen Vater sucht, freundet sich mit Julia an, die sein Vorhaben tatkräftig unterstützt. Ihre Mutter und Großmutter erzählen gelegentlich aus ihrer Vergangenheit und geben dem Geschehen wirkungsvoll, sprachlich unaufdringlich und kindgerecht historische Tiefenschärfe. Gegen Ende konstatiert Julia »aus tiefstem Herzen«: »Ich bin so froh, dass die Mauer verschwindet. Ich gehe jeden Tag hin, und wenn ich sehe, dass sie noch dünner und zerlöcherter geworden ist, bin ich richtig glücklich. Ich verstehe überhaupt erst jetzt, wie schrecklich die Mauer gewesen ist!« (S. 205) [geeignet für Klasse 6]

Mögliche Unterrichtsaspekte für beide Bücher wären auf der **Ebene der Romanhandlung**:

Wie erlebt die Hauptfigur die Ereignisse? Welche Erfahrungen mit dem geteilten Deutschland werden geschildert? Was erfahren wir über das Leben und den Alltag der Menschen zu dieser Zeit? Was hat sich verändert?

Auf der **Ebene des Themenhintergrunds** könnten **folgende Aspekte** unterrichtsrelevant werden:

- Leben mit der Mauer: Ein Rückblick
- Leben mit einer Mauer: Vorstellungen und Bilder
- »Erfahrungen« mit der deutschen Einheit: Eigene Erlebnisse

– Eltern und Großeltern werden zum Thema interviewt. Vergleiche mit dem aktuellen Zustand: Was ist seither geschehen?

Das Interesse an diesem Thema kann und sollte also schon früh geweckt werden, Erlebnisse der Kinder können einfließen, Erfahrungen auf altersgemäße Weise und eventuell mit fächerübergreifenden Akzenten (Erdkunde, Geschichte, Kunst) sichtbar gemacht werden.

Einen für die Zusammenarbeit mit dem Fach Geschichte besonders tragfähigen Ansatz dafür vermittelt Klaus Kordons Jugendbuch »**Paule Glück. Das Jahrhundert in Geschichten**« (1985/99). Hier werden hundert Jahre deutscher Geschichte aus der Perspektive von Kindern und mit Kindern als Hauptfiguren nachgezeichnet (vgl. Infokasten). Die Geschichte »Test the West« beleuchtet den November 1989 und zeigt Marius, der mit »Kieke«, dem Freund seines älteren Bruders, den Westen Berlins erlebt (vgl. **M1**) und »Rennschuhe« kauft, was zu einem dramatischen Streit mit seinen Eltern führt. Mit seinem scharfen Blick auf die Lebensrealitäten Jugendlicher ermöglicht Kordons Buch eine Einbettung der deutschen Entwicklungen im letzten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts in eine größere historische Dimension und damit ein vertieftes Verständnis der Geschehnisse. Wenn gleichzeitig in einem kreativen Vorgehen auch Schüler-Geschichten der Gegenwart als Schreibprojekt versucht werden (vgl. Infokasten), lassen sich Kontinuitäten und Brüche auch im Sinne einer Bilanz der Veränderungen – zumindest bezogen auf das Leben der Jugendlichen – schon in der Unterstufe ansatzweise erkennen.

INFOKASTEN zu Klaus Kordon »Paule Glück. Das Jahrhundert in Geschichten«

Inhalt (zum Überblick über gewählte Zeitpunkte der einzelnen Geschichten: Die Möglichkeit einer deutsch-deutschen Reihe – 1948, 1953, 1961, 1989 – besteht.)

- 1904: Paule Glück
- 1917: Luise
- 1923: Jacobs Rettung
- 1932: Eisern, Emil, eisern!
- 1941: Hände hoch, Tschibaba!
- 1948: Trümmerkutte
- 1953: Fahren wir zum Alex
- 1961: Mach die Augen zu und spring
- 1969: Unsere Gegend
- 1974: Im 31. Stock
- 1981: Brief für Benno
- 1984: Ich bin keine Ente
- 1989: Test the West
- 1998: Pizza-Time

Vorschläge für ein Schüler-Schreibprojekt im Anschluss an den Kordon-Roman:

- 2001: Eine Reise in Deutschland – Ein Erlebnis in Berlin – Das ist in meinem Leben wichtig! – Ein typischer Tag in meinem Leben – ...



» ... und ich saß in der Loge«:
**Cees Nooteboom beobachtet
 den deutschen Einigungsprozess**

Der deutsche Einigungsprozess ist für ausländische Schriftsteller bisher kaum zum literarischen Thema geworden. Zwar wird von Zeit zu Zeit bedauert, dass noch kein Roman über die deutsche Entwicklung seit 1989 vorliegt, zuletzt recht vehement von Tom Wolfe, dessen »Fefefeuer der Eitelkeiten« – ein breit angelegtes Panorama der New Yorker Gesellschaft – 1987 international für Furore gesorgt hatte und ihm selbst als Vorbild für ein deutsches Wende- und Einheitsszenario vorgeschwebt haben mag. Aber die Vorstellung, dass ein literarischer Blick von außen Sinn und Reiz haben könnte, tritt dabei nicht ins Blickfeld der Diskussion.

So ist es umso interessanter, dass mit dem renommierten Niederländer Cees Nooteboom – Jahrgang 1933 – wenigstens ein Autor zu benennen ist, der sich mit besonderer Intensität der deutschen Geschichte annimmt. Dabei ist für ihn die deutsche Entwicklung gerade in Berlin wie durch eine Lupe sichtbar – vergrößert, überdeutlich. Nooteboom, der Berlin immer wieder seit Anfang der sechziger Jahre besucht und hier auch eine Zeit lang (1989 bis 1993) gelebt hat, beobachtet neuerdings (SPIEGEL 36/1999), dass »ein metonymischer Gebrauch dieses zweisilbigen Wortes« Berlin für Deutschland in der internationalen Presse einsetze, und konstatiert: »Es war also so weit. Berlin war wieder ganz Deutschland geworden und Deutschland Berlin.« Mit dieser Betrachtung verbindet er eine **Vision für Europa**: »Der Traum von einem wirklich vereinten Europa wird erst in Erfüllung gehen, wenn diese Stadt, ohne sich vom Fleck zu rühren, weiter in die Mitte rutscht.« In diesem Zusammenhang wird klar, dass seine Berlin-Sicht immer den Blick auf Deutschland und sogar auf Europa einschließt.

Eine **Rede**, später unter dem Titel »**Rückkehr nach Berlin**« veröffentlicht, zeigt das noch deutlicher. Gehalten wurde sie am 7. Dezember 1997 in Berlin auf Einladung der Bertelsmann AG in einer Reihe »Berliner Lektionen«. Er betont hier die Faszination, die für ihn von Berlin und der deutschen Geschichte ausgeht. Seine Lebensgeschichte hat »eine Faszination für Vergangenheit, für Vergänglichkeit, für Memoiren und Ruinen erzeugt, für die Antike, für alles, was in dem Wort Geschichte zusammengefasst ist.« (S. 31) Berlin löst dementsprechend ein Echo in ihm aus, das die deutsche Geschichte mit hörbar macht.

Nooteboom beschreibt in dieser Rede den fast mythischen Eindruck von der Mauer im Jahr 1963 (**M2**), als sie Zeichen für ein geteiltes Deutschland, für ein zerschnittenes Europa in einer Welt konkurrierender Machtblöcke war. Er zeichnet die Situation im November 1989 nach (**M3**), als er den Mauerfall »nicht als zufälliger Besucher, sondern als Einwohner Berlins« (S. 39) erlebt. 1997 nimmt er in der gigantischen Bautätigkeit »eine Vision künftiger Macht« (S.18) wahr (**M4**). Die Bauten am Potsdamer Platz erinnern ihn gar an den Turm von Babel. So spiegelt sich im Blick des niederländischen Schriftstellers auf Berlin immer ein Stück deutscher Geschichte wider.

Dies muss man wissen, um seinen Roman »**Allerseelen**«

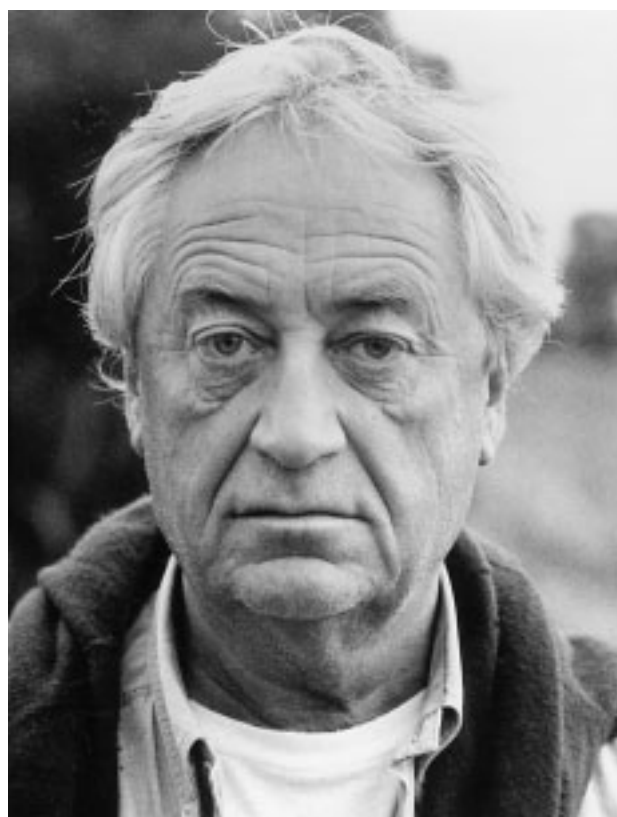


Foto: © Simone Sassen

(1999) in diesem Kontext richtig würdigen zu können. »Allerseelen« handelt von Arthur Daane, einem Holländer, der Mitte der neunziger Jahre in Berlin lebt. Der Dokumentarfilmer hat neun Jahre zuvor seine Frau und den kleinen Sohn Thomas bei einem Flugzeugabsturz verloren und beginnt in Berlin eine Affäre mit der Historikerin Elik. Die Beziehung führt zu Verwicklungen und schließlich zur Selbsterkenntnis. Daane wird in Berlin auch von einer Gruppe holländischer und russischer Freunde umgeben, die an seinen Projekten und seinem Leben intensiv teilnehmen, insbesondere an seinem Vorhaben, die alltäglichen Dinge in ihrer Vergänglichkeit und Unauffälligkeit mit seiner allgegenwärtigen Kamera einzufangen. Auf der Suche nach Motiven oder nach Zufällen, die zur Verarbeitung reizen, durchstreift er Berlin. Nooteboom lässt uns teilhaben an diesen Streifzügen Daanes und vermittelt durch die Augen seines Protagonisten und in seinen Gesprächen mit den anderen Romanfiguren zugleich literarische Bilder von Berlin, die als Spiegelungen deutscher Befindlichkeiten wirken und den Zustand Deutschlands aus der Sicht des Beobachtenden, nicht des Beteiligten, vermitteln.

Nootebooms Sicht der deutschen Einheit lässt zusammenfassend folgende Tendenzen und Motive erkennen:

»Diese Stadt hatte mal einen Schlaganfall erlitten ...« (S. 35) Nooteboom betont immer wieder, wie stark Berlin und Deutschland durch den »Riss, der durch die Welt ging und



hier mehr als irgendwo sonst sichtbar war als versteinerte Herzinfarkt« (Rede S. 34), geprägt wurden. Sehr genau beschreibt er stets, dass die Geschehnisse des Jahres 1989 im Kontext der deutschen Geschichte zu sehen sind, dass die Zusammenhänge präsent bleiben müssen, um die »rasend schnelle Pirouette« (SPIEGEL 36/1999, S. 50) richtig zu würdigen. So ist die Nachkriegsgeschichte in beiden deutschen Staaten häufig sein Thema, ihre Spuren finden sich im Roman wie in seinen anderen Veröffentlichungen. Ein Beispiel aus seinem SPIEGEL-Essay mag dies illustrieren: »Es ist nicht immer von Vorteil, so lange zu leben, dass man das alles noch weiß, vor allem nicht, weil es später so unvorstellbar wird: Ulbricht, Grotewohl, die freudigen Gesichter der an den Ehrentribünen Vorbeimarschierenden auf der einen Seite, die nackten Studentinnen auf dem Podium bei Adorno, die Berufsverbote, Baader/Meinhof, Morde und Geiselnahmen auf der anderen.« Man sieht, er schont keine Seite; erst aus der Unterschiedlichkeit der Entwicklung, die wie ein Krankheitszustand über Deutschland lastete, erwächst ein Verständnis für die Bedeutung der Zeit nach 1989.

Im Roman »Allerseelen« wird dies auf der Ebene von Erinnerungen und Beobachtungen reflektiert. Es wird in **M5** nicht an bildhaften, einprägsamen Formulierungen gespart, die diesen Zustand auch für Oberstufenschüler fassbar machen können:

Nooteboom spricht von einem »Schlaganfall«, von einer »Narbe«, dem »Bruch«, der »fast körperlich« spürbar ist. Er blickte vor der Wende vom »Holzpodest« »in die andere Welt«; heute scheint dies alles ihm manchmal »als Produkt einer krankhaften Phantasie«.

»Erinnerst du dich noch an die Euphorie?« (S. 161)

Die euphorische Stimmung der Wochen und Monate nach jenem 9. November 1989 fängt Nooteboom aus nächster Nähe ein: »... schon bald fand ich es wunderbar und begann die Stadt zu lieben. Die geschichtlichen Ereignisse überstürzten sich, und ich saß in der Loge.« (SPIEGEL 36/1999, S. 48)

Diese Nähe merkt man den entsprechenden Szenen im Roman (vgl. **M6**) durchaus an. Der ausgewählte Gesprächsausschnitt holt die »Bananen am Checkpoint Charlie« ebenso wie das Brüder- und Schwester-Pathos zurück. Die Frage »Und hast du sie in letzter Zeit gehört?« leitet eine schonungslose Analyse des Zerfallens jener Einheitsstimmung ein, deren Merkmale herausgearbeitet werden können und wieder mit der deutschen Geschichte – »zwei, drei, vier Vergangenheiten« – verknüpft werden. Von außen beobachtet wirkt manches in diesem neuen deutschen Staat wie kleinliches Gezänk. Die eindringliche Interpretation dieser Entwicklung durch die Romanfigur Victor, »der ... aus Amsterdam stammte, jetzt aber in Berlin lebte« (»Allerseelen«, S. 17), ist dabei natürlich zu hinterfragen und an der jeweiligen Gegenwart zu prüfen.

»Du wirst schon ein richtiger Deutscher« (S. 18)

Was ist ein »richtiger Deutscher«? Wie werden die Deutschen von außen her wahrgenommen? Welches Bild von Deutschland existiert im Ausland? Welche Eigenschaften prägen die deutsche Mentalität? Gibt es überhaupt eine deutsche Mentalität? Dies sind Fragen, die sich jeder stellen kann, zu denen jeder – auch die Schülerinnen und

Schüler – Erfahrungen beisteuern kann. Die Antworten werden notwendigerweise die Entwicklungen der Zeit nach 1989 einbeziehen müssen; die neue, die »Berliner Republik« definiert sich ja erst aus diesem Zusammenhang.

Im »Allerseelen«-Roman bietet das Verhalten der Fußgänger an einer roten Ampel (vgl. **M7**) den Ausgangspunkt für die in den obigen Fragen angeregten Überlegungen: »In Amsterdam war man verrückt, wenn man als Fußgänger bei Rot nicht losging, hier war man verrückt, wenn man es tat, was man auch deutlich zu hören bekam.« Die Frage nach Klischees, nach Vorurteilen wird gestellt. Aber eben: »Man durfte nicht verallgemeinern. Und trotzdem besaßen bestimmte Völker bestimmte Charaktereigenschaften. Woher kamen die? »Aus der Geschichte«, hatte Erna gesagt.« Damit schließt sich der Kreis der Betrachtungen.

Hinweise für eine unterrichtliche Behandlung:

Vollkommen zu Recht wird neuerdings mehr Mut für die Behandlung aktueller, auch ungewöhnlicher Texte im Deutsch-Unterricht angemahnt, zuletzt in DU 4/1999. Hierbei gilt, was Clemens Kammler in DU 4/99 so formuliert: »Wer neuere und neueste Literatur in der Schule behandelt, verlässt die scheinbar sicheren Pfade kanonisierter Wissens, entscheidet sich für eine **Didaktik des Experiments**. Bei allem Risiko des Scheiterns ... eröffnet ein solches Experiment besondere Chancen: Aufseiten der Lehrenden kann es zu erhöhter Aufmerksamkeit gegenüber dem Lerngegenstand führen, ein Erstarren in Routine verhindern. Den Lernenden kann es zu der Erkenntnis verhelfen, dass Literatur kein totes Medium ist ...« (S. 5).

Nootebooms Roman könnte in einem Grundkurs Deutsch der Klassenstufe 12 oder 13 zum Gegenstand werden, im Leistungskurs – gekoppelt mit anderen Werken – sowieso. Die melancholische Liebesgeschichte zwischen Daane und Elik im Roman ist durchaus reizvoll und spannend realisiert. Daneben präsentiert Nooteboom die Einheitsproblematik und ein vielschichtiges Berlin-Bild, dem man auf sicher wieder häufiger werdenden Exkursionen in die Bundeshauptstadt nachgehen kann, das man aber auch kreativ und aus deutscher Sicht ergänzen kann. Der Roman bietet, zusätzlich zu **M2** bis **M4**, einen weiteren möglichen Baustein zu einer unterrichtlichen Behandlung, die Wertungsfragen, Referate zu anderen aktuellen Deutschland-Texten, fächerübergreifende Aspekte und kreative Aufgaben einschließen kann.

Auf der literarischen Suche nach der deutschen Einheit – Vorschläge zur Projektarbeit

Projekttag und Projektunterricht eignen sich besonders gut dazu, einmal größere Zusammenhänge in deutlicher Eigentätigkeit der Schülerinnen und Schüler erkunden zu lassen. Warum nicht einmal ein **Projekt** anbieten, das sich mit dem Thema »**Deutsche Einheit in der Literatur**« beschäftigt?

Einige mögliche Fragestellungen könnten sein:

– Mauer, Mauerfall ... und die Mauer in den Köpfen. Eine



- Entwicklungsgeschichte in literarischen Beispielen
- Deutsch-deutsche Einsichten. Wie Deutsche Deutsche sehen
- Das neue Deutschland. Literarische Darstellungen seit 1989
- verFILMungEn: Deutsche Geschichte im Film. »Sonnenallee«, »Helden wie wir« und andere.

Bewusst wird im Folgenden nur auf einige Konturen verwiesen, die solch ein Projekt haben kann. Die Recherche-Tätigkeit der Schülerinnen und Schüler in Bibliotheken, Buchhandlungen, Internet usw., das Auswählen, Lesen und Vorstellen einzelner Werke, die Präsentation der Ergebnisse samt einem Vergleich der Darstellungsarten könnte und müsste sich in der Projektarbeit gruppenge-recht entwickeln.

Drei Beispielblöcke sollen die mögliche Spannweite der Erkundungen, auch was die Gattungen anbelangt, verdeutlichen:

Natürlich wird man am ehesten **im Bereich des Romans und der Kurzgeschichte** fündig. Die vom Umfang her schmale, vom Inhaltlichen her sehr ergebnisreiche Erzählung »Die Birnen von Ribbeck« (1991) von Friedrich Christian Delius und Ingo Schulzes komplexe »Simple Storys« (1998), der endlich auch einmal Geschichten »aus der ost-deutschen Provinz« erzählt, sind hier ebenso interessant wie Wolfgang Hilbigs Erzählungen »Grünes, grünes Grab« (1993) oder Stefan Heyms »Auf Sand gebaut« (1990), sieben zornige »Geschichten aus der unmittelbaren Vergangenheit«, und mögen stellvertretend für viele andere Möglichkeiten stehen.

Im Bereich der **Lyrik** sei insbesondere auf den 1939 in Dresden geborenen Volker Braun verwiesen. Seine Gedichte – so auch neuerdings in dem Bändchen »Tumulus« (1999) – zeigen immer wieder in faszinierenden Bildern die Sichtweise eines Menschen, der sich nirgends mehr recht heimisch fühlt. Mit intensivem Blick beobachtet er die deutsche Entwicklung nach 1989, seine kritischen Wort-pfeile gelten u. a. der westlichen Lebensart. So auch in dem Gedicht »MARLBORO IS RED. RED IS MARLBORO« aus den frühen neunziger Jahren (vgl. **M8**). Im Jahrbuch der Lyrik 1996/97 steht zu dem Gedicht zu lesen: »Als Symbol des internationalen sozialistischen Aufbruchs hat die Farbe Rot ausgedient; was bleibt, ist ein proletarischer Internationalismus ganz eigener Art: die klassenlose Gesellschaft der Marlboro-Raucher. ... Kein Traum einer vernünftigen Gesellschaftsordnung findet hier mehr Platz, soziale Aktivität vollzieht sich als besinnungsloser Konsum: Der Wohlstand ist eine Wüste.« (S. 59f.)

Das Thema deutsche Einheit im **Drama** – offenbar eine schwierige, sperrige Allianz! Immerhin haben sich Rolf Hochhuth mit »Wessis in Weimar. Szenen aus einem besetzten Land« (1993/94) und Botho Strauß mit »Schlusschor« (Uraufführung 1991) daran versucht. Beide Stücke lösten ein großes Presseecho aus, beide gelten auch als problematisch und sind trotz vielschichtiger Handlungsstränge merkwürdig undifferenziert und eindimensional in ihrer Aussage.

Vielleicht hat es das Theater wirklich am schwersten, die Thematik darzustellen: Den Alltag erfassen filmische Möglichkeiten eventuell besser und präziser, andererseits

sind symbolische Überhöhungen wie der Adler in dem Strauß-Drama – auf der Bühne realisiert – doch schwer verdaulich. (Diesen Fragen nachzugehen, könnte übrigens im Rahmen eines Projekts eine lohnende Aufgabe sein.) Von solchen besonderen Schwierigkeiten für die Gattung Drama gibt die Charakterisierung der Bühnenfigur »Abgewickelte« aus »Wessis in Weimar« einen kleinen Eindruck (vgl. **M9**).

Materialien

M1 »Alles Ostler, die den Westen ›testen‹ wollen ...«: Ein Ost-Berliner Junge erlebt kurz nach dem Fall der Mauer den Kudamm

»Warte, bis wir auf'm Kudamm sind«, flüstert Kieke, als gäbe es irgendeinen Grund dafür, von nun an leiser zu sprechen. »Da gehen dir die Augen über.«

Wie sie zum Kurfürstendamm gelangen, weiß Kieke von seinem Vater: Mit dem Bus bis zur Osloer Straße und von dort aus mit der U-Bahn bis zu den Stationen Bahnhof Zoo oder Kurfürstendamm. Zwei Katzensprünge nur noch, wo bisher ein ozeanweiter Abgrund klaffte.

Die Busse und U-Bahnen sind überfüllt. Alles Ostler, die den Westen ›testen‹ wollen. *Test the West* wird auf einem U-Bahnhof für eine Zigarettenmarke geworben. Betrifft das nicht genau ihre Situation? Kieke muss lachen, als er zum ersten Mal diesen Werbespruch liest. Und er findet es ganz normal, dass sie als Ostler in den Bussen und Bahnen kein Fahrgeld bezahlen müssen. »Das ist der Westen uns schuldig«, erklärt er Marius. »Schließlich haben nicht nur wir im Osten den Krieg verloren.« Und als Marius das nicht gleich versteht, verrät er ihm, was sein Vater immer sagt: »Vierzig Jahre lang haben wir die armen Russen zu ›Freunden‹ gehabt, die im Westen die reichen Amerikaner, Engländer und Franzosen. Allein auf westdeutschem Mist ist das Wirtschaftswunder nicht gewachsen.«

Die Ostler um sie herum, die das gehört haben, nicken. »Ab jetzt wird jeteilt«, sagt ein älterer Mann mit schütterem Haar. »Halbe-halbe und nich anders!«

Wieder beifälliges Gemurmel. Vorsichtig sieht Marius zu den Leuten hin, die er für Westler hält. Sind die mit dem, was eben gesagt wurde, denn einverstanden?

[...] Kauend machen sie sich darüber lustig, dass sie nun keinen einzigen Westpfennig mehr besitzen, und schlendern dabei gemütlich den Kurfürstendamm rauf und runter, diesen langen, breiten Boulevard mit all den vielen Geschäften, Restaurants, Cafés, Kinos und Theatern. Und nun gehen Marius wirklich die Augen über: Was in den Schaufenstern für schicke Klamotten liegen! Wie viele verschiedene Fernseher, Phonotürme, Fotoapparate und CDs es hier gibt! Welche Mengen verschiedenster Süßigkeiten! Was für Schmuck! Was für Autos! Was für Urlaubsreisen! Und überall Schilder, die das Neueste, Schönste, Beste, Teuerste und Billigste anpreisen. Jetzt erst versteht Marius das Wort vom »goldenen Westen«. »Kann sich das denn hier jeder kaufen?«, flüstert er Kieke zu. »Haben die alle so viel Geld?«

Der zuckt die Achseln. »Alle sicher nicht! Aber 'ne ganze Menge. Sonst würden die Geschäfte ja Pleite machen.«

So muss es sein. So ist es ja auch im Osten. Die einen ha-

ben mehr Geld, die anderen weniger. Aber zu Hause sind die Leute froh, wenn sie überhaupt bekommen, was sie gerade suchen. Da gibt es keine große Auswahl, da locken die Schaufenster nicht so. Hier wünscht sich bestimmt jeder, ganz viel Geld zu haben. Und wer nicht so viel verdient, ist sicher sehr traurig und vielleicht auch wütend darüber, sich nicht den teuersten Fernseher, das beste Auto oder die schönste Urlaubsreise leisten zu können.

Aus: Klaus Kordon: *Paule Glück. Das Jahrhundert in Geschichten.* Beltz&Gelberg, Weinheim und Basel 1999, S. 292f. und 300f.

M2 Cees Nooteboom schildert 1997 Eindrücke von seinem Berlin-Aufenthalt 1963
(Berliner Rede 7. 12. 1997)

Doch mir war nicht nach Lachen zumute. Was hatte ich damals gedacht? Daß man sich diese Situation in der griechischen oder in welcher Antike auch immer vorstellen könne: eine Stadt, die zweigeteilt war durch eine Mauer. Von Legenden und Geschichten umwoben, ein fast vergessenes Sprichwort, eine Komödie von Tirso de Molina, wiederentdeckt in einer Ecke der Bibliothek von Salamanca, eine Bearbeitung von Molière, eine Oper von Salieri, und später natürlich eine gute Stunde erhabenen süßen Videoschaums, eine Anekdote, auf der die Symbole wachsen wie fliegendes Gras, Kulturbesitz. Wir aber haben es meist mit Altertümern zu tun, die nur ein paar tausend Jahre alt sind, dasselbe Alter wie wir in der ineinanderverschachtelten Reihe der Zivilisationen haben, zu der wir noch immer gehören. Vielleicht ist das der Grund, weshalb trotz des Nukleararsenals, das zur Welt gehört wie eine Ozonschicht, unserem Tun und Lassen noch immer etwas hoffnungslos Altertümliches anhaftet, eine Antiquiertheit, die keine Reise zum Mars oder Jupiter beseitigen kann. Denn so sah es aus, man brauchte sich nur vor diese Mauer zu stellen, die Augen ein Stück weit zuzukneifen, und man sah ein tölpelhaftes Herumgewusel mittelalterlicher Landsknechte, die die Stadtmauer des Landes der Anderen bewachten. Dieselbe Gattung, die Millionen von Kilometern in wenigen Tagen zurücklegen, die Planeten im eigenen Haus besuchen und Atome spalten konnte wie ein Stück Tau, konnte jetzt auch schon eine zwei, drei Meter hohe Mauer bauen – und nicht mehr darübersteigen, genauso wie ein Ägypter oder Babylonier nicht über sie hätte steigen können, wie ein Mensch im Mittelalter seine Waffen am Tor hätte abgeben müssen, wie ein Athener in der Spree ertrinkt, wie ein Niederländer sich an dieser Mauer den Kopf einrennt und Jahrzehnte später auf der anderen Seite der Erde aufwacht und sieht, wie ein Priester und ein Diplomat ein Tuch von einem Stück Beton mit kindischen Zeichnungen wegziehen, das nun für immer dort stehen bleiben muß, um die Menschen an etwas zu erinnern, das sich nie und nimmer in einem Atemzug nennen läßt, und sei es nur deswegen, weil die Geschichte einen Januskopf hat, der in zwei Richtungen blickt: in die Vergangenheit und, paradoxerweise, auch in die Zukunft.

Aus: Cees Nooteboom: *Rückkehr nach Berlin.* © Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1998, S. 12–14

M3 Cees Nooteboom 1997 über 1989: »... und hier wurde nicht nur ein Land wieder aneinandergeschmiedet, sondern ein ganzer Kontinent.« (Berliner Rede 7. 12. 1997)

Es war das Jahr 1989, und alles, was in diesem Jahr passierte, erlebte ich nicht als zufälliger Besucher, sondern als Einwohner Berlins. Mochte ich auch kein Deutscher sein, so war ich doch Europäer, und hier wurde nicht nur ein Land wieder aneinandergeschmiedet, sondern ein ganzer Kontinent. Einst, im Jahr 1962, als auf Deutschland bereits wieder 45% der Gesamtproduktion Europas entfielen, hatte ich Adenauer und de Gaulle auf einem Balkon in Stuttgart gesehen, ein wunderliches Paar, älter als das Jahrhundert. De Gaulle hatte diese merkwürdigen langen Arme hochgereckt und gerufen: EZ LEBBE DOIZLAANT! EZ LEBBE DIE DOITZFRANZÖZISCHE VROINDZAVT!! Er hatte an dem großen Gebilde vom Atlantik bis zum Ural zu wirken begonnen – auf einer der Kreuzwegstationen dorthin sollte Willy Brandt in Warschau niederknien, und noch später sollten Mitterrand und Kohl Hand in Hand auf dem Schlachtfeld von Verdun stehen, um auch dort den Krieg für immer zu begraben. Alte Ängste lassen sich jedoch nicht so leicht begraben, nicht in Moskau, nicht in Paris und auch nicht in London, ganz zu schweigen von den anderen, kleineren Ländern im Schatten dieses einen großen Reichs der Mitte. Mag die Geschichte auch ein paar blitzschnelle Pirouetten drehen und ein *Fait accompli* aus dem Hut zaubern – das uralte Gespenst des Gleichgewichts hält die betagte Familie Europa in Atem, die Unvermeidlichkeit des Laufs der Geschichte wird hingenommen, als säße eine Klasse gehorsamer Marxisten auf den Schulbänken. Doch sowohl in Mitterrands wie auch in Thatchers Memoiren schimmert das alte Mißtrauen durch, wie eifersüchtige alte Schauspielerinnen sitzen England, Frankreich, Deutschland und Rußland in ihren Logen und lassen sich gegenseitig nicht aus den Augen: Wer glückt zuviel mit wem zusammen, wer bekommt die meisten Blumen, warum wedelt die da so viel mit ihrem Fächer herum, wer bekommt gleich die Hauptrolle, warum ist die so nett zu dieser doch gar nicht so wichtigen Nebenrolle, warum bin ich nicht eingeladen – Intrigen und Argwohn im Theater Europa.

Aus: Cees Nooteboom: *Rückkehr nach Berlin.* © Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1998, S. 39–41

M4 Cees Nooteboom über sein aktuelles Bild von Berlin: »Eine Vision künftiger Macht«
(Berliner Rede 7. 12. 1997)

Wenn das, was ich hier sah, kein Potemkinsches Dorf war, dann mußte es doch einfach sein, was meine Augen sahen: eine Vision künftiger Macht. Hier wurde mit der donnernden Gewalt einer Ramme eine Seite umgeblättert, hier wurden nicht weniger als drei Vergangenheiten zugleich verschüttet, in dieser Zauberlandschaft orgiastischer Arbeit wurde die Geschichte untergegraben wie ein Maulwurf, eine Million Bilder pro Sekunde, Straßenbahnen, Moden, Armeen, Bunker, Sperren, Mauern, Vopos, alles verschwand unter den Fundamenten der Tempel der neuen Mächte, wieder war ich auf diesem selben Platz

gelandet zwischen etwas, das viel mehr bedeutete, als was in diesem Augenblick zu sehen war. Irgendwo in einer Ecke standen, wie beiseite geschobene Kulissenteile nach einer verunglückten Vorstellung, noch ein paar armelige Mauerstücke herum.

Aus: Cees Nooteboom: *Rückkehr nach Berlin*. © Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1998, S. 18

**M5 Berliner Bilder in Nootebooms »Allerseelen«:
»Diese Stadt hatte mal einen Schlaganfall
erlitten ...«**

Er ging in Richtung Schillerstraße. Es gab nur zwei Städte, die einen so zum Laufen herausforderten, Paris und Berlin. Das stimmte natürlich auch wieder nicht, er war sein ganzes Leben lang überall viel zu Fuß gegangen, doch hier war es anders. Er fragte sich, ob das durch den Bruch kam, der durch beide Städte lief, wodurch das Zufußgehen den Charakter einer Reise, einer Pilgerfahrt bekam. Bei der Seine wurde dieser Bruch durch Brücken gemildert, und dennoch wußte man immer, daß man irgendwo anders hinging, daß eine Grenze überschritten wurde, so daß man, wie so viele Pariser, auf seiner Seite des Flusses blieb, wenn keine Notwendigkeit bestand, das eigene Territorium zu verlassen. In Berlin war das anders. Diese Stadt hatte mal einen Schlaganfall erlitten, und die Folgen waren noch immer sichtbar. Wer von der einen Seite in die andere ging, durchquerte einen merkwürdigen Riktus, eine Narbe, die noch lange zu sehen sein würde. Hier war das trennende Element nicht das Wasser, sondern jene unvollständige Form der Geschichte, die Politik genannt wird, wenn die Farbe noch nicht ganz trocken ist. Wer dafür empfänglich war, konnte den Bruch fast körperlich spüren. Er trat auf die endlose Fläche des Ernst-Reuter-Platzes, sah, daß die hohen Metallampen in der Bismarckstraße (»das einzige, was von Speer übriggeblieben ist« – Victor) brannten, so daß die dahintreibenden, sich selbst nachjagenden Schneeböen dort kurzzeitig zu Gold wurden. Ihn fröstelte, aber nicht vor Kälte. Wie lange war es jetzt her, daß er zum erstenmal in Berlin war? Als Praktikant mit einem Team vom niederländischen Sender NOS, das über einen Parteitag im Osten berichten sollte. So etwas konnte man schon jetzt nicht mehr erklären. Wer es nicht miterlebt hatte, konnte es nie mehr nachempfinden, und wer es mitgemacht hatte, wollte nichts mehr davon wissen. So etwas gibt es, Jahre, in denen die Ereignisse dahinrasen, in denen Seite 398 Seite 395 schon längst vergessen hat und die Wirklichkeit von vor ein paar Jahren eher lächerlich als dramatisch wirkt. Es war ihm aber noch bewußt, die Kälte, die Bedrohung. Brav hatte er zusammen mit den anderen auf einem Holzpodest gestanden, um über das Niemandsland hinweg in die andere Welt zu blicken, in der er am Tag zuvor noch gedreht hatte. Selbst das war ihm damals unmöglich erschienen. Nein, darüber konnte man nichts Vernünftiges sagen, auch heute noch nicht. Wenn die steinernen Zeichen, Ruinen, Baugruben, leeren Flächen nicht gewesen wären, hätte man noch am besten alles als Produkt einer krankhaften Phantasie abtun können.

Aus: Cees Nooteboom: *Allerseelen*. © Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1999, S. 35f.

**M6 Berliner Bilder in Nootebooms »Allerseelen«:
»Erinnerst du dich noch an die Euphorie?«**

»Alles ist voll davon. Es sitzt in ihren Augen. Darum sehen sie nicht gut. Jetzt auch wieder nicht. Wiedervereinigung, es will ihnen nicht in den Kopf. Sie bekommen ein ganzes Land geschenkt und wissen nichts damit anzufangen. Erinnerst du dich noch an die Euphorie? Wie sie mit Bananen am Checkpoint Charlie standen? Brüder und Schwestern? Und hast du sie in letzter Zeit gehört? Wie *die* aussehen, wie *die* sich benehmen? Rassistische Witze über Leute mit derselben Hautfarbe. Was *die* alles nicht können, wofür *die* zu faul sind. »Wir konnten auch nicht gleich nach dem Krieg nach Mallorca, aber die hocken da schon.« »Die eine Hälfte hat die andere bei der Stasi angezeigt, und die haben wir jetzt dazubekommen.« »Meinetwegen hätten sie die Mauer nicht abzureißen brauchen.« »Mit denen kann man doch nicht in *einem* Land leben, diese vierzig Jahre kriegst du nie wieder raus, das ist ein anderes Volk.« Und so weiter, die ganze Leier.«

»Und die andere Seite?«

»Die fühlt sich verarscht, wundert dich das? Erst offene Arme und hundert Mark, aber jetzt: Wollen wir uns doch mal unser altes Haus anschauen, und: Verkauf diese Fabrik lieber an uns, wir können das besser. Auf beiden Seiten Groll, Argwohn, Neid, Abhängigkeit, Puder, der sich überall festsetzt. Hast du deine aufgeklärten Berliner Freunde schon gehört? Die hatten so eine schöne Enklave. Subventionen für den Fall, dass du bereit warst zu kommen, Theaterparadies, Ateliers für Künstler, keine Wehrpflicht. Alles vorbei. Die Mauer können sie ruhig abreißen, sie bleibt trotzdem stehen. Und dann gibt's noch die im Westen, die verabscheuen sich selbst so sehr, die sagen, man hätte es so belassen müssen, weil es doch soviel Schönes und soviel Solidarität gab. Schon möglich, dann mußt du dir nur die Jagdreviere der obersten Parteien anschauen, die Apotheose des kleinbürgerlichen Parvenüstaats. Das mußt du dir mal vorstellen, ein angeblich unabhängiges Land, eingeklemmt zwischen Polen und dem dicken Westen. Siehst du, wie es leerströmt, wie es demontiert wird? Dann wären sie erst richtig kolonisiert gewesen, jetzt muß der Westen zumindest noch zähneknirschend für den Traum bezahlen. Und jeder weiß genau, wie der andere sich hätte verhalten müssen, in jedem Keller liegen Leichen, alle Berichte, Listen, Prozesse sind aufbewahrt und schlummern irgendwo weiter mitsamt allen Namen und Decknamen. Du mußt dich mal auf dieser Seite in die U-Bahn setzen und bis zur Endhaltestelle im Osten fahren. Du glaubst, du halluzinierst, noch immer. Und dann mußt du wirklich alten Leuten ins Gesicht schauen, Köpfe mit Brennesseln und Spinnweben, die alles überlebt haben. Viele gibt es nicht mehr davon, aber immerhin noch welche. Vergleich das Jahrhundert dieser Menschen mit dem eines Amerikaners. Kaiserreich, Revolution, Versailles, Weimar, Wirtschaftskrise, Hitler, Krieg, Besetzung, Ulbricht, Honecker, Wiedervereinigung, Demokratie. Doch eine eigenartige Wegstrecke, würde man sagen. Und noch immer in derselben Stadt, mitgemacht oder nie mitgemacht, auf der richtigen Seite, auf der falschen Seite, zwei, drei, vier Vergangenenheiten, die in sich zusammengebrochen sind, ein ganzes Geschichtsbuch hat sich in diese Gesichter gekerbt, Kriegsgefangenschaft in Rußland,

im Widerstand gewesen oder mitgelaufen, Scham und Schande, und dann wieder alles weg, verschwunden, Fotos in einem Museum, Fähnchen schwenkend, Erinnerungen, Puder, nichts mehr, nur noch die anderen, die nichts davon begreifen. Und was haben wir jetzt? Sag nicht, daß das keine schöne Arie war.«

»Warum wohnst du hier eigentlich noch?« fragte Arthur.
 »Dann hast du nichts verstanden. Weil ich hier wohnen will. Hier passiert es, merk dir meine Worte.«

Aus: Cees Nooteboom: *Allerseelen*. © Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1999, S. 161–163

**M7 Berliner Bilder in Nootebooms »Allerseelen«:
 »Du bist schon ein richtiger Deutscher ...« –
 Nachdenken über eine deutsche Mentalität**

An der Kantstraße stand die Ampel auf Rot. Er schaute nach links und nach rechts, sah, daß keine Autos kamen, wollte die Straße überqueren und blieb doch stehen, spürte, wie sein Körper diese beiden widersprüchlichen Befehle verarbeitete, ein Art merkwürdiger Wellenschlag, der ihn auf dem falschen Bein hatte landen lassen, ein Fuß auf dem Bürgersteig, der andere auf der Straße. Durch den Schnee hindurch sah er zu der schweigenden Gruppe der Wartenden auf der anderen Seite. Wenn man je den Unterschied zwischen Deutschen und Niederländern feststellen wollte, so war das in solchen Momenten möglich. In Amsterdam war man verrückt, wenn man als Fußgänger bei Rot nicht losging, hier war man verrückt, wenn man es tat, was man auch deutlich zu hören bekam.

»Der will wohl Selbstmord begehen.«

Er hatte Victor, einen Bildhauer, der wie er aus Amsterdam stammte, jetzt aber in Berlin lebte, gefragt, was er tat, wenn wirklich nichts kam.

»Dann geh ich rüber, außer, es sind Kinder in der Nähe. Mit gutem Beispiel vorangehen, du weißt schon.«

Er selbst hatte beschlossen, diese eigenartigen leeren Augenblicke für das zu nutzen, was er »Instantmeditation« nannte. In Amsterdam fuhren alle Radfahrer aus Prinzip ohne Licht, bei Rot und auch gegen die Verkehrsrichtung. Niederländer wollten immer selbst entscheiden, ob eine Regel auch für sie galt oder nicht, eine Mischung aus Protestantismus und Anarchie, die so etwas wie ein eigensinniges Chaos ergab. Bei seinen letzten Besuchen hatte er gemerkt, daß Autos, und manchmal auch Straßenbahnen, mittlerweile schon bei Rot losfuhren.

»Du wirst schon ein richtiger Deutscher. *Ordnung muß sein*. Hör dir nur mal an, wie sie in der U-Bahn schreien. *Einsteigen bitte! ZURÜCKBLEIBEN!!* Na, wir haben ja gesehen, wozu dieser ganze *Gehorsam* geführt hat.« Niederländer ließen sich nicht gern etwas sagen. Deutsche strafen gern. Die Kette der Vorurteile hatte offenbar nie ein Ende.

»Ich finde den Verkehr in Amsterdam lebensgefährlich.«

»Ach, hör doch auf. Sieh dir doch mal an, wie die Deutschen über die Autobahn jagen. Ein einziger großer Wutanfall. Aggression pur.«

Die Ampel sprang auf Grün. Die sechs verschneiten Gestalten gegenüber setzten sich gleichzeitig in Bewegung.

Man durfte nicht verallgemeinern. Und trotzdem besaßen Völker bestimmte Charaktereigenschaften. Woher kamen die?

»Aus der Geschichte«, hatte Erna gesagt.

Aus: Cees Nooteboom: *Allerseelen*. © Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1999, S. 17f.

M8 Die »klassenlose Gesellschaft der Marlboro-Raucher« – Kritik an westlicher Lebensart (Volker Braun, »MARLBORO IS RED. RED IS MARLBORO«):

Nun schlafen, ruhen ... Und liegst lächelnd wach.

Das ist mein Leib nur, der noch unterwegs ist
 Auf irgendwelchen Straßen, ah wohin.

Das Unbekannte wolltest du umfassen.

Jetzt kenn ich alles das. Es ist die Wüste.

Die Wüste, sagst du. Oder sag ich Wohlstand.

Genieße, atme, iß. Öffne die Hände.

Nie wieder leb ich zu auf eine Wende.

Aus: Michael Braun, Christoph Buchwald, Michael Buselmeier (Hg.): *Jahrbuch der Lyrik 1996/97. Welt, immer anderswo*. Verlag C. H. Beck, München 1996, S. 59, © Suhrkamp Verlag, Frankfurt.

**M9 »Diese Frau steht für viele DDR-Bürger ...« –
 Charakterisierung der Bühnenfigur »Abgewickelte«
 in Hochhuths »Wessis in Weimar«:**

»Die Frau, Mitte fünfzig, die hier auf einer Bank wartet, bis ihre Wäsche fertig ist, hat den Mantel neben sich gelegt und liest und raucht. Sie liest in einem Buch, nicht Zeitung! Das charakterisiert sie. Buchleser werden ja mehr und mehr zu den eigentlichen Aristokraten – im gleichen Maß, in dem aus den Hauptgeschäftsstraßen unserer Großstädte die Buchhandlungen verschwinden in Nebengassen, weil sie die Mieten nicht mehr aufbringen ... Diese Frau steht für viele DDR-Bürger auch dadurch, dass sie stets viel gelesen hat, nicht erst, seit sie zur »Abgewickelten« degradiert worden ist. In der BRD entspricht die Zahl der Nichtleser proportional ziemlich genau der Überzahl von Autobesitzern, während vor der Wende in der DDR nur relativ wenige privat ein Auto fuhren ... und sehr viele gelesen haben.«
(kursiv im Original)

Aus Rolf Hochhuth: *Wessis in Weimar. Szenen aus einem besetzten Land*. Verlag Volk und Welt, Berlin, 1. Aufl. 1993

Literaturhinweis

Volker Wehdeking: *Die deutsche Einheit und die Schriftsteller. Literarische Verarbeitung der Wende seit 1989*. Kohlhammer, Stuttgart 1995.

V. Kunst nach der deutschen Einheit

Von Hartmut Wille

Die folgenden Materialien (Abbildungsnachweise S. 46) sollen einem differenzierten Verständnis der Kunstentwicklung im Deutschland der letzten zehn Jahre dienen. Während sich Kunst und Kunstbetrieb in den alten Bundesländern nach dem Mauerfall mit der Aufnahme der deutschen Einheit als ein Thema unter vielen kontinuierlich entwickelte, gab es für die ostdeutschen Künstler einen deutlichen Bruch.¹ »Möglicherweise ist die nationale Einigung der Deutschen ein [...] verspäteter Gegenläufer zur wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung.«²

Derzeitige Reaktionen von Künstlern und Kunstinteressierten auf die vielfältigen Tendenzen in West und Ost sind nur verständlich, wenn sie in die geschichtlichen Zusammenhänge seit den frühen 70er-Jahren eingeordnet werden können. **M1**

In Folge des Grundlagenvertrags von 1972 hatten die Staatsfunktionäre in der DDR verstärkt Interesse an einem differenzierten und humanen Bild der sozialistischen Gesellschaft in den Köpfen der BRD-Bürger. »Dazu brauchte man künstlerische Ausdrucksformen, die qualitativ im westlichen Ausland Akzeptanz finden konnten.«³ Damit verbunden war eine Öffnung des sozialistischen Realismus zur Weite und Vielfalt von DDR-Kunst, das Etablieren des Staatlichen Kunsthandels⁴ sowie die Schaffung größerer Ausstellungsmöglichkeiten für westliche Künstler. Die Staats- und Kulturfunktionäre gefielen sich als Gönner und Förderer von Kunst. Eine Verurteilung von Künstlern mit Begriffen wie Staatstreue oder Systemnähe passierte genauso oberflächlich wie mancher Künstler vorschnell als oppositionell galt.

In der Kunstzeitschrift »art« sind zu diesem Thema für eine chronologische Sicht auf die vergangenen zehn Jahre deutsche Kunstentwicklung informative Artikel zu finden. **M2**

Begegnen – Angela Hampel und Gudrun Trendafilov

In den Jahren kurz vor der Wende konnten immer mehr DDR-Bürger in die Bundesrepublik reisen. Gerade Künstler hatten so Gelegenheit, die Kunst im Westen, also westdeutsche und westeuropäische Kunst, kennen zu lernen. Die Staats- und Kulturfunktionäre gaben dem innerdeutschen Druck politischer Normalisierung nach. Dem einen wurden private Besuche zu Familienjubiläen erlaubt, anderen wurden Ausstellungen gestattet oder es gab offiziell genehmigte Studienaufenthalte. Die Wiederkehrer hatten viel zu erzählen. In Freundeskreisen traf man sich und tauschte Meinungen, Vorstellungen und Neuigkeiten aus. Bereits im Sommer nach der Wende waren viele Interessierte in die deutschen Zentren westeuropäischer Kunst gereist. Wieder traf man sich und teilte Freude, Erlebnisse

und Erfahrungen. Oft war die Begegnung mit den Originalen von Antes, Beuys und den vielen anderen wie ein Treffen mit langjährigen Briefreunden: man kannte die Werke recht genau und Vertrautsein war zu spüren, aber richtig erlebt man Kunst sinnlich konkret.

Es waren Monate intensiver Gesprächskultur. Die vielen großen Reisen im ersten Jahr nach dem Mauerfall waren durch die Vergünstigungen seitens der alten Bundesländer möglich – Reisen und Begegnungen.

Zwei Dresdner Künstlerinnen konnten sich 1991 in Stuttgart treffen. Die Galeristin Hedwig Döbele, die sich schon Jahre zuvor um eine gemeinsame Ausstellung beider bemühte, richtete ihnen eine Ausstellung ein.

Angela Hampel und Gudrun Trendafilov opponierten mit rigorosen künstlerischen Aussagen gegen gesellschaftliche Zwänge in der DDR. Sie wandten sich mit ihrer Kunst nicht gegen etwas oder jemanden, sondern lebten ihre eigenen Empfindungen und Vorstellungen in Bildern aus. Hoch expressiv, authentisch wirksam durch intensives Selbsterleben, mit künstlerischer Leidenschaft und virtuossem Beherrschen ihres Metiers zeichneten sie von sich, ihrer Beziehung, ihrem Nachspüren des Kreatürlichen im Menschen, seine Tierverwandtschaften, die Kraft des Ursprünglichen im Leben. Um solches bildkünstlerisch umzusetzen bedarf es stärkster Ausdrucksformen, wie sie die Brücke-Künstler kultiviert hatten. Doch obwohl der deutsche Expressionismus in der offiziellen DDR-Kunst und Kunstgeschichte seine Tradition hatte, war so viel Selbstbehauptung und sinnliche Lebenskraft Grund genug die Ausstellungsmöglichkeiten für beide Künstlerinnen zu beschränken.

Die Ausstellung zu Beginn des Jahres 1991 in der Galerie Döbele in Stuttgart war Begegnung beider Künstlerinnen, Begegnung der Künstlerinnen mit einer Galerie, die sich schon vor der Wende für DDR-Kunst stark machte und Begegnung freier selbstständiger Kunst aus beiden Teilen Deutschlands. Gerade die Farbzeichnungen Angela Hampels kamen in der DDR in breiten Umlauf. Diese Bild gewordene Kraft und Lust am Leben war es vielen Menschen wert eine Zeichnung zu erwerben (immerhin vertrieb der staatliche Kunsthandel ihre Zeichnungen für mehr als ein halbes durchschnittliches Monatseinkommen). **M3 M4**



Atelierfoto von Angela Hampel und Gudrun Trendafilov⁵

Bewahren – Liz Bachhuber und Christoph Rihs

Seit mehr als zehn Jahren leben die Amerikanerin Liz Bachhuber und der Schweizer Christoph Rihs in Deutschland und haben unser Volk sowohl in West und Ost als auch vor und nach der Wende erlebt. In vielen ihrer Kunstwerke bewahren sie, was sich offizieller Geschichtsschreibung entzieht und im Alltag schnell vergessen wird: verbindende Gemeinsamkeiten von Menschen in einem Land und ihr historisches Erbe. Beide vorgestellten Installationen sind wie Sichten von außen auf uns Deutsche im Kontext europäischer Geschichte. Künstlerisch verdichtet und pointiert haben beide ihre Reflexionen umgesetzt.



Liz Bachhuber: »Conference«, Entwurfszeichnung 1998

Liz Bachhubers »Conference I+II« **M5** lässt sich mit ein paar Stühlen leicht »nachspielen« und schnell findet man Zugang zu künstlerischen Inhalten. Der erläuternde Text **M6** eignet sich dabei zur Bestätigung selbst gewonnener Einsichten.

Christoph Rihs' Werk »Maikäfer flieg ...« **M7** verlangt intensivere gedankliche Arbeit. Allein der Titel ist nur zu verstehen, wenn man von diesem alten Kinderlied weiß. Der Text **M8** ist als Rezeptionshilfe nützlich.

Zeigen – Norman Foster und Georg Baselitz

»Für alle Bundestagsbauten ... war der Kunstbeirat des Bundestags zuständig. Das Gremium aus neun Parlamentariern unter der Leitung von Rita Süßmuth (CDU) wurde von einer Gruppe von Künstlern, Kunsthistorikern und Museumsdirektoren beraten, darunter Götz Adriani, Kunsthalle Tübingen; Klaus Werner, Galerie für zeitgenössische Kunst Leipzig; Arnim Zweite, Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen Düsseldorf; Manfred Schneckenburg, Kunstakademie Münster.

Für die Ministerien schlug der Kunstbeirat der Bundesregierung die Künstler vor. Tätig waren unter anderem Klaus Bußmann, Westfälisches Landesmuseum Münster; Peter-Klaus Schuster, Bayerische Staatsgemäldesammlungen München und Wilfried Wang, Deutsches Architekturmuseum Frankfurt am Main.

Für das Kanzleramt hat nach der Wahl [d. i. = Bundestagswahl 1998] Michael Naumann, Kulturbeauftragter der Bundesregierung, die Zuständigkeit an sich gezogen. Er ließ sich beraten von Peter-Klaus Schuster und Christoph Stölzl vom Deutschen Historischen Museum in Berlin.«⁶ Hiermit sind die für alle künstlerischen und kunstmarktwirtschaftlichen Entscheidungen verantwortlichen Männer neben Frau Süßmuth genannt.

Immerhin war über 70 Millionen Mark zu entscheiden. Nur 55 Millionen gab der amerikanische Staat laut New York Times in den vergangenen 35 Jahren aus. In Deutschland gilt eine Richtlinie, bis zu zwei Prozent der Bausumme⁷ für Kunst auszugeben.

Der Reichstag in Berlin rückte spätestens seit seiner Verhüllung durch Christo und Jean Claude in öffentliches Interesse.⁸ Aber seine Ausgestaltung mit deutscher zeitgenössischer Kunst erregte trotz riesiger finanzieller Aufwendungen kaum jemanden. Entweder stört so was niemanden, keiner versteht Kopf stehende Bilder oder anderes ist wichtig. Christo wurde vorgeworfen, riesige Geldsummen verschwendet zu haben.

Der Kunstbeirat entschied, dass auch aus den einst alliierten Staaten je ein Künstler sich beteiligen sollte. Sir Norman Foster aus Großbritannien ist derjenige, der den Umbau des Reichstages gestaltete und allem »eine Krone« aufsetzte: die Reichstagskuppel.

Interessant ist die Entwicklung seiner Idee. Am Anfang betrachtete Norman Foster den Reichstag als »... ein Institut, das die Kräfte nährte, die die Demokratie zerstörten.«⁹ Er wollte das riesige Gebäude mit einem Schleppdach zu einem historisch ungefährlichen Kleinod werden lassen. Wallots¹⁰ Kuppel mit Laterne wäre jegliches Triumphieren genommen **M9**. Aber letztlich wären die alten Formen aus alter Zeit mit viel Aufwand wieder hergerichtet und lieb gewonnen worden.

Heute betrachtet der Stararchitekt den Reichstag als Ort mit »... parlamentarischer Tradition und stiftender Bedeutung.«¹¹ Dazu entschied er sich zu einer Überformung in betont heutiger Technologie. Mit der nun vollendeten Kuppel lebte er seine Methodik, seinen technischen Faible und die kühle Perfektion aus. Schick und trendy schließt sie sichtlich ein historisches Kapitel deutscher Geschichte ab.



Reichstagskuppel

Architekt: Norman Foster



Die Kuppel ist eine eigenständige Architektur »auf« dem Reichstag und wirkt dabei als Silhouette und wie eine Skulptur. Sir Norman Foster hatte offensichtlich poetische Dimensionen von Architektur im Sinn. Die Proportionen nehmen Bezug auf die historischen Formen, haben aber bescheidenere Ausmaße. Die Transparenz als offensichtliche Philosophie des Gebäudes vermittelt im Innern Größe, von außen wird das viele Glas zu einem Juwel in der Dachlandschaft. Begeht man die Kuppel (seit den ersten Tagen nach der Eröffnung muss man dafür Schlange stehen), eröffnen sich einem fantastische Sichten nach außen über die Stadt. Der unter der Kuppel liegende Plenarsaal ist für das Publikum aber nicht direkt einsehbar. Wie eine Skulptur in der Skulptur führt die innere verspiegelte Säule von oben tief in den Plenarsaal (**M10**). Diese Säule in ihrer klaren Form wirkt bedeutungsvoll und ist das Herzstück einer genialen ökologischen Funktion. Sie dient einem ausgeklügelten Belüftungssystem, mit der Verspiegelung dringt Tageslicht tief in das Innere, der Blick von oben auf den Ort der Demokratie wird vervielfacht und es gehen »Signale vom demokratischen Prozess« nach außen. **M11**

Aufnahmen traditioneller Bezüge innerhalb moderner Kunst ist auch für Georg Baselitz Gestaltungsprinzip gewesen, als er zwei Bilder für den Reichstag nach Motiven des Romantikers Caspar David Friedrich malte. Zwei Selbstzeugnisse des Künstlers erhellen seine Absichten: »Ich stand vor dem Problem, was ich als gegenständlicher Maler in einem solchen Gebäude zeigen kann. Zum Glück fiel mir Caspar David Friedrich ein, mit dessen Grafik ich mich damals gerade beschäftigte. Von Friedrichs Bruder gibt es vier ganz wichtige Holzschnitte, die er nach Arbeiten Caspar Davids geschnitten hat – die ›Melancholie‹, die ›Frau am Abgrund‹, ›Der schlafende Knabe am Grabe‹ und das ›Selbstporträt‹. Diese Holzschnitte sind so etwas wie Manifeste der deutschen Romantik. Es gibt in Deutschland, ja in Europa nichts Vergleichbares, was das Gefühl jener Zeit ausdrückt und gleichzeitig die Beziehung zum Heute darstellt. [...]

Caspar David Friedrich steht für ein bestimmtes Deutschland und für eine bestimmte Malerei [...] er besitzt etwas sehr Menschliches, Vergeistigtes, das nichts mit Zeitgeist oder Stil zu tun hat. Ich habe versucht, durch enorme Vergrößerung dieser sehr kleinen Holzschnitte die Hermetik Friedrichs und damit das Gehäuse der deutschen Romantik zu sprengen.«¹²

Das Bild »Friedrichs Melancholie« **M12** zeigt als Bildrahmen den »Schlafenden Knaben« von 1802 **M13** steigend, liegend und fallend – etwa wie die Gedankenschwere romantischer Verklärung, die mit den Wahrheiten über das Leben und die Natur sich verflüchtigt?! Man muss schon den Holzschnitt kennen, um Bezüge zur deutschen Romantik wahrzunehmen.

Erneuern – Coop Himmelblau

»In Dresden zeigt sich, dass der visuelle Krach einer anarchischen Pop-Architektur segensreich sein kann.«¹³
Die Sprache von Architekten hat oft genug eine Grammatik, die sich am Umfeld im Sinne einer Aufnahme bereits Vorhandenem orientiert. Nicht so bei COOP HIMMEL-



UfA-Palast in Dresden, Glasfassade

B(L)AU. Die Entwürfe dieser Architektengemeinschaft setzen Kontraste wie Aufschreie, und entsprechend erhitzen sich die Gemüter. Mit ihren von Statik und Baunormen frei erscheinenden Bauten sorgen sie dafür, dass Architektur in die Nähe bildnerischer Kunst gerät¹⁴ – ganz im Sinne Gottfried Sempers¹⁵, dessen Wirken mit Oper und Gemäldegalerie in Dresden gegenwärtig ist.

Gegenwärtig sind auch die stur orthogonalen Bauten aus den 70er-Jahren in der Prager Straße. Gerade mal vorgehängte Fassaden am Kaufhaus, ein unförmiges Kupferdach auf dem Kulturpalast oder das Panoramakino in seiner logischen Zylinderform brechen diese Langeweile auf. Da konnte man nicht behutsam etwas gleichartiges hinzu setzen. Der »visuelle Krach« wurde zwingend, um dem barocken Elbflorenz auch aus diesem Jahrhundert bleibende Formen mitzugeben.

Architekturgeschichte ist der neue UfA-Palast (s. Foto auf dieser Seite und **M14**) eine Reaktion von COOP HIMMEL(L)AU auf »Neo«, »Post« und »De«. »Ihre Architektur bricht stets splitternd über die Stadt herein, zerfetzt den Raum mit der brachialen Energie eines Stones-Songs. Wo Frank O’Gehry symphonisch schwingt und wo dessen Bauten computergesteuerte Pirouetten drehen als gelte es Le Corbusiers Wallfahrtskirche von Ronchamp in Grund und Boden zu tanzen, da krachen die Wiener mit steilen Keilen einher.«¹⁶ Die Transparenz der Konstruktion steigert das Chaotische.

Passanten schimpfen und sind gleichzeitig stolz auf das Besondere in ihrer Stadt. Heftig gestikulieren Besucher und suchen nach ausgefallenen Wortverbindungen, um anderen den Weg zu den Kassen, Kinos oder verwunschenen Nischen mit schwindelndem Freiblick in die Stadt zu weisen. Der Palast liegt etwas abseits, aber »es« spricht sich rum wie ein lieb gewonnener Skandal.



Materialien

M1 »... ist nicht zu übersehen, dass sich die Zahl freischaffender Künstler in den neuen Bundesländern reduziert hat, weil viele dem Zwang zu Eigeninitiativen, zur Findung neuer Sinnhorizonte der kreativen Arbeit und zur qualitativen Bewahrung auf dem freien Markt nicht gewachsen waren.

[...] Wie wenig man sich im Westen noch 1996/97 über die vergangene und gegenwärtige Entwicklung in der ostdeutschen Kunstszene informiert hat, entnehmen die Künstler in den neuen Bundesländern mit einiger Enttäuschung der Tatsache, dass im Unterschied zu fünf Künstlern aus den alten Bundesländern keiner einen repräsentativen Kunst-am-Bau-Auftrag für die Renovierung des Reichstagsgebäudes, dem zukünftigen Sitz des Bundestages in Berlin, erhalten hat.

Was bis heute gefehlt hat, ist eine Kulturpolitik der Dialoge zwischen Künstlern, Kulturschaffenden und Kunstvermittlern aller Generationen aus Ost und West im Sinne einer wechselseitigen Geschichtserzählung. Wenn Künstler aus dem Osten mit Blick auf die Marktzwänge des Kunsthandels gegen den Autonomieanspruch westdeutscher Künstler polemisieren, dann verbirgt sich dahinter ein falsch verstandener Begriff von Subjektivitätsansprüchen, und wenn man andererseits im Westen immer noch die Tatsache ignoriert, dass die Übergänge zwischen den staatlich organisierten Kulturformen in der DDR fließend waren, dann werden die Mythenbildungen des einseitigen Blicks auf beiden Seiten fortgeschrieben.«

Karin Thomas: *Kultur. In: Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, Bonn 1999, S. 521*

M2 Artikel zum Thema Kunst nach der Einheit:

art 10/1998 Peter M. Bode: Berlin-Architektur ..., S. 40 / Gedenkstätten ... (Mahnmal für die Maueropfer), S. 136

art 11/1998 Tim Sommer: Werkleitz Biennale in Sachsen-Anhalt, S. 135 / Haus am Horn von Georg Muche in Weimar rekonstruiert, S. 140

art 12/1998 Tim Sommer: Aus alten Mauern in eine neue Zeit (Burg Giebichenstein Halle), S. 54 / Tim Sommer: Schriill und bunt in die neue Zeit, S. 80 / Peter M. Bode: Theatralische Effekte im transparenten Baukörper (Bürogebäude in Leipzig), S. 121

art 1/1999 Peter M. Bode: Neue Kunst für die Stadt der Klassiker (Sammlung Maenz in Weimar), S. 28

art 2/1999 Axel Hecht und Heinz Peter Schwerfel interviewten Georg Baselitz, S. 11 / Christian Tröster: Die Avantgarde wird Staatskunst, S. 22 / Tim Sommer: 25 Jahre galerie oben in Chemnitz, S. 119

art 3/1999 Peter M. Bode: Daniel Libeskind Jüdisches Museum in Berlin, S. 115 / Tim Sommer: Streit um den Augustusplatz in Leipzig, S. 118

art 4/1999 Tim Sommer: Streit um den Brunnen vor der Leipziger Nicolaikirche (zum zehnten Jahrestag der Wende), S. 130

art 5/1999 Tim Sommer: Kulturstadt Weimar sagt zentrale Ausstellung »... – wer hat Angst vor Schwarzrotgold« ab S. 191 / Peter M. Bode: Norman Fosters Umbau des Berliner Reichstages, S. 125

art 6/1999 Heinz Peter Schwerfel: Große Bilder für Berlin (Kunst im Reichstag), S. 126 / Ulrich Clewing: Ausstellungsprojekt in Slubice und Frankfurt an der Oder, S. 129

art 7/1999 Tim Sommer: Künstlerproteste gegen Weimarer Ausstellung von DDR-Kunst, S. 123

art 8/1999 Tim Sommer: DDR-Kunst in deutschen Museen, S. 113

art 9/1999 Wolfgang Kemp: Suche der Deutschen nach dem Deutschen in der deutschen Kunst, S. 32

art 10/1999 Rolf Schneider: Die Kunst der DDR kollabierte zusammen mit dem Staat – verdientermaßen, S. 54 / Ulrich Clewing: Droht jetzt die Rückkehr der preußischen Generale? (Streit um die Neue Wache in Berlin), S. 122 / Günter Kowa: Spaßarchitektur am Domplatz (Hundertwasser-Haus in Magdeburg), S. 126

art 11/1999 Peter M. Bode: Ein Berliner Haus für Bedienstete des Bundes, S. 213

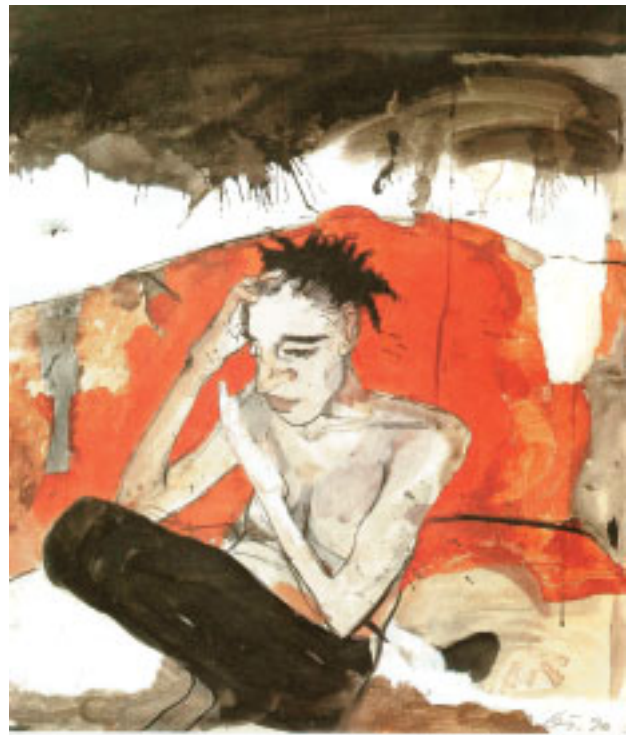
art 12/1999 Frank Nicolaus: Carsten Nicolai, S. 78

art 12/1999 Tim Sommer: Millionenspritze für die Ost-Kultur, S. 118

Aus: *Kunstzeitschrift »art« Verlag Gruner + Jahr, Hamburg*



M3 Angela Hampel: Frau mit Ziegenbock, 1990



M4 Gudrun Trendafilov: Sitzende vor roter Mauer, 1990

M5 Liz Bachhuber: Conference I-II, 1998

M6 »Liz Bachhubers Installation »Conference« meint die Kommunikationsstrukturen einer ehemals abgeriegelten Gesellschaft, die bis heute noch untergründig weiterwirken. Die beiden Stuhlkreise – mit Stühlen aus der DDR-Einheitsproduktion, wie sie in der gesamten Republik in öffentlichen Einrichtungen zu finden waren – sind jeweils in ein Nest eingeflochten. In dem einen sind die Sitzflächen nach innen, in dem anderen nach außen gerichtet. Die Kreise zeigen die vorhandenen Möglichkeiten einer Kultur, die durch die gemeinsame Geschichte verbunden ist: entweder welttoffen oder hermetisch abgeriegelt gegen Einflüsse von außen. Zwischen beiden Positionen befänden sich heute Gesellschaft und Kultur, so die amerikanische Künstlerin, die jahrelang zwischen West und Ost gependelt ist.«

Katalog zur Ausstellung »As the world turns« von Liz Bachhuber und Christoph Rihs in der Kunsthalle Erfurt im Haus zum Roten Ochsen 1998, Katalogteil Bachhuber, S. 30. »DDR-Fundstücke« / Anne Hoormann.

M7 und Christoph Rihs: Maikäfer flieg..., 1998

M8 »Die Installation von Christoph Rihs besteht aus acht als Kreisel ausgeformten Skulpturen, in deren Außenmantel die Namen blutiger Gefechtsschauplätze des Dreißigjährigen Krieges (z. B. Wolgast 1628) eingepägt sind. Im Inneren der metallenen, glatten Kreisel sind dagegen Panoramafotos angebracht, die der Künstler 1998 an den Originalschauplätzen aufgenommen hat. Die Fotos idyllischer Landschaften lassen ohne Gedächtnisarbeit kaum mehr ahnen, was sich dort vor Jahrhunderten abgespielt hat. Dreht man die Kreisel, so erzeugen sie durch ihre Schwere ein Rumpeln und Kollern und man meint Geschützdonner zu hören. Dazu der Titel der Installation, der erste Vers des wohl trostlosesten Kinderliedes aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. [...] In »Maikäfer flieg ...!« klingt nicht nur die Frage »Warum heute noch?« an, sondern auch die pessimistische Erkenntnis, dass der moderne Mensch bereit ist, Aggressionen und Kriege als unabänderliche Bestandteile seiner Existenz zu akzeptieren. [...] Längst vergessen beim Singsang des Liedes ist, dass einst der Maikäfer als Bote ins Jenseits galt. In den Versen ist er der Bote zu den toten Eltern. Rihs Kombination von Kinderlied und Spielzeugkreisel, unbeschwerten Fotos und blutigen Ortsnamen mischt so verschiedene Bewusstseinschichten zu irritierender sinnlicher Einheit.«

Wendelin Zimmer: Irritierende Erinnerung. Aus: Neue Osnabrücker Zeitung vom 23. 5. 1998. Vgl. auch Katalogteil Rihs/14/ S. 17 ff.



M9 Wallots Reichstag

Ansicht um 1930

[Wallot] »... suchte und fand das Schöne überall, in den Werken aller Zeiten, aller Stile; eben dadurch ist er in so hohem Maße ein moderner Künstler, ein echter Sohn seiner Zeit, die alles Vergangene kennt und mit noch nie da gewesener ästhetischer Gerechtigkeit genießt und beurteilt. [...] Freilich – manch strenger Verfechter einer archäologisch abgeleiteten Stilreinheit mag bedenklich den Kopf geschüttelt haben, als er sah, wie Wallot Altes und Neues, Klassisches und Romantisches, Gotisches und Barockes, Römisches, Deutsches, Altfranzösisches und Spanisches kühn vermengte. [...] Alle Architektur ist bisher an der ausdrücklich gestellten Aufgabe gescheitert, der staatlichen Repräsentation des Volkes angemessen Ausdruck zu geben.«

Streiter, R.: Der Deutsche Reichstag. Berlin 1894; gefunden in Kammerlohr: Epochen der Kunst, Band 4, München und Wien 1994, S. 138

M10 Reichstagskuppel, im Inneren I

Verspiegelte Säule

Im Inneren II



Aussichtsplattform

M11 [...] gibt es in Deutschland ein soziales Gewissen jenseits der grünen Parteien und man diskutiert alle Fragen der Umweltverträglichkeit von Architektur auf hohem Niveau.

Die Elemente, die wir hier sehen, die wir gestaltet haben, respektieren die Vergangenheit, aber sie sind kompromisslos modern.

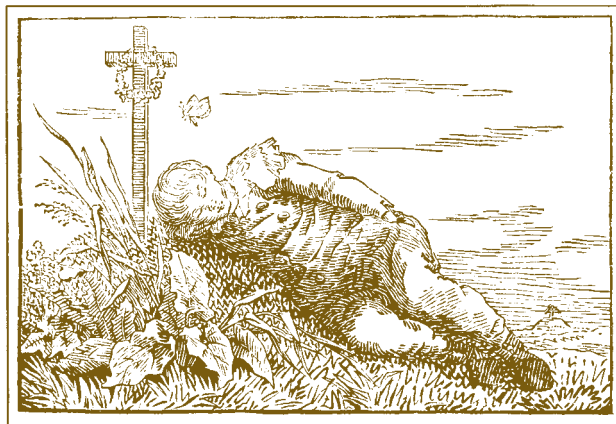
Die Silhouette des Gebäudes kann etwas anderes gar nicht sein als ein Symbol des Reichstages. [...] Der Symbolgehalt der Kuppel kann nicht getrennt werden von der Entwurfsidee, dass in ihr Tageslicht tief in das Herz des Gebäudes hineingezogen wird, dass sie den Blick von oben in den Plenarsaal ermöglicht, dass sie umgekehrt wie ein Leuchtturm wirkt und Signale aussendet vom Prozess der Demokratie.

Aus: Blickpunkt Bundestag, Sonderheft zur Eröffnung des Bundestages 1999, S. 29





M12 Georg Baselitz: *Friedrichs Melancholie*, 1998.
(im Original – etwa 5 x 4 m)



M13 Caspar David Friedrich: *Schlafender Knabe*, um 1802
(im Original 7,7 x 11,3 cm)



M14 UfA-Palast
in Dresden



Anmerkungen

- ¹ Vgl. hierzu Johannes Heisig: Nun wird zur Vernissage ein bunter Hut getragen; in: /7/ S. 55
² Ebenda
³ Karin Thomas: Kultur; in: /1/ S. 514
⁴ »Das Streben nach Prestige- und Valutagewinn wurde ein immer mächtigerer Gegenpol zu aller Ideologie, ja, es geriet zur eigentlichen neuen Staatsideologie. Die Mächtigen griffen lieber nach der Kohle, als lange Formalismusdebatten zu führen.« Aus: Johannes Heisig, Vernissage, in: /7/ S. 55
⁵ Foto: Werner Lieberknecht, Dresden; aus /13/ S. 7
⁶ art 2/1999, S. 25
⁷ Christian Tröster: Die Avantgarde wird Staatskunst, in: art 2/1999, S. 22
⁸ /5/
⁹ Gerwin Zohlen: Rationalität und Präzision, Porträt des Architekten Sir Norman Foster; aus: /2/ oder Blickpunkt Bundestag, Sonderheft zur Eröffnung des Bundestags 1999, S. 28.
¹⁰ Paul Wallot: Frankfurter Architekt, erhielt nach einem 1882 wiederholt ausgeschriebenen Wettbewerb den Auftrag für den Reichstagsbau, dessen Grundsteinlegung am 9. 6. 1884 in Anwesenheit von Kaiser Wilhelm I. und Reichskanzler Otto von Bismarck erfolgte; vgl. /12/ Bd. 4, S. 138 f.
¹¹ Zohlen, Rationalität, Anm. 18
¹² Axel Hecht und Heinz Peter Schwerfel: Vorwärts in die Erinnerung, ein Interview mit Georg Baselitz. In: art 2/1999, S. 17f.
¹³ /19/ S. 52
¹⁴ Konsequenter als die dekorativ überfrachtete Architektur von Hundertwasser, z. B. in Wien.
¹⁵ Gottfried Semper (1803–1879), Architekt und Kunstwissenschaftler, populärer Vertreter des Historismus, schrieb 1884 sein Hauptwerk »Der Stil«, bekannte Bauwerke: Opernhaus und Galerie Alte Meister in Dresden (ihm zu Ehren: Semperoper und Sempergalerie), Burgtheater in Wien, Bahnhof und Polytechnikum in Zürich (aus Unterrichtsnotizen des Autors).
¹⁶ Niklas Maak: Bizarre Gehäuse (UfA-Palast in Dresden), In: ZEITPunkte 6/1999, S. 53

Literaturnachweis

- /1/ Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1999, Bonn 1999
 /2/ <http://www.bundestag.de>

- /3/ Begleittext zum Kunstkalender der Deutschen Bank AG, Köln 1993
 /4/ Christian Bahr. Der neue Bundestag im alten Reichstag, Berlin 1999
 /5/ Christo und Jean Claude: Verhüllt – Der Reichstag in Berlin; art Spezial, Beilage zum Heft art 7/1995
 /6/ DER SPIEGEL 45/1999
 /7/ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 11. 1999
 /8/ Hans Belting: Identität im Zweifel – Ansichten der deutschen Kunst, Köln 1999
 /9/ <http://www.capek.com>
 /10/ <http://www.ufakino.de>
 /11/ info-ROM 1997, CD-Rom der Bertelsmann Electronic Publishing GmbH, München 1997
 /12/ Kammerlohr: Epochen der Kunst, Band 4+5, München und Wien 1994/95
 /13/ Katalog zur Ausstellung »Angela Hampel und Gudrun Trendafilov – Neue Bilder«, Galerie Döbele GmbH, Stuttgart 1991
 /14/ Katalog zur Ausstellung »As the world turns« von Liz Bachhuber und Christoph Rihs in der Kunsthalle Erfurt im Haus zum Roten Ochsen 1998
 /15/ Katalog zur Ausstellung TORTÜR von Steffen Volmer in Chemnitz 1992
 /16/ Klant, Walch: Grundkurs Kunst 1, Hannover 1990
 /17/ Willi Geismeyer: Caspar David Friedrich, Leipzig 1973
 /18/ Werner Hofmann: Wie deutsch ist die deutsche Kunst? Eine Streitschrift, Leipzig 1999
 /19/ ZEITPunkte 6
 /20/ alle unter M2 zitierten Artikel

Abbildungsnachweis

Atelierfoto von Werner Lieberknecht: Angela Hampel und Gudrun Trendafilov vor der Wandinstallation »Wiederbegegnung«, Dezember 1990. Aus: /13/ S. 7 * Bachhuber: Conference I+II, aus: /14/ Katalogteil Liz Bachhuber, S. 30 * Friedrich: Schlafender Knabe, 7,7 x 11,3 cm, Staatliche Kunstsammlungen Dresden. * Hampel: Frau mit Ziegenbock, Mischtechnik auf Papier, 56,5 x 44,5 cm, aus: /13/ S. 23, © VG Bild-Kunst, Bonn 2000 * Trendafilov: Sitzende vor roter Mauer, Mischtechnik auf Papier, 73,0 x 61,0 cm, aus: /13/ S. 40, © VG Bild-Kunst, Bonn 2000 * Reichstagskuppel von Wallot, aus: /12/ S. 138 * Baselitz: Friedrichs Melancholie, Öl auf Leinwand, 485 x 395 cm, aus: art 2/99, S. 13 © Georg Baselitz, Derneburg, Courtesy Galerie, M. Werner, Köln und New York * alle weiteren Abbildungen sind Fotos des Autors

Französische Texte zum Kapitel I. 1: Die französische Sicht: »Rettungsanker Europa«

M2

Faut-il avoir peur de l'Allemagne? Après avoir applaudi à sa réunification, la France la regarde aujourd'hui d'un autre œil. [...] A l'Allemagne de prouver désormais, avec sa souveraineté retrouvée, qu'elle est toujours européenne. A la France de montrer, dans le même temps, qu'elle est capable de relever le défi allemand. En libérant les énergies, [...] tous les experts annoncent que la réunification devrait provoquer, sous peu, un nouveau miracle allemand. Mais pourquoi pas aussi un miracle français? Il n'en tient qu'à nous. Les rodomontades des germanophobes ne nous mèneront, comme d'ordinaire, nulle part. Face à cette nouvelle Allemagne en chantier qui va réapprendre à vivre pendant quelques années avec l'inflation et le chômage, il n'y a qu'une seule façon pour la France de »faire Charlemagne«: devenir à son tour, et pour une fois, la meilleure de la classe.

Franz- Olivier Giesbert: Défis (Le Figaro 1.10.1990)

M3

En vérité, cette relation privilégiée, qui reposait sur l'acceptation implicite par les Allemands du leadership diplomatique de la France, est morte depuis près de dix ans, quand Kohl, sans prévenir personne, pas même son ami François Mitterrand, décida de se saisir, d'une main rapide et assurée, de cette Allemagne de l'Est [...]. En effaçant du visage de l'Allemagne le double stigmate du nazisme et du communisme, Helmut Kohl avait refait d'elle un pays comme les autres. Par habileté, mais aussi par conviction européenne, ce grand homme d'Etat se garda bien de claironner son triomphe. Mieux: il comprit que plus l'Allemagne redevenait l'Allemagne, plus l'Europe devait devenir l'Europe. Pour gage de cette conviction irréversible, il concéda à François Mitterrand le traité de Maastricht, n'hésitant pas à sacrifier le mark sur l'autel commun de la réunification allemande et de la construction européenne. [...] Faut-il avoir peur de l'Allemagne? A cette question rituelle il faut répondre non. Depuis vingt ans, nous avons eu plus de problèmes avec le pacifisme allemand qu'avec son bellicisme. Et malgré le traumatisme de la réunification, l'Allemagne a contenu son extrême-droite à un niveau très inférieur au nôtre. Enfin, la démographie et l'économie allemande comportent [...] des éléments de faiblesse structurelle.

Jacques Juillard: France-Allemagne: à nous de jouer! (Le Nouvel Observateur 4.-10. März 1990)

M4

Certains [...] au Parlement ou dans les milieux universitaires, s'inquiètent de voir l'Allemagne recouvrer son statut de puissance. Peut-être parce que, comme le dit un diplomate allemand, la France a plus de difficultés à définir son rôle avec une Allemagne »devenue adulte«? »Nous avons longtemps vécu avec cette idée que nous, Français, on jouait dans la cour des grands et pas eux, et qu'en dépit de leur puissance économique on pouvait les regarder de haut sur le plan politique. La réunification a changé la donne«, commente un expert. Elle a aussi renforcé cette peur du déséquilibre qui est une constante de la pensée française depuis les années 60 et le »miracle« allemand. [...] La peur fait partie depuis presque toujours de la relation franco-allemande. La chute du Mur et la réunification, mal vécue par l'intelligentsia française, ont fait naître de nouvelles interrogations. L'Allemagne n'aurait-elle pas été tentée de profiter de sa puissance recouvrée pour jouer en solo? Aujourd'hui, le discours décomplexé des nouveaux dirigeants de Bonn – et demain de Berlin – a parfois du mal à passer de ce côté du Rhin. Sans doute parce qu'on est entré dans ce que Joschka Fischer appelle »l'après-réconciliation«. Et que celle-ci reste à inventer. En sachant que les Allemands, désormais, nous feront moins de politesses.

Dominique Lagarde: La réunification a changé la donne (L'Express 25.2.1999).

M5

L'Allemagne unifiée fête les dix ans de l'ouverture du mur de Berlin dans sa nouvelle capitale. Elle le fait avec une certaine modestie, comme pour ne pas donner prise aux craintes que l'Allemagne unie a traditionnellement provoquées ses voisins, et pas toujours à tort. [...] Les craintes de Margaret Thatcher et d'autres, qui pensaient que la première victime de la chute du mur de Berlin serait l'intégration européenne, se sont révélées sans fondement. L'Allemagne réunifiée est restée un partenaire engagé de la construction européenne, et un allié solide de la communauté occidentale. [...] Plus portée à faire cavalier seul qu'à jouer en équipe, l'Allemagne unie est restée un élément moteur de l'Europe. Ces dix dernières années justement, ont été celles des traités de Maastricht, d'Amsterdam et de l'euro; celles qui virent l'Allemagne consentir à l'abandon du deutsche mark, énorme concession politico-monnaire. [...]

Pendant quarante ans, les Allemands de l'Ouest ont su développer une démocratie qui n'a rien à envier à ses voisines et qui même, dans beaucoup de domaines, pourrait servir d'exemple. Après 1989, on leur a reproché d'avoir imposé à leurs compatriotes de l'Est leur conception de la démocratie. Le reproche n'est pas totalement injustifié mais force est de constater que ni les uns ni les autres n'avaient beaucoup d'autres modèles à leur disposition.

Editorial (Le Monde 10.11.1999).



Neues aus der Landeszentrale

Fit für die Politik: Grundkurs der Landeszentrale

Die Landeszentrale hat ihren bewährten »Grundkurs Politik« in einer aktualisierten Fassung neu herausgebracht. Er besteht aus einem Ordner mit 20 Themenbausteinen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht und kostet 29,50 DM (außerhalb Baden-Württembergs 59,50 DM) zzgl. Versandkosten.

Mit Democards Bürger-Qualifikationen einüben

»Bürger-Qualifikationen« sind nicht angeboren, sondern müssen erlernt und trainiert werden. Die Landeszentrale hat dazu neue Lernmaterialien entwickelt und herausgebracht, die den Schwerpunkt auf das Einüben politischen Alltagsverhaltens legen. Die Impuls-Karten-Sammlung »Democards« richtet sich an Kursleiterinnen und Kursleiter, die mit ihr einen handlungsorientierten »Aktivkurs Politik« gestalten können. Der »Trainer-Koffer« kostet 44,50 DM (außerhalb Baden-Württembergs 89,50 DM) zzgl. Versandkosten.

»Internationale Beziehungen in der politischen Bildung«

Im Laufe weniger Jahre hat sich das internationale Staatensystem rasant verändert. Während in Westeuropa eine neue Friedensordnung entstand, ist die Lage in Osteuropa instabil. In vielen Regionen ist der Frieden durch ungelöste Konflikte gefährdet. Dieses neue Koordinatensystem internationaler Politik stellt auch die politische Bildung vor neue Herausforderungen. Im neuesten Band der didaktischen Reihe wird in einem ersten Schritt der Versuch einer fachwissenschaftlichen Bilanzierung gewagt. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, wie denn internationale Politik für den Unterricht greifbar gemacht werden und wie zu den prägenden Elementen internationaler politischer Prozesse vorgestoßen werden kann.

Das Buch *Siegfried Frech/Wolfgang Hesse/Thomas Schinkel (Hrsg.): »Internationale Beziehungen in der politischen Bildung«* kann kostenlos bei der Landeszentrale bestellt werden.

Schriftsteller lesen über 10 Jahre deutsche Einheit

Bei den »Literaturtagen Sachsen-Anhalt« 1993 haben sie sich kennen gelernt – die Schriftsteller Christoph Kuhn (Ost) und Kai Engelke (West). Sie treffen sich im Frühstücksraum einer kleinen Pension, kommen ins Gespräch, entdecken Gemeinsamkeiten, besuchen zusammen eine Ausstellung der »Beat-Generation« im berühmten Dessauer Bauhaus. Sie fragen, antworten, reden, erzählen – bis auf den heutigen Tag. Als »Tandem« lesen sie vor Schülern aber auch vor anderen Literatur-Interessierten. Ihr Briefwechsel ist inzwischen als Buch erschienen (*Kai Engelke, Christoph Kuhn: »Wie gut, dass bei uns alles anders ist!«, Klaus Bielefeld Verlag Friedland 1999, 19,80 DM*). Es dokumentiert die Bemühungen zweier Schriftsteller, das vermeintlich Fremde zwischen »Ossi« und »Wessi« zu ergründen, die so unterschiedlichen Einflüsse, denen sie ausgesetzt waren, zu benennen und die Gegenwart schreibend zu bewältigen. Ein Stück Zeitgeschichte aus persönlicher Sicht im Dialog – ernst und amüsant. Christoph Kuhn und Kai Engelke stehen interessierten Gruppen für Lesungen und Gespräche zur Verfügung. Die LpB stellt gern den Kontakt her.

Bestellung/Kontakt:

**Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg, Marketing
Stafflenbergstr. 38, 70184 Stuttgart
Telefon (0711) 16409963
E-mail: werner.fichter@lpb.bwl.de
Internet: www.lpb.bwue.de**



JEDE MENGE SPIELE, PUBLIKATIONEN, SEMINARE UND AKTIONEN

Politik verstehen – Demokratie erleben

CD-Rom mit Informationen und Ideen, Basiswissen und Biografien, Impulsen und Kontroversen, Spielen und Rätseln, Texten und Gesetzen, Service und Adressen sowie vielen Beispielen aus der Arbeit der Landeszentrale. Schutzgebühr 5,- DM

Baden-Württemberg. Eine kleine politische Landeskunde

Der LpB-Bestseller – knapp, verständlich, überparteilich – informiert über Politik und ihre Grundlagen mit vielen Abbildungen.
Neuaufgabe 1999, DIN A4, 109 Seiten.

Jugendwelten

Ein Internetwettbewerb zum Thema Jugend – Macht – Zukunft.
Eine Beschreibung des Wettbewerbs und die Teilnahmebedingungen
unter: www.jugendwelten.de

Fordern Sie unsere Programme und Verzeichnisse an!



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

LpB-Marketing

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Tel. (07 11) 16 40 99-65, Fax -77, <http://www.lpb.bwue.de>

Abonnement

Wenn Sie die Zeitschrift **DEUTSCHLAND & EUROPA** regelmäßig nach Erscheinen zugeschickt bekommen wollen, empfiehlt sich ein Jahresabonnement (im Abbuchungsverfahren) zum Preis von 12,- DM (2 Hefte). Bitte schicken Sie uns den unten vorbereiteten Bestellabschnitt vollständig ausgefüllt zu. Vielen Dank.

..... bitte hier abtrennen 

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift »Deutschland und Europa« zum Jahresbezugspreis von nur 12,- DM (2 Hefte).
Sollte ich drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, wünsche ich die Lieferung für ein weiteres Jahr.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung
für den Jahresbezugspreis in Höhe von 12,- DM.

Geldinstitut

Konto-Nummer

BLZ

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis: Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Landeszentrale für politische Bildung, Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart.
Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum,

Unterschrift



Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefax 07 11/164099-77
lpb@lpb.bwue.de
www.lpb.bwue.de

Telefon (07 11) 16 40 99-0

	Durchwahlnummern
Direktor: Siegfried Schiele	-60
Referentin des Direktors: Sabine Keitel	-62
Stabsstelle Marketing:	
Leiter: Werner Fichter	-63
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk	-64

Abteilung I Verwaltung (Günter Georgi)

Fachreferate	
I/1 Grundsatzfragen: Günter Georgi	-10
I/2 Haushalt und Organisation: Jörg Harms	-12
I/3 Personal: Gudrun Gebauer	-13
I/4 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich	-14
I/5** Haus auf der Alb: Erika Höhne	(0 71 25) 152 -109

Abteilung II Adressaten (Karl-Ulrich Templ, stellv. Direktor)

Fachreferate		
II/1 Medien: Karl-Ulrich Templ	-20	
II/2** Frieden und Sicherheit: Wolfgang Hesse ..	(0 71 25) 152 -140	
II/3 Lehrerfortbildung: Karl-Ulrich Templ	-20	
II/4* Schülerwettbewerb:		
Reinhard Gaßmann	-25, Monika Greiner	-26
II/5 Außerschulische Jugendbildung: Wolfgang Berger	-22	
II/6** Öffentlicher Dienst: Eugen Baacke	(0 71 25) 152 -136	

Abteilung III Schwerpunkte (Konrad Pflug)

Fachreferate	
III/1** Landeskunde/Landespolitik:	
Dr. Angelika Hauser-Hauswirth	(0 71 25) 152 -134
III/2 Frauenbildung: Christine Herfel	-32
III/3** Zukunft und Entwicklung:	
Gottfried Böttger	(0 71 25) 152 -139
III/4** Ökologie: Dr. Markus Hug	(0 71 25) 152 -146
III/5* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel	-35
III/6** Europa: Dr. Karlheinz Dürr	(0 71 25) 152 -147
III/7* Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug	-31

Abteilung IV Publikationen (Prof. Dr. Hans-Georg Wehling)

Fachreferate	
IV/1 Wissenschaftliche Publikationen	
Redaktion »Der Bürger im Staat«:	
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling	-40
IV/2 Redaktion »Politik und Unterricht«: Otto Bauschert	-42
IV/3 Redaktion »Deutschland und Europa«:	
Dr. Walter-Siegfried Kircher	-43
IV/4 Didaktik politischer Bildung: Siegfried Frech	-44

Abteilung V Regionale Arbeit (Hans-Joachim Mann)

Fachreferate / Außenstellen	
V/1 Freiburg: Dr. Michael Wehner	(07 61) 2 07 73 77
V/2 Heidelberg: Dr. Ernst Lüdemann	(0 62 21) 60 78-14
V/3* Stuttgart: Hans-Joachim Mann	(07 11) 16 40 99-50
V/4 Tübingen: Rolf Müller	(0 70 71) 2 00 29 96

Anschriften

Hauptsitz in Stuttgart (s. links)
* 70178 Stuttgart, Sophienstraße 28-30,
Telefax (07 11) 16 40 99-55
** Haus auf der Alb
72574 Bad Urach, Hanner Steige 1,
Tel. (0 71 25) 152-0, Telefax (0 71 25) 152-100

Außenstelle Freiburg

Friedrichring 29, 79098 Freiburg,
Telefon (07 61) 20 77 30, Telefax (07 61) 20 77 399

Außenstelle Heidelberg

Friedrich-Ebert-Anlage 22-24, 69117 Heidelberg,
Telefon (0 62 21) 60 78-0, Telefax (0 62 21) 60 78-22

Außenstelle Stuttgart

Sophienstraße 28-30, 70178 Stuttgart,
Telefon (07 11) 16 40 99-51, Telefax (07 11) 16 40 99-55

Außenstelle Tübingen

Herrenberger Straße 36, 72070 Tübingen
Tel. (0 70 71) 2 00 29 96, Telefax (0 70 71) 2 00 29 93

Bibliothek Bad Urach

Bibliothek/Mediothek Haus auf der Alb, Bad Urach
Gordana Schumann, Telefon (07125) 152-121
Dienstag 13.00–17.30 Uhr
Mittwoch 13.00–16.00 Uhr

LpB-Shop Stuttgart

Staffenbergstraße 38
Ulrike Weber, Telefon (07 11) 16 40 99-66
Montag 9–12 Uhr und 14–17 Uhr
Dienstag 9–12 Uhr
Donnerstag 9–12 Uhr und 14–17 Uhr

Nachfragen

»Der Bürger im Staat«

Ulrike Hirsch, Telefon (07 11) 16 40 99-41
E-Mail: ulrike.hirsch@lpb.bwl.de

»Deutschland und Europa«

Sylvia Rösch, Telefon (07 11) 16 40 99-45
E-Mail: sylvia.roesch@lpb.bwl.de

»Politik und Unterricht«

Sylvia Rösch, Telefon (07 11) 16 40 99-45
E-Mail: sylvia.roesch@lpb.bwl.de

Publikationen (außer Zeitschriften):

Ulrike Weber, Telefon (07 11) 16 40 99-66
E-Mail: ulrike.weber@lpb.bwl.de

Bestellungen

bitte schriftlich an die o.g. Sachbearbeiterinnen:
Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, Fax (07 11) 16 40 99-77
oder online: <http://www.lpb.bwue.de>

Thema des nächsten Hefts:
**Die Donau – ein
europäischer Kulturraum**